



Sachstandsmitteilung Nr.:	064/2023	Datum:	13.03.2023
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.		Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1		Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales	
2		Ausschuss für Schule, Kultur, Paten- und Partnerschaften	
3	x	Ausschuss für Umwelt, Verkehr, öff. Sicherheit u. Kleingartenwesen	20.03.2023
4		Ausschuss für Bauwesen	
5	x	Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen	23.03.2023
6	x	Hauptausschuss	03.04.2023
7	x	Stadtvertretung	04.04.2023

	nachrichtlich: Junger Rat
--	---------------------------

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß			
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Idee einer Klimaschutzagentur des Kreises Plön

2. Sachstand:

Der Kreis Plön erwägt die Gründung einer Klimaschutzagentur als eigene Gesellschaft. Am Montag, 27.02.2023 wurden die Bürgermeister/innen und leitende Verwaltungsbeamt/inn/en der kreisangehörigen Gemeinden ins Kreishaus geladen, um Einsicht in die hier anliegenden Gründungsdokumente zu erhalten und dazu Fragen zu stellen. Die Gründungsdokumente enthalten den Gesellschaftsvertrag und den Betrauungsakt. Zudem wurde über den Abschlussbericht des Büros Zeitengrad zur Prozessunterstützung der Gründung einer Klimaschutzagentur berichtet. Die Bedeutung für die Stadt Schwentidental bezieht sich auf die Möglichkeit, sich an solch einer Gesellschaft bzw. Agentur unter den dort skizzierten Rahmenbedingungen zu beteiligen.

Diese Dokumente des Kreises Plön werden hiermit zur Erörterung an die gemeindlichen Gremien der Stadt Schwentidental weitergereicht.



KLIMASCHUTZ
IM KREIS PLÖN

Betrauungsakt

Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH

Geplante Gründung des Unternehmens

01. Mai 2023

Auftraggeber



Kreis Plön
Hamburger Straße 17-18
24306 Plön

Ansprechpartner: Stefan Reißig
(Klimaschutzmanager)

Erstellt durch:

ZEITEN°GRAD

KOMPETENZ IM KLIMASCHUTZ

Zeiten°Grad

Krug und Poggemann GbR
Holtenauer Straße 76
24105 Kiel

Ansprechpartner:
Dr. David-Willem Poggemann
(Geschäftsführer)

Betrauungsakt

des Kreises Plön

[der Stadt .../der Gemeinde ...]

für die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* GmbH

auf der Grundlage des

Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011

über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen

von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betraut sind

(2012/21/EU – Freistellungsbeschluss –, Amtsblatt EU 2012 L 7, S. 3)

und der

Mitteilung der Kommission

über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen

von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

(2012/C 8/02 – „DAWI-Mitteilung“ –, Amtsblatt EU 2012 C 8, S. 4)

I. Ausgangslage

1. Der Kreis Plön und mehrere *[Die Stadt .../Die Gemeinde ..., der Kreis Plön und weitere]* Städte und Gemeinden aus dem Kreisgebiet haben unter dem *Datum des Gesellschaftsvertrages* zur Urkunde Nr. .../2023 des Notars *Name des Notars/der Notarin Name der Notarin* mit Sitz in ... eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* errichtet. *[Ggf. ergänzen: Weitere Städte und Gemeinden sind ihr inzwischen beigetreten.]*

Zweck der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ist gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag der Klimaschutz insbesondere im Kreis Plön. Gegenstand der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ist gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag die Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit entsprechend den Betrauungsakten der Gesellschafter der Gesellschaft. Ferner sind Beratung und Unterstützung in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit für Gesellschafterkommunen, Nicht-Gesellschafterkommunen sowie für weitere Akteure aus dem Kreis Plön Gegenstand der Gesellschaft.

2. Der Kreis Plön und die *[Die Stadt .../Die Gemeinde ..., der Kreis Plön und die weiteren]* Städte und Gemeinden, die an der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* beteiligt sind, haben diese Gesellschaft zu einem gemeinsamen öffentlichen Zweck (§§ 101, 102 GO) gegründet: Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit gehören zu den Aufgaben des Kreises und der beteiligten Städte und Gemeinden und tragen wesentlich zur regionalen Daseinsvorsorge bei.
 - a) Der Klimaschutz ist aufgrund verschiedener Rechtsakte Aufgabe auch der Kreise und Gemeinden. Gemäß Artikel 2 Absatz 2 des so genannten Europäischen Klimagesetzes (Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.06.2021, ABl. EU L 243/1) treffen die Organe der Europäischen Union und die Mitgliedstaaten die notwendigen Maßnahmen, um das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 zu erreichen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen Emissionen auf Null reduziert sein. Diese Verpflichtung trifft auch die kommunalen Körperschaften als Untergliederungen der Mitgliedstaaten. Auch Art. 20a GG verpflichtet den Staat und damit auch Kreise, Städte und Gemeinden zum Klimaschutz und zielt auf die Herstellung von Klimaneutralität (BVerfG, Beschluss vom 24.03.2021 – 1 BvR 2656/18 u.a. –, BVerfGE 157, 30, 138 f (Rn. 198)). Kreise, Städte und Gemeinden sind im Rahmen ihrer Aufgaben und ihres Wirkungskreises zu Maßnahmen des Klimaschutzes berechtigt und verpflichtet.
 - b) Bestandteil der Klimaschutzaufgabe ist auch die so genannte Klimaanpassung. Sie umfasst Maßnahmen, die den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels entgegenwirken. Klimaanpassung ist vor allem eine Aufgabe für Kommunen (Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel vom 16.11.2015, S. 26). Hierzu gehören sowohl technologische als auch naturbasierte Ansätze.

Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* soll Aufgaben aus diesen Bereichen übernehmen oder gemeinsam mit den kommunalen Aufgabenträgern durchführen. Ihre Tätigkeit kann die Grundlage für weitere Maßnahmen in diesen Bereichen im Kreis Plön und in den ihm angehörenden Städten und Gemeinden bilden.

3. Leistungen der Daseinsvorsorge sind am Gemeinwohl orientierte Leistungen, die in der Regel aufgrund besonderer Pflichten unwirtschaftlich sind und deshalb von privaten Marktteilnehmern nicht oder – vor allem in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universalen Zugang – nicht in der gleichen Form angeboten werden wie von insbesondere kommunalen Verwaltungsträgern. Indem die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* diese Leistungen erbringt, erbringt sie Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse.
4. Zweck dieses Betrauungsaktes ist es, die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ausdrücklich mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne von Art. 106 Abs. 2 AEUV zu betrauen und einen beihilfenrechtlich zulässigen Ausgleich hierfür zu regeln. Der Kreis Plön und die *[Die Stadt .../die Gemeinde ..., der Kreis Plön und die weiteren]* an der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* beteiligten Städte und Gemeinden betrauen die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* mit im Wesentlichen gleichlautenden Akten mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die an der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* beteiligten Kommunen, die die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* durch im Wesentlichen gleichlautende Akte mit der Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betrauen, werden im Folgenden auch als die „betrauenden Stellen“ bezeichnet.

II. Betrauung mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen

1. **Betrauungsakt.** Der Kreis Plön *[Die Stadt .../Die Gemeinde ...]* betraut die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* im Rahmen ihres Unternehmensgegenstandes mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit im Kreis Plön *[in der Stadt .../in der Gemeinde ...]*.

2. **Gegenstand der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.** Gegenstand der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen sind
 - a) die Unterstützung der juristischen Person des öffentlichen Rechts im Kreis Plön zur Berücksichtigung von Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit bei der Wahrnehmung eigener und übertragener Aufgaben,
 - b) Maßnahmen zur Aktivierung und Motivierung von juristischen Personen des Privatrechts und natürlichen Personen im Kreis Plön für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit, insbesondere durch Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement,
 - c) die Entwicklung bzw. Fortschreibung von individuellen Konzepten im Bereich von Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit mit Vorschlägen für konkrete Maßnahmen im Kreis Plön *[in der Stadt .../in der Gemeinde ...]*,
 - d) die Initiierung von Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Kreis Plön *[in der Stadt .../in der Gemeinde ...]*.
3. **Gemeinwirtschaftlichkeit.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat die in Ziffer II.2 genannten Verpflichtungen gemeinwirtschaftlich zu erfüllen, also ohne Rücksicht darauf, ob sie nach privatwirtschaftlichen Maßstäben für die Gesellschaft selbst hinreichend rentabel sind. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat die Verpflichtungen als eigene satzungsmäßige Zwecke wahrzunehmen. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ist nicht verpflichtet, die Leistungen in eigener Person bzw. mit eigenen Mitarbeitenden zu erbringen, sondern kann sich dazu unter Beachtung der geltenden vergaberechtlichen Anforderungen Dritter bedienen.
4. **Dauerhafte Verfügbarkeit.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ist verpflichtet, die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dauerhaft während der gesamten Dauer der Betrauung zu erbringen. Sie hat insbesondere sicherzustellen, dass ihre Leistungen den bestimmungsgemäßen Nutzenden dauerhaft zur Verfügung stehen.

5. **Universalität und obligatorischer Charakter.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* ist verpflichtet, die Dienstleistungen, mit denen sie betraut ist, diskriminierungsfrei gegenüber dem jeweiligen Nutzerkreis und im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten zu erbringen. Soweit die Kapazitäten der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* nicht ausreichen, ist nach sachlichen Gesichtspunkten nachvollziehbar zu entscheiden.
6. **Eigenverantwortlichkeit.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* erbringt ihre Leistungen gegenüber Dritten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung zur Verwirklichung ihres Gesellschaftszwecks. Vorbehaltlich der Regelungen dieses Betrauungsaktes trägt sie die Aufwendungen grundsätzlich selbst, etwaige Erlöse stehen ihr zu. Sie darf besondere, marktmäßig nicht gerechtfertigte Vorteile von Unternehmen weder fordern noch sich versprechen oder gewähren lassen.
7. **Ausschluss anderer Tätigkeiten.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* darf ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung des Kreises Plön *[der Stadt .../der Gemeinde ...]* keine anderen Tätigkeiten als die aufgrund dieses Betrauungsaktes übernommenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse übernehmen, insbesondere keine Leistungen, die nicht als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse qualifiziert werden können. Die Aufnahme solcher Tätigkeiten bedarf einer Anpassung des vorliegenden Betrauungsaktes insbesondere im Hinblick auf die Regelungen zu Ausgleichszahlungen. Ferner sind in diesem Fall Regelungen über eine Verpflichtung der Gesellschaft zu einer getrennten Buchführung und Rechnungslegung aufzunehmen. Die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen für eine Änderung oder Ergänzung des Unternehmensgegenstandes der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* bleiben unberührt.
8. **Räumlicher Geltungsbereich.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* nimmt die in Absatz 2 bezeichneten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für den Kreis Plön für das Gebiet des Kreises Plön *[für die Stadt ... für das Gebiet der Stadt .../für die Gemeinde ... für das Gebiet der Gemeinde ...]* wahr.

III. Finanzierung, Ausgleichsleistungen

1. **Grundsatz.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* finanziert ihre Leistungen grundsätzlich auf eigenes Risiko, soweit in diesem Betrauungsakt nichts anderes geregelt ist. Zur Sicherstellung der Durchführung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Ziffer II. kann der Kreis Plön *[die Stadt .../die Gemeinde ...]* – gemeinsam mit den anderen betrauenden Stellen – jedoch Ausgleichsleistungen gewähren. Ausgleichsleistungen im Sinne dieser Betrauung sind gemäß dem Freistellungsbeschluss vom 20.12.2011 alle vom Kreis Plön *[von der Stadt .../von der Gemeinde ...]* oder aus Mitteln des Kreises Plön *[der Stadt .../der Gemeinde ...]* ggf. im Verbund mit anderen betrauenden Stellen gewährten Vorteile, insbesondere Betriebs- und Investitionskostenzuschüsse, Bürgschaften, Darlehen, Verlustausgleiche, Kostenübernahmen und Kapitaleinlagen.
2. **Ausschluss eines Anspruchs.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat aus diesem Betrauungsakt keinen Anspruch auf die Gewährung von Ausgleichsleistungen. Über die Gewährung von Ausgleichsleistungen entscheidet der Kreis Plön nach eigenem, freien Ermessen. Diese Ziffer III. des Betrauungsaktes regelt vielmehr und lediglich für den Fall, dass Ausgleichsleistungen gewährt werden, deren Bemessung und Verwendung sowie weitere Modalitäten, um die beihilfenrechtlichen Anforderungen daran zu erfüllen.
3. **Zweck der Ausgleichsleistungen.** Die Ausgleichsleistungen dienen ausschließlich dazu, die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, ihren satzungsmäßigen Gesellschaftszweck zu verwirklichen. Die Ausgleichsleistungen dürfen ausschließlich und müssen vollständig für das Funktionieren der vereinbarten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verwendet werden, unbeschadet der Möglichkeit der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH*, über ihre angemessene Rendite zu verfügen.
4. **Maximale Höhe.** Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen im Rahmen dieser Betrauung ist gemäß Art. 2 Abs. 1 Buchstabe a des Freistellungsbeschlusses vom 20.12.2011 auf 15 Millionen € begrenzt.

IV. Bemessung der Ausgleichsleistungen

1. **Grundsatz.** Genereller Parameter für die Bemessung der Ausgleichsleistungen ist der Umfang, in welchem die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* die in Ziffer II. genannten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erfüllt. Zur Konkretisierung des beschriebenen Umfangs der Leistungen und Verpflichtungen stellt die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* jährlich vorab einen Wirtschaftsplan im Sinne des § 102 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Gemeindeordnung (GO) auf, welcher der Zustimmung des Kreises Plön [der Stadt .../der Gemeinde ...] und der weiteren betrauenden Stellen bedarf. Zur Erteilung der Zustimmung ist ein Gesellschafterbeschluss ausreichend, solange sämtliche Geschäftsanteile ausschließlich mittelbar oder unmittelbar von den betrauenden Stellen gehalten werden.
2. **Erforderlichkeitsgrundsatz.** Die Ausgleichsleistungen der betrauenden Stellen gemeinsam gehen nicht über das hinaus, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen verursachten Nettokosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen nebst eines angemessenen Gewinns abzudecken. An diesem Grundsatz sind sämtliche Regelungen zu Bemessung der Ausgleichshöhe zuvörderst zu bemessen und gegebenenfalls an diesen Grundsatz anzupassen.
3. **Allgemeine Grundlage für die Bemessung.** Allgemeine Grundlage für die Bemessung von Ausgleichsleistungen ist, dass die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* sämtliche in Ziffer II.2 genannten Dienstleistungen erbringt, aber keine anderen Dienstleistungen, insbesondere keine, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind. Daher werden gemäß Art. 5 Abs. 3 Buchstabe a des Freistellungsbeschlusses die Gesamtkosten der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* als für die Berechnung der Ausgleichszahlung zu berücksichtigende Kosten herangezogen. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat sicherzustellen, dass die entstehenden Gesamtkosten bezogen auf die Aufgabenstellung einen angemessenen Rahmen nicht überschreiten. Zu den erforderlichen Kosten zählen auch erforderliche Investitionskosten, soweit sie für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sind (Art. 5 Abs. 3 Buchstabe d Freistellungsbeschluss). Zur Ermittlung der maximal zulässigen Ausgleichszahlung werden im Sinne des Nettokostenprinzips (Art. 5 Abs. 2 Freistellungsbeschluss) die von Dritten erzielten Einnahmen der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* aus den Dienstleistungen abgezogen.

4. **Konkretisierung der Parameter.** Der Kreis Plön [*Die Stadt .../die Gemeinde ...*] hat geprüft, ob eine nähere Konkretisierung der Parameter für die Bemessung des Ausgleichs im vorliegenden Betrauungsakt insbesondere durch die Zuordnung zu einzelnen Leistungseinheiten praktisch durchführbar ist. Nach Auffassung des Kreises Plön [*der Stadt .../der Gemeinde ...*] ist dies nicht in einer Weise möglich, die eine höhere Transparenz gewährleisten würde. Denn die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* erbringt zahlreiche Leistungen in Form von Vorhalteleistungen (z.B. Vorhaltung von Informationen) oder von Unterstützungs- und Begleitungsleistungen, die sich nicht vorab konkretisieren und in Leistungseinheiten fassen lassen, denen bestimmte Kosten zugeordnet werden könnten. Daher erfolgt die Konkretisierung auf der Ebene des jährlich vorab festzustellenden Wirtschaftsplans (Ziffer IV.1). Dies gilt als Aktualisierung des Betrauungsaktes.
5. **Ausgleichshöhe in Geldmitteln.** Die Höhe der jährlichen Ausgleichsleistungen durch Zuwendung von Geldmitteln entspricht maximal dem im Wirtschaftsplan (Ziffer IV.1) aus den Gesamtkosten der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* unter Berücksichtigung der anderweitigen Einnahmen Voreinstellung der Ausgleichszahlung im Voraus ausgewiesenen Fehlbetrag.
6. **Angemessene Eigenkapitalrendite.** Bei der Bemessung der Ausgleichsleistung kann eine angemessene Rendite aus dem für die Durchführung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse eingesetzten Eigenkapital berücksichtigt werden, und zwar in Höhe von höchstens 2,5 % pro Jahr.
7. **Anpassung bei Unwägbarkeiten.** Führen unvorhersehbare Ereignisse aufgrund der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu höheren als im Wirtschaftsplan ausgewiesenen und nicht gedeckten Kosten, können auch diese ausgeglichen werden. Dieses bedarf eines entsprechend begründeten Antrags der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* beim Kreis Plön [*der Stadt .../der Gemeinde ...*] und gegebenenfalls den anderen betrauenden Stellen.
8. **Abrechnung.** Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* erstellt spätestens neun Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine prüfbare Aufstellung und Abrechnung der im abgelaufenen Jahr erbrachten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gegenüber dem Kreis Plön [*der Stadt .../der Gemeinde ...*] und den weiteren betrauenden Stellen. Ziffer VII.3 bleibt unberührt.

V. Ausgleichsleistungen durch Kreditsicherheiten

1. Der Kreis Plön [*Die Stadt .../Die Gemeinde ...*] und die weiteren betrauenden Stellen können Ausgleichsleistungen für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, mit denen die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* betraut ist, auch in der Form erbringen, dass sie Kreditsicherheiten (insbesondere Bürgschaften) für Kredite gewähren, welche die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* zur Finanzierung von Investitionen aufgenommen hat. Für die Stellung solcher Sicherheiten gelten die Regelungen der Ziffer IV., soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
2. Kreditsicherheiten dürfen nur für Kredite der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* gewährt werden, die der Finanzierung von Investitionen dienen, soweit diese Investitionen für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sind (§ 5 Abs. 3 Buchstabe d Freistellungsbeschluss).
3. Als Bestandteil der Ausgleichsleistung durch die Gewährung von Kreditsicherheiten können die betrauenden Stellen auf die Vereinbarung einer Prämie für die Kreditsicherheit (Abwahl, Bürgschaftsprovision) verzichten, soweit eine solche nicht nach anderen Rechtsvorschriften vereinbart werden muss. Voraussetzung für den Verzicht ist, dass dadurch das Nettokostenprinzip nicht verletzt wird. Davon ist auszugehen, wenn der Barwert einer marktmäßigen Prämie über die Laufzeit der Kreditsicherheit geringer ist als die erforderlichen Investitionskosten. Der Wert ist beim Vergleich des insgesamt gewährten Ausgleichs mit den Gesamt-Nettokosten der Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zu berücksichtigen, um eine Überkompensation zu vermeiden.

VI. Unterdeckungen, Überkompensation

1. Unterschreitet die nach den Regelungen dieses Betrauungsaktes ermittelte Höhe der Ausgleichsleistung für ein Jahr die tatsächlich im Nachhinein ermittelten Kosten, besteht kein Anspruch der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* auf nachträglichen Ausgleich dieser Unterdeckung. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* trägt den Fehlbetrag auf neue Rechnung vor. Aus einer Unterdeckung ergibt sich kein Anspruch der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* auf Anpassung der Ausgleichsleistung oder der Parameter. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat sich um einen Ausgleich durch Anpassung ihrer Tätigkeiten zu bemühen.

2. Übersteigt der nach den Regelungen dieses Betrauungsaktes und des darauf beruhenden Wirtschaftsplans ermittelte und gezahlte Ausgleich die für die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlichen Kosten unter Berücksichtigung der Einnahmen hieraus sowie einer angemessenen Rendite um bis zu 10 %, verbleibt diese Überdeckung bei der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH*. Sie wird für die Erbringung dieser Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne von Ziffer II. eingesetzt und auf die Ausgleichsleistungen für das Folgejahr angerechnet.
3. Verbleibt nach Maßgabe von Ziffer VI.2 ein Überschuss in einer Höhe von mehr als 10 % der Ausgleichsleistungen, wird der gesamte Überschuss unverzüglich nach Bilanzierung an den Kreis Plön [*die Stadt .../die Gemeinde ...*] im Verhältnis seiner [*ihrer*] Finanzierungsbeteiligung ausgezahlt. Die Zahlungsfrist beträgt sechs Monate.
4. Ist unter Berücksichtigung der Regelungen dieses Betrauungsaktes die Erforderlichkeit und Angemessenheit der Ausgleichsleistungen nicht gewahrt, sind deren Parameter durch Anpassung dieses Betrauungsaktes anzupassen. Dies gilt insbesondere, falls eine Rückforderung nach Ziffer VI.3 stattfindet. Eine Anpassung der Parameter oder eine Ergänzung dieses Betrauungsaktes hat ferner zu erfolgen, wenn dies erforderlich ist, um die Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht, insbesondere dem EU-Beihilfenrecht, herzustellen. Dies gilt vor allem, soweit eine Aufsichtsbehörde, die Europäische Kommission oder ein Gericht unanfechtbar feststellen sollte, dass Bestimmungen dieses Betrauungsaktes mit höherrangigem Recht unvereinbar sind. Ein Anspruch Dritter auf die Anpassung wird hierdurch nicht begründet.

VII. Information, Kontrolle, Dokumentation

1. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat den Kreis Plön [*die Stadt .../die Gemeinde ...*] rechtzeitig über Umstände, die für die Durchführung dieses Betrauungsaktes bedeutsam sind, sowie über wesentliche Veränderungen der diesem Betrauungsakt zugrunde liegenden Umstände zu informieren.
2. Der Kreis Plön [*Die Stadt .../Die Gemeinde ...*] darf Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* einsehen und zur Prüfung anfordern und die Verwendung der Ausgleichsleistungen durch örtliche Erhebung prüfen oder durch Beauftragte prüfen lassen. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

3. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* stellt dem Kreis Plön [der Stadt .../der Gemeinde ...] ihren Jahresabschluss innerhalb eines Monats nach dessen Erstellung, spätestens sechs Monate nach dem Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung. Auch um sicherzustellen, dass durch die Ausgleichsleistungen keine Überkompensation entsteht, wird der Jahresabschluss der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Erforderlichkeit und Angemessenheit geprüft.
4. Die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* hat sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichszahlungen mit den Bestimmungen des EU-Beihilfenrechts vereinbar sind, mindestens für einen Zeitraum von zehn Jahren aufzubewahren (Art. 8 Abs. 1 Freistellungsbeschluss).
5. Über die Anforderungen dieser Ziffer hinausgehende Regelungen nach anderen Rechtsvorschriften, insbesondere des Gesellschaftsrechts oder des Kommunalprüfungsgesetzes, bleiben unberührt.

VIII. Dauer der Betrauung

1. Die Betrauung wird mit der Bekanntgabe dieses Bescheides wirksam.
2. Die Betrauung erfolgt bis zum 30.04.2033..
3. Die Betrauung gilt unabhängig von der Betrauung durch die anderen betrauenden Stellen und unabhängig davon, ob andere betrauende Stellen Gesellschafter der *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* bleiben.

IX. Widerrufsvorbehalt

Dieser Betrauungsakt steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs. Der Kreis Plön [Die Stadt .../Die Gemeinde ...] darf den Betrauungsakt, auch mit Wirkung für die Vergangenheit, ganz oder teilweise widerrufen, falls

- a) die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen, mit deren Erfüllung sie betraut ist, trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt und schwerwiegend verletzt,

- b) die *Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH* den Nachweis für die Verwendung der gewährten Ausgleichszahlung gemäß Ziffer IV.8 nicht führt oder Mitteilungspflichten nach Ziffer VII.1-3 nicht rechtzeitig nachkommt,
- c) sich infolge von Änderungen des EU-Rechts oder höchstrichterlicher Rechtsprechung die rechtlichen Rahmenbedingungen grundlegend ändern.

X. Umsetzung

Ausgleichsleistungen auf der Grundlage dieses Betrauungsaktes werden erst nach seiner Unanfechtbarkeit gewährt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen der Widerspruch zu. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe dieses Bescheides beim Kreis Plön, Hamburger Straße 17-18, 24306 Plön, *[der Stadt .../der Gemeinde ... mit jeweiliger Postanschrift]* zu erheben.



KLIMASCHUTZ
IM KREIS PLÖN

Gesellschaftsvertrag

Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH

Geplante Gründung des Unternehmens

01. Mai 2023

Auftraggeber



Kreis Plön
Hamburger Straße 17-18
24306 Plön

Ansprechpartner: Stefan Reißig
(Klimaschutzmanager)

Erstellt durch:

ZEITEN^oGrad
KOMPETENZ IM KLIMASCHUTZ

Zeiten°Grad
Krug und Poggemann GbR
Holtenauer Straße 76
24105 Kiel

Ansprechpartner:
Dr. David-Willem Poggemann
(Geschäftsführer)

§ 1

Firma und Sitz

- 1) Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie führt die Firma Klimaschutzagentur im Kreis Plön GmbH.
- 2) Sitz der Gesellschaft ist Plön.

§ 2

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft

- 1) Zweck der Gesellschaft ist der Klimaschutz insbesondere im Kreis Plön.
- 2) Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit im Kreis Plön entsprechend den Betrauungsakten der Gesellschafter der Gesellschaft. Ferner sind Beratung und Unterstützung in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit für Gesellschafterkommunen, Nicht-Gesellschafterkommunen sowie für weitere Akteure aus dem Kreis Plön Gegenstand der Gesellschaft.
- 3) Die Gesellschaft darf andere Gesellschaften gründen oder übernehmen und sich an anderen Gesellschaften oder an der Gründung anderer Gesellschaften beteiligen.

§ 3

Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft

- 1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfsjahr. Es endet am 31. Dezember.
- 2) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer abgeschlossen.

§ 4

Stammkapital; Stammeinlagen

- 1) Das Stammkapital beträgt 25.000,00 Euro.
- 2) Gegen Einlage auf das Stammkapital übernimmt/übernehmen
 - a) der Kreis Plön XXX Geschäftsanteile im Nennbetrag von je 1,00 EUR,
 - b) die Gemeinde A XXX Geschäftsanteile im Nennbetrag von je XXX,00 EUR,
 - c) das Amt B XXX Geschäftsanteile im Nennbetrag von je XXX,00 EUR.
- 3) Das Stammkapital wird in bar erbracht und ist mit Gründung der Gesellschaft fällig bzw. bei beschlossener Aufnahme als Gesellschafter.

§ 5

Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse; Verteilung der Ausgleichszahlungen auf die Gesellschafter

- 1) Jeder Gesellschafter betraut die Gesellschaft mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne des Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Die Betrauung erfolgt nicht durch diesen Gesellschaftsvertrag, sondern ausschließlich durch einen gesonderten Betrauungsakt. Auf der Grundlage des jeweiligen Betrauungsaktes und ausschließlich nach den darin enthaltenen Regelungen kann jeder betrauende Gesellschafter der Gesellschaft Ausgleichsleistungen dafür gewähren, dass die Gesellschaft Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringt.
- 2) Solange sämtliche Geschäftsanteile der Gesellschaft ausschließlich unmittelbar oder mittelbar von den betrauenden Stellen gehalten werden, entscheiden die Gesellschafter über die Höhe der Gesellschaft in einem Geschäftsjahr gewährte Ausgleichsleistung durch Gesellschafterbeschluss. Die Gesellschafter entscheiden durch Gesellschafterbeschluss auch darüber, ob und inwieweit die Ausgleichsleistung durch Kreditsicherheiten erbracht wird.
- 3) Im Innenverhältnis tragen die Gesellschafter die nach dem Gesellschafterbeschluss der Gesellschaft in einem Geschäftsjahr gewährte Ausgleichsleistung im Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen. Die von jedem einzelnen Gesellschafter zu gewährende Ausgleichsleistung errechnet sich nach der Formel:

$$\frac{\text{Ausgleichsleistung} \times \text{Einwohnerzahl des Gesellschafters}}{\text{Summe der Einwohnerzahlen aller Gesellschafter}}.$$

Damit gewährt jeder Gesellschafter einen Eurobetrag pro Einwohnerin und Einwohner, der sich aus der Division des beschlossenen Ausgleichsbetrags durch die Summe der Einwohnerzahlen aller Gesellschafter ergibt. Personen, die Einwohner mehrerer Gesellschafter sind (z.B. des Kreises Plön und einer dem Kreis Plön angehörigen Gemeinde), werden bei der Summe der Einwohnerzahlen aller Gesellschafter mehrfach berücksichtigt. Maßgeblich für die Einwohnerzahlen sind die am Tag des Gesellschafterbeschlusses über die Ausgleichsleistung verfügbaren aktuellsten Daten des Statistikamtes Nord. Dieser Verteilungsmaßstab gilt für die gesamte Ausgleichsleistung im Sinne der Betrauungsakte, unabhängig davon, in welcher Form die Ausgleichsleistung gewährt wird (z.B. Verlustausgleich, Gewährung von Bürgschaften, Darlehen oder Kostenübernahmen). Durch Gesellschafterbeschluss, der einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen bedarf, kann für einen bestimmten Zeitraum eine abweichende Aufteilung der Ausgleichsleistung bestimmt werden.

- 4) Die Zahlung erfolgt, soweit im Gesellschafterbeschluss über die Gewährung der Ausgleichsleistung nichts anderes bestimmt ist, spätestens bis zum 31. Januar des laufenden Geschäftsjahres auf ein von der Gesellschaft benanntes Konto.
- 5) Ein Gesellschafter, der während des Geschäftsjahres der Gesellschaft beitrifft und die Gesellschaft mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut hat, beteiligt sich im Jahr seines Beitritts an der Ausgleichsleistung, indem er eine zeitanteilige Abschlagszahlung in folgender Höhe zahlt:

$$\begin{aligned} & \text{Eurobetrag je Einwohner nach Absatz 3 Satz 3} \times \\ & \text{Einwohnerzahl des Gesellschafters} \times \\ & 0,75 \text{ (bei Beitritt am 01.04.) bzw. } 0,25 \text{ (bei Beitritt am 01.10.).} \end{aligned}$$

Die Erhöhung der Summe der Einwohnerzahlen aller Gesellschafter infolge des Beitritts wird insoweit nicht berücksichtigt. Der Abschlag ist innerhalb eines Monats nach dem Beitritt zur Gesellschaft zu zahlen.

§ 6

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Gesellschafterversammlung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Geschäftsführung.

§ 7

Gesellschafterversammlung

- 1) In der Gesellschafterversammlung wird der Kreis Plön durch die Landrätin oder den Landrat oder durch eine von ihr oder ihm beauftragte Person vertreten. Die Landrätin oder der Landrat bestellt eine Stellvertretung, die sie oder ihn oder die von ihr oder ihm beauftragte Person im Falle der Verhinderung vertritt. Die übrigen Gesellschafter werden jeweils durch eine von ihnen zu bestellende Person vertreten. Jeder der übrigen Gesellschafter hat für die Vertretungsperson eine Stellvertretung zu bestellen, die die Vertretungsperson im Falle der Verhinderung vertritt.

- 2) Falls ein kommunaler Gesellschafter nicht durch seine gesetzliche Vertreterin oder seinen gesetzlichen Vertreter vertreten wird, hat diese oder dieser das Recht, ohne Stimmrecht an der Gesellschafterversammlung teilzunehmen. Ebenso dürfen die Beteiligungsverwaltungen der kommunalen Gesellschafter – im Falle der Beteiligung einer amtsangehörigen Gemeinde die Beteiligungsverwaltung des zuständigen Amtes – an der Gesellschafterversammlung teilnehmen.
- 3) Die Geschäftsführung beruft die Gesellschafterversammlung ein. Die Gesellschafterversammlung ist einzuberufen, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert, mindestens jedoch einmal im Geschäftsjahr. Die Gesellschafterversammlung soll nicht während der schleswig-holsteinischen Schulferien tagen.
- 4) Die Geschäftsführung muss die Gesellschafterversammlung unverzüglich einberufen, wenn
 - a) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist,
 - b) der Aufsichtsrat dies verlangt,
 - c) ein Gesellschafter oder mehrere Gesellschafter, der allein oder die gemeinsam mindestens 10 % des Stammkapitals hält oder halten, dies verlangt oder verlangen.
- 5) Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt schriftlich mit einer Frist von vier Wochen, wobei der Tag des Zugangs der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen sind. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist auf eine Woche verkürzt werden. Mit der Einberufung sind die Tagesordnung sowie Ort und Zeit der Gesellschafterversammlung mitzuteilen. Die für die Gesellschafterversammlung notwendigen Unterlagen sollen mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung übersandt werden.
- 6) Durch Gesellschafterbeschluss kann bestimmt werden, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter und andere Teilnahmeberechtigte per Videokonferenz oder Telefon an einer Gesellschafterversammlung teilnehmen. Die Teilnahme per Videokonferenz oder Telefon kann für dieselbe Versammlung nur einheitlich für alle Vertreterinnen und Vertreter und anderen Teilnahmeberechtigten erlaubt oder abgelehnt werden.
- 7) Die Gesellschafterversammlung kann in Gänze als Videokonferenz durchgeführt werden. Die Durchführungsform sowie die Zugangsdaten sind mit der Einberufung bekanntzugeben.

- 8) Über jede Gesellschafterversammlung ist, soweit nicht eine notarielle Beurkundung erforderlich ist, unverzüglich eine Niederschrift zu fertigen, die von der Versammlungsleiterin oder dem Versammlungsleiter und der Protokollführerin oder dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind der Ort – bei einer Videokonferenz die Durchführungsform – und der Tag der Versammlung, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Gegenstände der Versammlung und die Gesellschafterbeschlüsse aufzunehmen. Die Urschrift der Niederschrift ist zu den Akten zu nehmen. Den Gesellschaftern ist eine Abschrift der Niederschrift schriftlich zuzuleiten.
- 9) Die Leitung der Gesellschafterversammlung hat der oder die Vorsitzende des Aufsichtsrates, bei ihrer oder seiner Verhinderung der oder die stellvertretende Vorsitzende.

§ 8

Aufgabenkreis der Gesellschafter

Eines Gesellschafterbeschlusses bedürfen die gesetzlich – insbesondere, aber nicht nur durch § 46 GmbHG – den Gesellschaftern zugewiesenen oder einem Gesellschafterbeschluss vorbehaltenen Angelegenheiten, soweit sie durch diesen Gesellschaftsvertrag nicht ausdrücklich einem anderen Organ zugewiesen sind, und außerdem die folgenden Angelegenheiten:

- a) die Änderung beziehungsweise Erweiterung des jeweils konkreten Geschäftsgegenstandes, sowie die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes – diese Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen –,
- b) die Errichtung, Aufhebung, Veräußerung oder Verpachtung von Zweigniederlassungen oder Zweigbetrieben,
- c) die unmittelbare oder mittelbare Gründung von Gesellschaften, Genossenschaften oder anderen privatrechtlichen Vereinigungen oder die Beteiligung an diesen oder deren Gründung, die Erhöhung solcher Beteiligungen und die teilweise oder vollständige Veräußerung von derartigen Unternehmen,
- d) Angelegenheiten von besonderer Bedeutung, die der Gesellschafterversammlung vom Aufsichtsrat oder von der Geschäftsführung zur Entscheidung vorgelegt wurden,

- e) die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats sowie der Ersatzmitglieder, soweit diese nicht vom Gesellschafter Kreis Plön bestellt werden oder dem Aufsichtsrat kraft Amtes angehören (§ 11 Absatz 1, 3, 5 und 9),
- f) die Festsetzung einer Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Aufsichtsrats,
- g) der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sowie die Erteilung von Einzelvertretungsmacht an Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer,
- h) die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
- i) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, welche der Gesellschaft gegen Mitglieder des Aufsichtsrats oder gegen Gesellschafter zustehen,
- j) die Beschränkung der Vertretungsbefugnis der Geschäftsführung sowie Weisungen an dieselbe,
- k) der Wirtschaftsplan und die fünfjährige Finanzplanung einschließlich der Nachträge,
- l) die Wahl der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers oder, wenn die Gesellschaft der Prüfpflicht des Kommunalprüfungsgesetzes unterliegt, die Übermittlung eines Vorschlags an die Prüfungsbehörde zur Beauftragung des Abschlussprüfers bzw. der Abschlussprüferin,
- m) die Festlegung der Ausgleichsleistung für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe der Betrauungsakte und die damit zusammenhängenden Entscheidungen (§ 5),
- n) die Art und Weise des Ausscheidens eines Gesellschafters nach dessen Kündigung (§ 17 Absatz 4).

§ 9

Gesellschafterbeschlüsse

- 1) Gesellschafterbeschlüsse werden in einer Gesellschafterversammlung oder im schriftlichen Verfahren nach Absatz 3 gefasst.
- 2) Eine Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen und mindestens ein Viertel des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich die Gesellschafterversammlung nicht als beschlussfähig, so ist binnen 10 Tagen eine zweite

Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist.

- 3) Bei einer Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren erfolgt die Stimmabgabe in Textform. Zudem müssen sich sämtliche Gesellschafter in Textform mit der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren einverstanden erklären. Die Stimmabgabe in der Sache gilt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes erklärt wird, als Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren. Die Personen, die ohne Stimmrecht an einer Gesellschafterversammlung teilnehmen dürften (§ 7 Absatz 2), nehmen beratend an der Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren teil.
- 4) Gesellschafterbeschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften oder der Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorsehen. Jeder Euro eines Geschäftsanteiles gewährt eine Stimme. Die Stimmen eines Gesellschafters können nur einheitlich abgegeben werden. Stimmenthaltungen zählen als nicht abgegeben.
- 5) Beschlüsse über Umwandlungen und Umstrukturierungen, insbesondere über eine Verschmelzung, eine Spaltung, eine Vermögensübertragung oder einen Formwechsel, bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.
- 6) Die Gesellschafter können durch Gesellschafterbeschluss
 - a) eine fehlende oder versagte Zustimmung des Aufsichtsrates ersetzen oder
 - b) innerhalb einer Frist von einer Woche mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen eine vom Aufsichtsrat erteilte Zustimmung entziehen und selbst in der Angelegenheit beschließen.

§ 10

Aufsichtsrat

- 1) Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat besteht, vorbehaltlich des Absatz 9, aus zehn Mitgliedern, nämlich
 - a) der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Plön kraft Amtes und einem Mitglied, das der Kreis Plön bestellt, sowie
 - b) acht Mitgliedern, die auf Vorschlag der Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss gewählt werden; von diesen acht gewählten Mitgliedern dürfen höchstens drei aus den Reihen des Kreises Plön stammen.

- 2) Aus den Reihen des Kreises Plön stammen Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie Beschäftigte der Kreisverwaltung einschließlich der Eigenbetriebe und der vom Kreis beherrschten Gesellschaften.
- 3) Der Kreis Plön bestellt für jedes Aufsichtsratsmitglied nach Absatz 1 Buchstabe a ein (persönliches) stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied, das das Aufsichtsratsmitglied im Verhinderungsfall vertritt. Durch Gesellschafterbeschluss wird für jedes Aufsichtsratsmitglied nach Absatz 1 Buchstabe b ein (persönliches) stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied gewählt, das das Aufsichtsratsmitglied im Verhinderungsfall vertritt.
- 4) Die bestellten und gewählten Aufsichtsratsmitglieder nach Absatz 1 sowie die stellvertretenden Aufsichtsratsmitglieder werden für die Wahlzeit der Gemeindevertretungen und Kreistage im Sinne des § 1 Absatz 1 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes bestellt bzw. gewählt. Sie bleiben bis zur Bestellung bzw. Wahl ihrer Nachfolgerinnen oder Nachfolger im Amt. Die Bestellung bzw. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und der stellvertretenden Aufsichtsratsmitglieder soll spätestens drei Monate nach dem Beginn der Wahlzeit erfolgen.
- 5) Die vom Kreis Plön bestellten Aufsichtsratsmitglieder und stellvertretenden Aufsichtsratsmitglieder können vom Kreis Plön, die durch Gesellschafterbeschluss gewählten Aufsichtsratsmitglieder und stellvertretenden Aufsichtsratsmitglieder können durch Gesellschafterbeschluss jederzeit abberufen werden. Zudem kann jedes Aufsichtsratsmitglied und jedes stellvertretende Aufsichtsratsmitglied sein Amt unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen durch schriftliche Erklärung gegenüber der oder dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates niederlegen.
- 6) Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied oder ein stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied vor dem Ende seiner Amtszeit aus dem Aufsichtsrat aus, hat die zuständige Stelle für den Rest der Amtszeit (Absatz 4 Satz 1 und 2) ein Ersatzmitglied zu bestellen bzw. zu wählen. Ein Ausscheiden eines Aufsichtsratsmitglieds gilt längstens für die Dauer von drei Monaten als Verhinderung im Sinne des Absatz 3.
- 7) Ein Aufsichtsratsmitglied darf nicht gleichzeitig Mitglied der Geschäftsführung, Prokuristin oder Prokurist oder zum gesamten Geschäftsbetrieb ermächtigte oder ermächtigter Handlungsbevollmächtigte oder Handlungsbevollmächtigter sein.

- 8) Die auf Veranlassung der kommunalen Gesellschafter gewählten oder bestellten Mitglieder haben bei ihrer Tätigkeit das Interesse ihrer Körperschaft zu verfolgen, dies insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch die Gesellschaft. Sie sind den kommunalen Gesellschaftern gegenüber auskunftspflichtig - die §§ 394 und 395 des Aktiengesetzes gelten entsprechend. Die kommunalen Gesellschafter sind berechtigt, ihnen durch ihre Organe Weisungen bezüglich der Steuerung des Unternehmens zur Erreichung strategischer Ziele zu erteilen.
- 9) Abweichend von Absatz 1 besteht der Aufsichtsrat
- a) wenn der Kreis Plön einziger Gesellschafter ist, aus fünf Mitgliedern, nämlich aus der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Plön kraft Amtes und aus vier Mitgliedern, die der Kreis Plön bestellt,
 - b) sofern der Kreis Plön mindestens 75 %, aber weniger als 100 % des Stammkapitals hält, aus sieben Mitgliedern, nämlich aus der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Plön kraft Amtes und aus vier Mitgliedern, die der Kreis Plön bestellt, sowie aus zwei Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss gewählt werden; diese zwei gewählten Mitglieder dürfen nicht aus den Reihen des Kreises Plön stammen,
 - c) sofern der Kreis Plön mehr als 50 %, aber weniger als 75 % des Stammkapitals hält, aus zehn Mitgliedern, nämlich aus der Landrätin oder dem Landrat des Kreises Plön kraft Amtes und aus vier Mitgliedern, die der Kreis Plön bestellt, sowie aus fünf Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss gewählt werden; von diesen fünf gewählten Mitgliedern dürfen höchstens zwei aus den Reihen des Kreises Plön stammen.

Die Absätze 2 bis 8 gelten entsprechend. Verändert sich während der Wahlzeit der Gemeindevertretungen und Kreistage die Beteiligung am Stammkapital so, dass die in Satz 1 genannten Schwellenwerte erreicht, über- oder unterschritten werden, ist die Zusammensetzung des Aufsichtsrates innerhalb von drei Monaten durch Bestellung, Wahl oder Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern anzupassen.

- 10) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie deren oder dessen Stellvertretung. Stammt die oder der Vorsitzende aus den Reihen des Kreises Plön, ist die oder der stellvertretende Vorsitzende aus dem Kreis der nicht aus den Reihen des Kreises Plön stammenden Aufsichtsratsmitglieder zu bestellen. Stammt die oder der Vorsitzende nicht aus den Reihen des Kreises Plön, ist der oder die stellvertretende Vorsitzende aus dem Kreis der aus dem Kreis Plön stammenden Aufsichtsratsmitglieder zu bestellen. Die oder der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des Aufsichtsrats, leitet dessen Sitzungen und ist erste Ansprechpartnerin oder erster Ansprechpartner der Geschäftsführung.
- 11) Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind unentgeltlich tätig; sie erhalten keine Vergütung.

§ 11

Sitzungen und Beschlussfassung des Aufsichtsrates

- 1) Der Aufsichtsrat soll mindestens einmal im Kalendervierteljahr tagen.
- 2) Der Aufsichtsrat wird durch die Vorsitzende oder durch den Vorsitzenden einberufen. Die oder der Vorsitzende hat den Aufsichtsrat unverzüglich einzuberufen, wenn ein Aufsichtsratsmitglied oder die Geschäftsführung dies unter Angabe des Zwecks und der Gründe schriftlich verlangt.
- 3) Die Einberufung des Aufsichtsrates erfolgt schriftlich mit einer Frist von zwei Wochen. Mit der Einberufung sind die Tagesordnung sowie Ort und Zeit der Aufsichtsratssitzung mitzuteilen. Die für die Aufsichtsratssitzung notwendigen Unterlagen sind der Einberufung beizufügen. Die Einberufung ist den Gesellschaftern und deren Beteiligungsverwaltungen zur Kenntnis zu geben.
- 4) Die Beteiligungsverwaltungen der kommunalen Gesellschafter – im Falle der Beteiligung einer amtsangehörigen Gemeinde die Beteiligungsverwaltung des zuständigen Amtes – dürfen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen. Die Geschäftsführung muss an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen, wenn der Aufsichtsrat dies verlangt.
- 5) Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass Aufsichtsratsmitglieder und andere Teilnahmeberechtigte per Videokonferenz oder Telefon an einer Aufsichtsratssitzung teilnehmen. Die Teilnahme per Videokonferenz oder Telefon kann für dieselbe Sitzung nur einheitlich für alle Aufsichtsratsmitglieder und anderen Teilnahmeberechtigten erlaubt oder abgelehnt werden.
- 6) Sitzungen des Aufsichtsrates können in Gänze als Videokonferenz durchgeführt werden. Die Durchführungsform sowie die Zugangsdaten sind mit der Einberufung bekanntzugeben.
- 7) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß einberufen worden ist und mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
- 8) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des/der amtierenden Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltungen und Stimmenverweigerungen bleiben unberücksichtigt.

- 9) Über die Sitzungen des Aufsichtsrates ist eine Niederschrift anzufertigen, welche die oder der Vorsitzende des Aufsichtsrates zu unterzeichnen hat. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse und Empfehlungen des Aufsichtsrats anzugeben. Ein Verstoß gegen vorstehenden Satz 1 oder Satz 2 macht einen Beschluss nicht unwirksam. Jedem Mitglied des Aufsichtsrats ist auf Verlangen eine Abschrift der Sitzungsniederschrift auszuhändigen.
- 10) Der Aufsichtsrat kann Beschlüsse außerhalb einer Sitzung im schriftlichen Verfahren fassen. Bei einer Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren erfolgt die Stimmabgabe in Textform. Zudem müssen sich sämtliche Aufsichtsratsmitglieder in Textform mit der Stimmabgabe im schriftlichen Verfahren einverstanden erklären. Die Stimmabgabe in der Sache gilt, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes erklärt wird, als Zustimmung zur Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren. Die Personen, die ohne Stimmrecht an einer Sitzung des Aufsichtsrates teilnehmen dürften (Absatz 4 Satz 1), nehmen beratend an der Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren teil.
- 11) Der Aufsichtsrat kann sich im Rahmen der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Aufgaben und Befugnisse eine Geschäftsordnung geben.

§ 12

Aufgaben des Aufsichtsrats

- 1) Der Aufsichtsrat berät die Geschäftsführung und die Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
- 2) Der Aufsichtsrat bereitet die Gesellschafterbeschlüsse vor und gibt entsprechende Beschlussempfehlungen ab.
- 3) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Gegenstand der Überwachung ist die Ordnungsmäßigkeit, die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung. Zu diesem Zweck kann er von der Geschäftsführung jederzeit Auskunft über alle Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen und sich auch selbst darüber informieren; er kann insbesondere die Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie deren Vermögensgegenstände einsehen und prüfen. Ferner kann der Aufsichtsrat jederzeit einen Bericht verlangen über Angelegenheiten der Gesellschaft, über ihre rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie über geschäftliche Vorgänge bei diesen Unternehmen, die auf die Lage der Gesellschaft von erheblichem Einfluss sein können. Auch ein einzelnes Mitglied kann einen solchen Bericht, jedoch nur an den Aufsichtsrat, verlangen.

- 4) Der Aufsichtsrat erarbeitet das Konzept für das durch Gesellschafterbeschluss zu beschließende Berichtswesen sowie eines Überwachungssystems zur Früherkennung von dem Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Entwicklungen (Risikomanagement). Er wertet die von der Geschäftsführung vorzulegenden Berichte aus und leitet diese - erforderlichenfalls mit einer ergänzenden Stellungnahme - an die Gesellschafter und deren Beteiligungsverwaltungen weiter.
- 5) Der Aufsichtsrat beschließt über
 - a) eine Geschäftsordnung/Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung,
 - b) Maßregeln zur Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung,
 - c) die Stimmabgabe in Gesellschafterversammlungen und bei Gesellschafterbeschlüssen sowie in anderen Gremien von Beteiligungsgesellschaften.
- 6) Die Geschäftsführung bedarf der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates für folgende Geschäfte, soweit sie nicht im Rahmen des Wirtschaftsplanes beschlossen worden sind:
 - a) die Anschaffung, Herstellung und Veräußerung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens oder von Betriebsvorrichtungen sowie der Vergabe von Gutachten, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die vom Aufsichtsrat in der Geschäftsführungsgeschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen überschreiten;
 - b) Aufnahme von Darlehen, sowie über die Gewährung von Bürgschaften und Garantien durch die Gesellschaft, soweit sie nicht im Wirtschaftsplan enthalten sind;
 - c) Verzicht von Forderungen oder über Schenkungen;
 - d) den Erwerb, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten sowie den Abschluss von Immobilienleasingverträgen;
 - e) die Gewährung von Sicherheiten aller Art, insbesondere die Übernahme von Bürgschaften sowie die Gewährung ähnlicher Versprechen, soweit sie die von der Gesellschafterversammlung ggf. festgelegten Wertgrenzen überschreiten;
 - f) Einleitung gerichtlicher und schiedsgerichtlicher Verfahren sowie deren Beendigung durch Rücknahme der Anträge oder Vergleich;

- g) die Einstellung und Entlassung von Personal, bei denen von der Gesellschafterversammlung festgelegte Jahresverdienstgrenzen überschritten werden oder in den Fällen, in denen vom Stellenplan abgewichen wird;
- h) die Gewährung von Spenden, Verzicht auf Ansprüche sowie unentgeltliche Leistungen aller Art, soweit nicht von § 2 gedeckt;
- i) Festsetzungen und Änderungen der Nutzungsentgelte für die Einrichtungen, die die Gesellschaft betreibt, sofern die vom Aufsichtsrat in der Geschäftsführungsgeschäftsordnung festgelegten Wertgrenzen über- oder unterschritten werden.

Sowohl die Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss als auch der Aufsichtsrat können weitere Geschäfte von der Zustimmung des Aufsichtsrates abhängig machen.

- 7) Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Vorschlag der Geschäftsführung über die Verwendung des Bilanzgewinnes und berichtet hierüber der Gesellschafterversammlung. In dem Bericht hat der Aufsichtsrat auch mitzuteilen, in welcher Art und in welchem Umfang er die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres geprüft hat. Der Aufsichtsrat hat ferner zu dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch die Abschlussprüferin oder durch den Abschlussprüfer Stellung zu nehmen. Am Schluss des Berichts hat der Aufsichtsrat zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen zu erheben sind und ob er den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss billigt.
- 8) Die oder der Vorsitzende des Aufsichtsrates vertritt die Gesellschaft in Prozessen, die die Gesellschaft gegen gegenwärtige oder ehemalige Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer zu führen hat. § 46 Nr. 8 GmbH-Gesetz bleibt unberührt.

§ 13

Verschwiegenheitspflicht

- 1) Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben vorbehaltlich des Absatz 2 über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren.

- 2) Die Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt sind, unterliegen gemäß § 394 des Aktiengesetzes hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft gemäß § 104 der Gemeindeordnung zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht.
- 3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung und bei Gesellschafterbeschlüssen entsprechend.

§ 14

Geschäftsführung

- 1) Die Gesellschaft hat eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer.
- 2) Die Gesellschaft wird gerichtlich und außergerichtlich durch die Geschäftsführung vertreten. Ist nur eine Geschäftsführerin oder nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt diese oder dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer bestellt, vertreten die Gesellschaft zwei von ihnen gemeinschaftlich oder eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer gemeinsam mit einer Prokuristin oder einem Prokuristen, soweit nicht Einzelvertretungsmacht erteilt worden ist.
- 3) Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sind für Geschäfte mit solchen juristischen Personen, in deren Organen sie die Gesellschaft vertreten, vom Verbot des Selbstkontrahierens gemäß § 181 BGB befreit. Eine weitergehende Befreiung von § 181 BGB bedarf eines Gesellschafterbeschlusses.
- 4) Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden auf fünf Jahre bestellt. Eine – auch mehrfache – Wiederbestellung ist zulässig.
- 5) Die Geschäftsführung ist für die laufende Aufgabenerledigung verantwortlich. Sie führt die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, dieses Gesellschaftsvertrages, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung sowie der Gesellschafter- und Aufsichtsratsbeschlüsse. Sie ist zuständig für die Festlegung des vom Aufsichtsrat zu entwickelnden Berichtswesens und die Erteilung des Auftrages zur Prüfung des Jahresabschlusses. Die Geschäftsführung stellt für jedes Jahr einen Wirtschaftsplan und eine fünfjährige Finanzplanung nach Maßgabe des § 15 auf.

- 6) Die Geschäftsführung ist zur Zusammenarbeit, sowohl mit den für die Beteiligungsverwaltung als auch mit den fachlich zuständigen Organisationseinheiten der Gesellschafter, verpflichtet. Den Gesellschaftern steht ein jederzeitiges, umfassendes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht zu (§ 51a GmbH-Gesetz). Sie teilen der Geschäftsführung schriftlich die Namen derjenigen Personen mit, die zur Anforderung und Entgegennahme der Auskünfte bzw. zur Wahrnehmung der Akteneinsichtsrechte berechtigt sind, und aktualisieren diese laufend.
- 7) Die Einzelheiten über die Führung der Geschäfte können in der Geschäftsordnung oder Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung geregelt werden.
- 8) Die Geschäftsführung legt dem Aufsichtsrat auf Basis des durch Gesellschafterbeschluss beschlossenen Berichtswesens die festgelegten Informationen vor. Unabhängig hiervon berichtet die Geschäftsführung den Gesellschaftern und den Beteiligungsverwaltungen der kommunalen Gesellschafter sowie dem Aufsichtsrat schriftlich jeweils einen Monat nach Quartalsende über den Stand der Leistungserfüllung und über etwaige absehbare Abweichungen der Ergebnisse vom Wirtschaftsplan sowie nach Maßgabe des Berichtswesens. Erhebliche Abweichungen und kurzfristig auftretende Besonderheiten sind den Gesellschaftern und den Beteiligungsverwaltungen der kommunalen Gesellschafter sowie dem Aufsichtsrat unverzüglich mitzuteilen.

§ 15

Wirtschaftsplan, fünfjährige Finanzplanung

Der Wirtschaftsplan ist in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Landesverordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden, bestehend insbesondere aus einer Plan-, Gewinn- und Verlustrechnung, einer Planbilanz sowie einer fünfjährigen Finanzplanung aufzustellen. In dem Wirtschaftsplan sind die geplante Aufnahme von Darlehen sowie die geplante Gewährung von Bürgschaften und Garantien durch die Gesellschaft darzustellen. Die Geschäftsführung legt den Wirtschaftsplan so rechtzeitig vor, dass ihn die Gesellschafterversammlung vor Beginn des Wirtschaftsjahres beschließen oder, wenn die Angelegenheit dem Aufsichtsrat zur Zustimmung übertragen worden ist, dieser dem Wirtschaftsplan vor Beginn des Wirtschaftsjahres seine Zustimmung erteilen kann. Die Pläne sind den Gesellschaftern vorab zur Kenntnis zu geben.

§ 16

Jahresabschluss und Prüfung

- 1) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres in Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und danach prüfen zu lassen.
- 2) Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften des Kommunalprüfungsgesetzes, soweit nicht eine Prüfung durch andere gesetzliche Vorschriften vorgeschrieben ist.
- 3) Die Abschlussprüfung hat sich auch auf die in § 53 Absatz 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsätzegesetz genannten Prüfungsgegenstände zu erstrecken.
- 4) Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Plön und die für die überörtliche Prüfung zuständige Prüfungsbehörde haben die in § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Befugnisse.
- 5) Die Gesellschafter haben das Recht, im Rahmen von eigenständigen Kassen-, Buch- und Betriebsprüfungen die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Tätigkeit der Gesellschaft zu überprüfen.
- 6) Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9 des Handelsgesetzbuches (HGB) der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates oder anderer Organe der Gesellschaft, mit Ausnahme der Gesellschafterversammlung sind nach Maßgabe des § 102 der Gemeindeordnung zu veröffentlichen, ferner unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppen unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nr. 9 Buchstabe a HGB; die individualisierte Ausweisungspflicht gilt auch für:
 - a) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall einer vorzeitigen Beendigung Ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, und für deren Voraussetzung,
 - b) Leistungen, die den genannten Mitgliedern für den Fall der regulären Beendigung Ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den von der Gesellschaft während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag unter Angabe der vertraglich festgelegten Altersgrenze,
 - c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und

- d) Leistungen, die einem früheren Mitglied, das seine Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind.

§ 17

Begründung und Beendigung der Gesellschafterstellung

- 1) Der Beitritt kann zweimal jährlich jeweils zum 01.04. und 01.10. erfolgen.
- 2) Jeder Gesellschafter - mit Ausnahme des Kreises Plön und der kreisangehörigen Ämter - erwirbt einen Anteil am Stammkapital von EUR 1.000. Der Kreis Plön hält immer mindestens 25,1 % der Anteile am Stammkapital. Zum Erhalt dieser Quote beschließen die Gesellschafter bei Aufnahme eines neuen Gesellschafters erforderlichenfalls eine weitere Erhöhung des Stammkapitals und die Zulassung der Übernahme des Geschäftsanteils an dem erhöhten Kapital durch den Kreis Plön. Der Kreis ist verpflichtet, den Geschäftsanteil an dem erhöhten Kapital zu übernehmen.
- 3) Jeder Gesellschafter ist zur Kündigung seiner Gesellschafterstellung mit einer Frist von 15 Monaten zum Ende des Kalenderjahres berechtigt. Für die verbleibenden Gesellschafter verkürzt sich die Kündigungsfrist auf 12 Monate zum Jahresende des gleichen Jahres. Eine Kündigung ist frühestens zum Ende des dritten Jahres nach Gründung bzw. - im Falle später aufgenommener Gesellschafter - frühestens drei Jahre nach Aufnahme als neuer Gesellschafter möglich.
- 4) Im Falle der Kündigung hat der kündigende Gesellschafter auf Verlangen der Gesellschaft seinen Geschäftsanteil oder seine Geschäftsanteile an die Gesellschaft, an einen Gesellschafter oder an einen Dritten abzutreten oder – gegebenenfalls unter Kapitalherabsetzung – einziehen zu lassen. Die Gesellschaft teilt dem kündigenden Gesellschafter die Art und Weise des Ausscheidens spätestens sechs Monate vor seinem Ausscheiden mit.
- 5) Die Abtretung eines Geschäftsanteiles oder von Teilen eines Geschäftsanteiles ist nur zulässig
 - a) nach einer Kündigung des Gesellschafters auf Verlangen der Gesellschaft und
 - b) durch den Kreis Plön zum Zweck des Beitritts eines neuen Gesellschafters.

Im Übrigen sind die Abtretung eines Geschäftsanteils oder von Teilen eines Geschäftsanteils, seine Belastung mit einem Nießbrauch sowie jede andere Verfügung über einen Geschäftsanteil ist ausgeschlossen. Im Falle der Abtretung nach Satz 1 hat der ausscheidende Gesellschafter einen Abfindungsanspruch gegen den Übernehmer in Höhe des Nennbetrags des eingezogenen oder abgetretenen Geschäftsanteils.

§ 18

Einziehung

- 1) Die Einziehung eines Geschäftsanteils ist, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen im Übrigen erfüllt sind, mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit zulässig.
- 2) Die Einziehung ist ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters, auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen im Übrigen erfüllt sind, nur zulässig, wenn:
 - a) die Zwangsvollstreckung in den Geschäftsanteil vorgenommen wird und nicht innerhalb von zwei Monaten aufgehoben wird;
 - b) der Gesellschafter trotz Abmahnung wiederholt in grober Weise seine Gesellschafterpflichten verletzt hat;
 - c) der Gesellschafter Klage auf Auflösung der Gesellschaft erhebt;
 - d) der Gesellschafter gekündigt hat.
- 3) Die Einziehung erfolgt durch die Geschäftsführung aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses, bei dem der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht hat. In der Zeit vom Zugang des Einziehungsbeschlusses bis zu dessen Wirksamkeit hat der ausscheidende Gesellschafter ebenfalls kein Stimmrecht. Seine Stimmen bleiben bei der Berechnung der erforderlichen Mehrheiten außer Betracht.
- 4) Die Einziehung erfolgt nach den gesetzlichen Regelungen.
- 5) In den Fällen des Absatz 2 Buchstaben a bis c kann die Einziehung nur innerhalb von drei Monaten nach dem Zeitpunkt beschlossen werden, in dem die Gesellschaft und alle Gesellschafter von den Einziehungsvoraussetzungen Kenntnis erlangt haben. Die Wirkung der Einziehung ist auf den Zeitpunkt zurückzubeziehen, in dem die Einziehungsvoraussetzungen eingetreten sind.

- 6) Im Fall der Kündigung (Absatz 2 Buchstabe d) tritt die Wirkung der Einziehung mit dem Ausscheiden des Gesellschafters aus der Gesellschaft ein.

§ 19

Auflösung der Gesellschaft

Die Vermögensverteilung im Rahmen der Liquidation richtet sich nach der Zahl der jeweiligen Einwohnerinnen und Einwohner im Sinne von § 5 Absatz 2.

§ 21

Schlussbestimmungen

- 1) Der Gerichtsstand ist der Sitz der Gesellschaft in Plön.
- 2) Schriftlich im Sinne dieses Gesellschaftsvertrages ist jede Erklärung, die den Anforderungen an die vereinbarte Schriftform oder die vereinbarte elektronische Form im Sinne des § 127 BGB genügt.

§ 22

Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Im Falle von Lücken und unwirksamen Bestimmungen tritt die gesetzliche Regelung in Kraft. Liegt eine solche nicht vor, werden die Gesellschafter eine Bestimmung vereinbaren, die den gesetzlichen Anforderungen genügt.

§ 21

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die Gründungskosten bis zu einem Betrag in Höhe von 5.000,00 EUR.



KLIMASCHUTZ
IM KREIS PLÖN

ZEITEN°Grad

Abschlussbericht

—

**Prozessunterstützung zur Gründung einer
Klimaschutzagentur im Kreis Plön**

Impressum

Auftraggeber:



Kreis Plön
Hamburger Straße 17-18
24306 Plön

Ansprechpartner: Stefan Reißig
(Klimaschutzmanager)

Auftragnehmer:

ZEITEN°GRAD
KOMPETENZ IM KLIMASCHUTZ

Zeiten°Grad
Krug und Poggemann GbR
Holtenauer Straße 76
24105 Kiel

Ansprechpartner: Dr. David-Willem Poggemann
(Geschäftsführer)

mit Unterstützung von:

WEISSLEDER.EWER
Rechtsanwälte ■ Partnerschaft mbB

WEISSLEDER EWER
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Walkerdamm 4-6
24103 Kiel

Ansprechpartner: Dr. Bernd Hoefer
(Rechtsanwalt)

sowie:

KIPPRI & VOß
S t e u e r b e r a t e r

KVB Steuerberater
Partnerschaft mbB
Holtenauer Straße 356
24106 Kiel

Ansprechpartner: Jan Kippri
(Geschäftsführer)

Inhalt

Impressum.....	2
Inhalt.....	3
Abkürzungsverzeichnis	4
Ausgangssituation	5
Zentrale Herausforderung.....	6
Lösungsansatz.....	7
Zusammenfassung - Grundlegende Empfehlungen für eine zukünftige KSA im Kreis Plön.....	9
Arbeitspakete zur juristischen und betriebswirtschaftlichen Gründungsunterstützung (A-K)	10
A) Finanzierungsplan und Fixierung der Kostenstruktur der GmbH	10
B) Abschätzung der Gründungskosten	15
C) Erstellung des Businessplans (inkl. Wirtschaftsplan)	17
D) Erarbeitung und Festlegung des Gesellschafterzwecks,.....	18
G) Erstellung der Gesellschaftersatzung	18
H) Erarbeitung des Gesellschaftsvertrags	18
E) Erstellung des Geschäftsführervertrags	19
F) Erarbeitung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat	20
I) Zusammenstellung aller notwendigen Unterlagen für den Notartermin und den Eintrag der GmbH in das Handelsregister	21
J) Steuerberatung	22
K) Prüfung inwiefern Kommunen Gesellschafter der Klimaschutzagentur werden können, welche nicht dem Kreis Plön angehören	30
Arbeitspakete zur fachlichen und organisatorischen Gründungsunterstützung (L-P)	34
L) Empfehlung einer geeigneten Organisationsstruktur	34
M) Erarbeitung der zu erbringenden Leistungen für die Ämter, Städte und Gemeinden	44
N) Vorschlag zu Personalstärke und Arbeitsschwerpunkten des Personals	47
O) Ansprache der Ämter, Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Klimaschutzmanagenden des Kreises	53
P) Vorschlag für die zu nutzende Software und Arbeitsmittel.....	55
Anlagen.....	58
Anhang AP A – 1	59

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung

KSA
Rd-Eck
OH
KSM
SH
vergl.
ggf.
usw.
etc.
z.B.
ff.
DAWI

Art.
Abs.
AEUV

AP
GmbH
AO
UStG
UStAE
Abschn.
BFH
BStBl
i.H.v.
ca.
EuGH
FG
sog.

Bedeutung

Klimaschutzagentur
Rendsburg-Eckernförde
Ostholstein
Klimaschutzmanagement
Schleswig-Holstein
vergleiche
gegebenenfalls
und so weiter
et cetera
zum Beispiel
folgende
Dienstleistungen von allgemeinem
wirtschaftlichem Interesse
Artikel
Absatz
Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen
Union
Arbeitspaket
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Abgabenordnung
Umsatzsteuergesetz
Umsatzsteuer-Anwendungserlass
Abschnitt
Bundesfinanzhof
Bundessteuerblatt
in Höhe von
circa
Europäischer Gerichtshof
Finanzgericht
sogenannt

Ausgangssituation

Der Klimawandel schreitet immer weiter voran. Die Auswirkungen des Klimawandels werden sichtbar, auch in Deutschland. Den Themen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit kommt eine immer stärkere Bedeutung zu, auch in der breiten Bevölkerung. Daher kommt insbesondere den Kommunen eine Schlüsselrolle im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge zu. Während auf EU-, Bundes- und Landesebene Gesetze, Vorschriften und Bestimmungen die Rahmenbedingungen zur Eindämmung der Auswirkungen des Klimawandels vorgeben (siehe z.B. Abbildung 1), muss die Umsetzung vor Ort in den Städten und Gemeinden erfolgen.

Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

§1 (1) Die Gemeinden...**„haben das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern. Sie handeln zugleich in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.“**

Pariser Klimaschutzabkommen 2015

Maximal 2 °C Erderwärmung, möglichst „nur“ 1,5°C

EU & Klimaschutzgesetz des Bundes

Klimaneutralität bis 2050 / 2045

Energiewende- und Klimaschutzgesetz SH

§7 Pflicht zur kommunalen Wärme- und Kälteplanung

Abbildung 1: Beispiele für Gesetze und Verordnungen, die einen engagierten kommunalen Klimaschutz erfordern.

In den Kommunen kommen die verschiedenen Akteure zusammen, vernetzen sich miteinander und können Synergien vor Ort sinnvoll zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nutzen. Hier kommt den Kommunen eine verantwortungsvolle Rolle zu: Alle Akteure müssen durch die Kommune informiert, motiviert und durch diese eingebunden werden (vgl. Abbildung 2). Alle Akteure, egal ob beispielsweise die Kommune selbst, Bürger*innen, Einsatzkräfte, Gewerbebetriebe, oder Vereine stehen vor den gleichen Herausforderungen: alle müssen ihren Beitrag leisten, um erfolgreich Klimaschutz zu betreiben.



In der Kommune kommen alle Akteure zusammen:

- Bürger*innen
- Unternehmen
- Gebäudeeigentümer*innen
- Initiativen
- Einsatzkräfte
- Vereine
- usw.

Abbildung 2: Der Kommune als zentrales Organ kommt eine Schlüsselrolle im kommunalen Klimaschutz zu (Quelle der Icons: www.flaticon.com).

Die durch die diversen Akteursgruppen umzusetzenden Klimaschutzaktivitäten lassen sich dabei grob in sechs Handlungsfelder unterteilen (vgl. Abbildung 3): Wärmewende, Stromwende, Mobilitätswende, Konsumwende, CO₂-Einspeicherung und Klimaanpassung. Dadurch wird deutlich: Das Spektrum an Aufgaben im kommunalen Klimaschutz ist sehr vielfältig, denn schlussendlich müssen Aktivitäten in allen Handlungsfeldern der Kommunen sowie der unterschiedlichen Akteure in der Kommune umgesetzt werden. Nur dann kann den gesetzlichen Vorgaben entsprochen und die entsprechende Reduktionen an Treibhausgasemissionen bewirkt werden.

Alle Akteure stehen vor folgenden Herausforderungen:

- Wärmewende
- Stromwende
- Mobilitätswende
- Konsumwende
- CO₂-Einspeicherung
- Klimaanpassung



Abbildung 3: Handlungsfelder, in denen alle Akteure aktiv werden müssen (Quelle der Icons: www.flaticon.com).

Zentrale Herausforderung

Bei der Umsetzung der kommunalen Klimaschutzmaßnahmen stehen die Kommunen dabei vor einem zentralen Problem: Es braucht Personal, das sich dieser Aufgaben annimmt und entsprechende Projekte betreut und vorantreibt. Genau dieses Personal fehlt in zahlreichen Kommunen und Verwaltungen, sodass viele gute Ideen, Ansätze und Projekte nicht umgesetzt oder nur in begrenztem Umfang bearbeitet werden können. Zwar können einzelne kleinere Maßnahmen manchmal durch vorhandenes Personal aus anderen Bereichen übernommen werden (z.B. Bauamt, Umweltamt, Fördermittelberatung), jedoch ist dieses Personal meist schon mit den regulären Verwaltungsaufgaben ausgelastet, sodass keine Kapazitäten für wirklich zielführende Klimaschutzvorhaben (systematische Erarbeitung von Konzepten und Strategien, sowie die anschließende Projektierung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen) bestehen. Auch können Ehrenamtler*innen diese notwendige Rolle der Kümmerin / des Kümmerers nur selten ausfüllen. Zwar verfügen mittlerweile insbesondere die Städte und Kreise in Deutschland meist über ein Klimaschutzmanagement, jedoch sind auch hier die Kapazitäten oft begrenzt, sodass die Klimaschutzmaßnahmen nicht in dem Maße umgesetzt werden können, wie es zur Erreichung der gesetzlich verankerten Ziele notwendig wäre. Insbesondere im ländlichen Raum fehlt solch ein Klimaschutzmanagement meist gänzlich.

Lösungsansatz

Um dem Problem der mangelnden Personalkapazitäten zu begegnen, hat der Kreis Plön 2019 beschlossen ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches mögliche Klimaschutzstrukturen für den Kreis Plön analysiert und Empfehlungen ausarbeitet (siehe Abbildung 4).

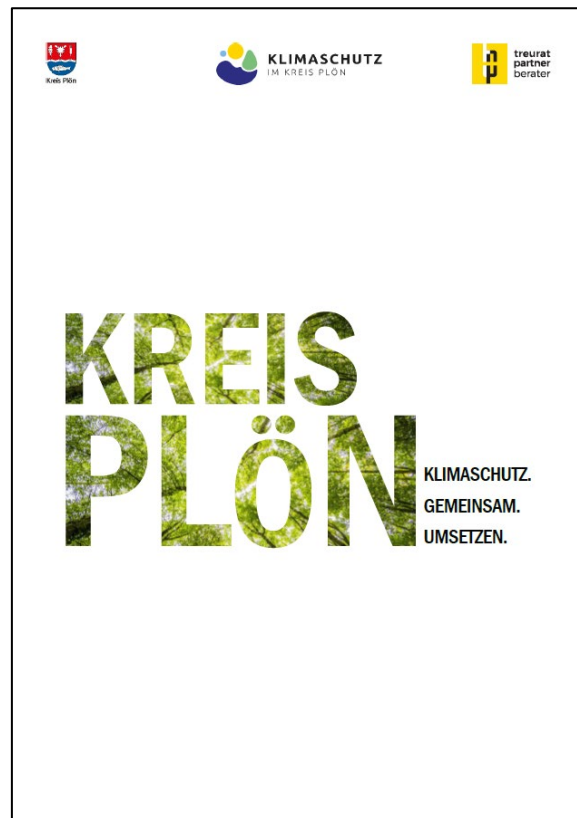


Abbildung 4: Studie zur zukünftigen Gestaltung des Klimaschutzes im Kreis Plön (Quelle: Kreis Plön).

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die größte Chance zur Bewältigung der Aufgaben in einem gemeinsamen Vorgehen von Kreis und Kommunen besteht und empfiehlt den Aufbau einer kommunalen Klimaschutzagentur (KSA), an der sich neben dem Kreis Plön auch die kreisangehörigen Kommunen als Gesellschafter beteiligen.

Auf dieser Basis hat der Kreistag des Kreises Plön am 16.09.2021 den Beschluss gefasst, den Prozess zur Vorbereitung einer KSA-Gründung zu starten (siehe Abbildung 5).

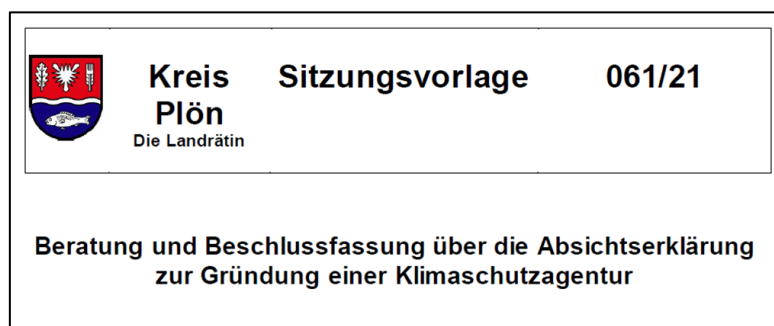


Abbildung 5: Beschlussvorlage des Kreistags Plön zum Start des KSA-Prozesses (Quelle: Kreis Plön).

Daraufhin hat die Kreisverwaltung Plön im April 2022 einen Auftrag vergeben, der die Prozessunterstützung zur Vorbereitung der Gründung einer Klimaschutzagentur zum Gegenstand hat. Der Auftrag beinhaltet neben der Erarbeitung entsprechender Unterlagen (z.B. Businessplan, Gesellschaftsvertrag (Satzung), Geschäftsordnung, etc.) insbesondere auch die Information der kreisangehörigen Kommunen über Ziele und Inhalte des Prozesses sowie die Eigenschaften einer kommunalen Klimaschutzagentur (insbesondere Vor- und Nachteile). Die Veranstaltung entsprechender Informations- und Austauschveranstaltungen ermöglichte es den Kommunen des Kreises Plön, sich am Prozess zum Aufbau der Agentur zu beteiligen, dem Kreis Plön Feedback und Input zu den einzelnen Aspekten beim Aufbau sowie zur Ausrichtung der Agentur zu geben und die jeweiligen Belange der Kommunen einzubringen.

Der hier vorliegende Abschlussbericht stellt den Prozess zur Vorbereitung der Klimaschutzagentur-Gründung sowie die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Arbeitspakete des Auftrages dar.

Zusammenfassung - Grundlegende Empfehlungen für eine zukünftige KSA im Kreis Plön

Zur Übersicht sind hier stichpunktartig die wichtigsten Empfehlungen aufgeführt, wie sie aus den verschiedenen Arbeitspaketen hervorgehen:

- Aufbau einer gemeinsamen Klimaschutzagentur von Kreis und Kommunen als GmbH.
- Kreis und Kommunen beteiligen sich mit einem Beitrag in Höhe von 3,00 € / Einwohner*in / Jahr als Gesellschafter.
- Kein Pauschalbetrag des jährlichen Gesellschafterzuschusses für Kommunen mit weniger als 500 Einwohner*innen (wie es im Kreis Rd-Eck umgesetzt wird).
- Innerhalb der Kreisverwaltung Plön wird ein Stabbereich für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit eingerichtet.
- Die Leitung des Stabbereichs übernimmt gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA.
- Es können nur kreisangehörige Kommunen und Ämter des Kreises Plön sowie der Kreis Plön selbst Gesellschafter der KSA werden.
- Sollten sich zur Gründung nicht so viele Kommunen als Gründungs-Gesellschafter finden, dass in Summe min. 35 % der Einwohner*innen des Kreises Plön durch die Kommunen in der KSA repräsentiert werden (wie im Businessplan angenommen), könnte der Kreis Plön zusätzliche Mittel in den ersten Jahren als „Anschubfinanzierung“ bereitstellen.
- Folgende Arbeitsschwerpunkte sollten ab Beginn der KSA durch diese mindestens abgedeckt werden:
 - Grundlegende Beratungsleistungen zur Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit sowie Basisberatung von Nicht-Gesellschafterkommunen zu diesen Themenfeldern
 - Maßnahmenentwicklung und Strategieberatung zum Thema Wärmewende
 - Erarbeitung von Planungsgrundlagen
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Innerhalb der ersten zwei – drei Jahre: Aufbau eines kommunalen Energiemanagements
- Die Personalstärke der KSA besteht zu Beginn aus 4,5 Stellen:
 - Eine Stelle für Geschäftsführung,
 - Drei Stellen für Klimaschutzmanagement,
 - Eine halbe Stelle Büroassistentin.

Arbeitspakete zur juristischen und betriebswirtschaftlichen Gründungsunterstützung (A-K)

A) Finanzierungsplan und Fixierung der Kostenstruktur der GmbH

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): B, C, D/G/H, N

Um die Überlegungen des Kreises Plön zum Aufbau einer kommunalen Klimaschutzagentur (KSA) auch finanziell mit belastbaren Zahlen hinterlegen zu können, muss im Vorfeld eine Diskussion geeigneter Finanzierungsmodelle stattfinden.

Die Überlegungen des Kreises Plön zum Aufbau einer KSA gingen hervor aus dem gleichgelagerten Prozess und den Überlegungen im Kreis Rendsburg-Eckernförde (Rd-Eck). Auf Basis der dort erfolgten Machbarkeitsstudie „Die Zukunft des Klimaschutz im Kreis Rendsburg-Eckernförde“ wurde im Rahmen der Studie „Kreis Plön – Klimaschutz. Gemeinsam. Umsetzen.“ auch für den Kreis Plön analysiert, unter welchen Bedingungen der Aufbau einer KSA mit den kreisangehörigen Kommunen erfolgreich erfolgen könnte.

Im Kreis Rd-Eck hat sich der Kreis an der Finanzierung der KSA mit 275.000 € /Jahr beteiligt und die Kommunen mit 2 € / Einwohner*in und Jahr (Gesellschafterkommunen mit weniger als 500 Einwohner*innen beteiligen sich pauschal mit 1.000 € / Jahr). Damit entspricht die Beteiligung des Kreises in etwa 1 € / Einwohner*in und Jahr. Neben dem Kreis Rd-Eck gehörten 33 kreisangehörige Städte und Gemeinden zum Kreis der Gründungsgesellschafter. Damit verfügte die KSA Rd-Eck im ersten Jahr über einen Finanzrahmen von 560.000 €. Auf Basis dieser Mittel konnte die KSA Rd-Eck vier Vollzeitstellen für Klimaschutzmanagement sowie eine Teilzeitstelle für die Geschäftsführung einrichten. Zusätzlich wurde die Arbeit dieser Kräfte noch von zwei Hilfwissenschaftler*innen- Stellen unterstützt (HiWi-Stellen auf Minijob-Basis). Dieser Umfang an personellen Kapazitäten erlaubte der KSA Rd-Eck einen erfolgreichen Start und die Umsetzung diverser Maßnahmen und Projekte direkt zu Beginn ihrer Tätigkeit.

Um erfolgreich Klimaschutzprojekte im Kreis Plön und den kreisangehörigen Kommunen zu initiieren, zu begleiten und umzusetzen, benötigt die KSA in erster Linie personelle Kapazitäten. Dementsprechend ist der Aufbau von langfristigen Personalstellen bei der Finanzierung der KSA als der entscheidende Faktor für einen erfolgreichen Start und die erfolgreiche Etablierung der KSA als DIE Klimaschutzinstitution im Kreis Plön anzusehen.

Für den Kreis Plön geht die Studie "KREIS PLÖN Klimaschutz. Gemeinsam. Umsetzen." (vergl. Abbildung 4) zu Beginn von fünf Personalstellen aus: Eine Vollzeitstelle für eine Führungskraft, drei Vollzeitstellen für Klimaschutzmanagement und eine Teilzeitstelle für Büromanagement. Für unsere Berechnungen der Kosten im ersten Jahr wurden diese Annahmen entsprechend der Erfahrungen im Kreis Rd-Eck durch zwei Minijob-Stellen (HiWis) ergänzt. Dementsprechend entstünden der KSA im ersten Jahr ca. 364.000 € an Personalkosten. Hinzu kommen im ersten Jahr weitere Betriebsausgaben in Höhe von ca. 115.000 €¹. Insgesamt hätte die KSA nach diesen Zahlen also **Ausgaben in Höhe von ca. 480.000 € im ersten Jahr (die geschätzten Ausgaben für die Folgejahre zwei und drei sind dem Businessplan (AP C) zu entnehmen).**

Berechnungen für den Kreis Plön und die kreisangehörigen Kommunen:

Für die Berechnungen der Gesellschafterbeiträge wurden die Bevölkerungszahlen des Statistikamts Nord für das Jahr 2020 verwendet.

Entsprechend der Vorgaben des Auftraggebers wurden die Gesellschafterbeiträge mit folgenden Eckpunkten zur Beteiligungsquote bei den Kommunen berechnet:

- Kommunen mit in Summe 15 % der Gesamteinwohnerzahl des Kreises werden Gesellschafter in der Klimaschutzagentur
- Kommunen mit in Summe 25 % der Gesamteinwohnerzahl des Kreises werden Gesellschafter in der Klimaschutzagentur
- Kommunen mit in Summe 35 % der Gesamteinwohnerzahl des Kreises werden Gesellschafter in der Klimaschutzagentur
- Kommunen mit in Summe 50 % der Gesamteinwohnerzahl des Kreises werden Gesellschafter in der Klimaschutzagentur
- Kommunen mit in Summe 65 % der Gesamteinwohnerzahl des Kreises werden Gesellschafter in der Klimaschutzagentur

Zusätzlich wurden diese Annahmen mit einem jährlichen Finanzierungsbeitrag in Höhe von:

- 1,00 € pro Einwohner*in,
- 1,50 € pro Einwohner*in,
- 2,00 € pro Einwohner*in,
- 2,50 € pro Einwohner*in und
- 3,00 € pro Einwohner*in

für die Kommunen kombiniert. Zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer wurde abgestimmt, dass die jährlichen Gesellschafterbeiträge für alle Kommunen einwohnerscharf berechnet werden. "In diesem Punkt weicht die Berechnung der Gesellschafterbeiträge vom Finanzierungsmodell im Kreis Rd-Eck ab, da hier Pauschalbeträge bei Kommunen mit weniger als 500 Einwohner*innen erhoben werden. Dies benachteiligt jedoch kleine Kommunen gegenüber Kommunen mit mehr als 500 Einwohner*innen, da diese dann z.T. deutlich höhere Beiträge pro Einwohner*in leisten müssen als alle anderen Kommunen. Dies wiederum birgt ein erhöhtes Konfliktpotenzial.

¹ Bei den hier gemachten Angaben handelt es sich um aufgerundete Beträge. Die genauen Angaben zu den Berechnungen sind im Businessplan (AP C) hinterlegt. Benötigte Mittel vor Gründung der KSA (z.B. für die Anschaffung Büromöbel, IT-Ausstattung, Büroeinrichtung, etc.) sind hier nicht berücksichtigt.

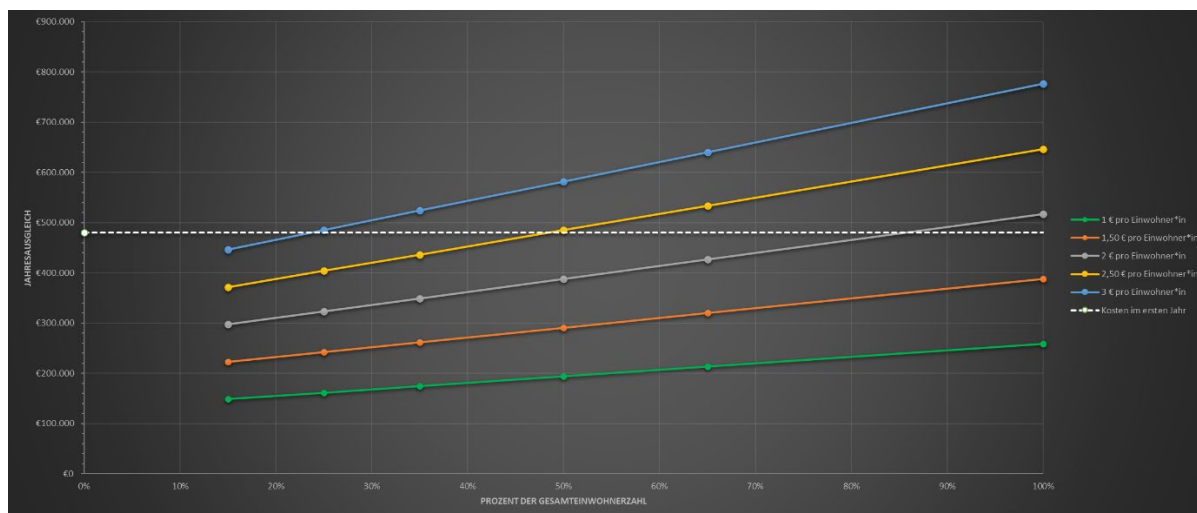
Aus den oben genannten Eckpunkten ergeben sich folgende Werte für die der KSA potenziell jährlich zur Verfügung stehenden Mittel (siehe Tabelle 1):

*Tabelle 1: Jährlich verfügbare Mittel der KSA in Abhängigkeit von Beteiligungsquote und Beitrag / Einwohner*in. Der in grau hinterlegte Wert wurde für die weiteren Berechnungen im Businessplan verwendet (zur Herleitung vergl. Ausführung im Text).*

Verfügbare Mittel der KSA						
		Beitrag [€]				
		1	1,5	2	2,5	3
Anteil Kommunen [%]	15%	148.755,95 €	223.133,93 €	297.511,90 €	371.889,88 €	446.267,85 €
	25%	161.691,25 €	242.536,88 €	323.382,50 €	404.228,13 €	485.073,75 €
	35%	174.626,55 €	261.939,83 €	349.253,10 €	436.566,38 €	523.879,65 €
	50%	194.029,50 €	291.044,25 €	388.059,00 €	485.073,75 €	582.088,50 €
	65%	213.432,45 €	320.148,68 €	426.864,90 €	533.581,13 €	640.297,35 €
	100%	258.706,00 €	388.059,00 €	517.412,00 €	646.765,00 €	776.118,00 €

Eine detaillierte Berechnung der Gesellschafterbeiträge für alle Kommunen im Kreis Plön findet sich im Anhang (siehe Anlage AP A – 1, Tabelle 6).

Durch die Kombination der zur Verfügung stehenden Mittel der KSA (basierend auf Beteiligungsquote und Beitrag pro Einwohner*in, Tabelle 1) mit den im ersten Jahr anfallenden Kosten wird deutlich, dass die kumulierten Mittel die Kosten nur unter bestimmten Bedingungen decken können (siehe Abbildung 6).



*Abbildung 6: Vergleich der Finanzierungsmodelle: Farben geben die Berechnungen auf Basis der unterschiedlichen Gesellschafterbeiträge pro Jahr und Einwohner*in in Abhängigkeit von der Beteiligungsquote der Kommunen an (1€: grün, 1,50€: orange, 2€: grau, 2,50€: gelb, 3€: blau). Die weiß gestrichelte Linie stellt die Gesamtausgaben der KSA im ersten Jahr in Höhe von 480.000 € dar.*

Daraus ergeben sich folgende Szenarien:

Szenario 1: Der Beitrag beträgt 2,00 € / Einwohner*in und Jahr und es machen so viele Kommunen mit, dass mindestens 90 % der Kreisbevölkerung vertreten sind.

Szenario 2: Der Beitrag beträgt 2,50 € / Einwohner*in und Jahr und es machen so viele Kommunen mit, dass mindestens 50 % der Kreisbevölkerung vertreten sind.

Szenario 3: Der Beitrag beträgt 3,00 € / Einwohner*in und Jahr und die Beteiligungsquote der kreisangehörigen Kommunen beträgt mindestens 25 % der Kreisbevölkerung.

Aufgrund bisheriger Gespräche mit Kommunalvertreter*innen und den Erfahrungen im Kreis Rd-Eck wird eine Beteiligung aller kreisangehöriger Kommunen direkt zu Beginn als sehr unwahrscheinlich angesehen. Hinzu kommt, dass bei Szenario 1 das Potential zu Entwicklung der KSA inkl. personellem Aufwuchs in den Folgejahren äußerst eingeschränkt wäre, da kaum finanzieller Spielraum dafür bestünde.

Dementsprechend werden die Szenarien 2 und 3 als realistischere Optionen für den Kreis Plön und die kreisangehörigen Kommunen angesehen, um erfolgreich eine gemeinsame Klimaschutzagentur aufzubauen und zu etablieren. In Absprache mit dem Auftraggeber werden für die weiteren Arbeitspakete (Formulierung des Gesellschaftsvertrags (Satzung), Aufstellung des Businessplans, etc.) folgende Eckpunkte festgelegt:

- Kreis und Kommunen beteiligen sich mit einem Beitrag in Höhe von 3,00 € / Einwohner*in / Jahr (auf Basis der Bevölkerungszahlen des Statistikamts Nord für 2020),
- Die Beteiligungsquote der Kommunen beträgt zu Beginn 35 % der Gesamt-Einwohner*innenzahl des Kreises Plön (Kommunen mit zusammen 45.274 Einwohner*innen).

Um eine Planungssicherheit für die ersten Jahre zu schaffen und der Klimaschutzagentur eine planbare Aufbauphase zu garantieren, in welcher sie sich als verlässliche Klimaschutz-Institution etablieren kann, sollten die Gesellschafterbeiträge für einen bestimmten Zeitraum festgeschrieben werden. Eine Zeitspanne von fünf Jahren kann hier empfohlen werden; mindestens jedoch drei Jahre. Eine solche Festschreibung der Gesellschafterbeiträge für eine bestimmte Zeitspanne gibt zusätzlich allen Kommunen, die in dieser Zeit daran interessiert sind, Gesellschafter zu werden, eine feste Orientierung bzgl. der damit verbundenen Kosten. Im Anschluss an diese Zeitspanne kann der Gesellschafterbeitrag durch die Gesellschafterkommunen angepasst werden. Dabei kann z. B. die Inflation zugrunde gelegt werden.

Stammkapital

Da es sich bei der KSA um eine GmbH handeln wird, ist durch die Gesellschafterkommunen ein Stammkapital von mindestens 25.000 € aufzubringen. Dies ist als unabhängig von den Gesellschafterbeiträgen anzusehen. Entsprechend des Gesellschaftsvertrags (siehe AP D/G/H) wird über den Anteil am Stammkapital geregelt, welche Anteile die jeweiligen Gesellschafter an der KSA halten. Aus Erfahrungen im Kreis Rd-Eck sowie durch die Rückmeldungen aus den Kommunen des Kreises Plön sollte bei der Verteilung der Anteile auf die Gesellschafter darauf geachtet werden, dass der Kreis Plön nicht dauerhaft mehr als 50 Prozent der Anteile hält. Viele Kommunen könnten dies davon abhalten Gesellschafter der KSA zu werden. Dies liegt darin begründet, dass viele Kommunen befürchten, dass der Kreis Plön als „zu starker“ Gesellschafter auftreten und die anderen Gesellschafterkommunen bei der Ausrichtung der KSA überstimmen könnte.

Laut Satzung der KSA Rd-Eck wurde dort aus diesen Gründen festgelegt, dass der Kreis Rd-Eck als Gesellschafter möglichst einen Anteil von 25,1 Prozent halten soll. Dieser Wert kann auch als Zielwert für den Kreis Plön empfohlen werden, da bei einem Anteil von 25,1 Prozent wichtige Entscheidungen nicht durch die übrigen Gesellschafter gegen den Kreis Plön getroffen werden können. Gleichzeitig wird der Anteil des Kreises Plön bei 25,1 Prozent durch die anderen Gesellschafter nicht als „zu groß“ empfunden.

Aufgrund des Gründungsprozesses kann es zunächst dazu kommen, dass der Kreis Plön alleiniger Anteilseigner der KSA ist und später vorübergehend neben dem Kreis selbst nur wenige Kommunen Gesellschafter der KSA sind. In diesen Phasen sollte durch den Kreis Plön besonders darauf geachtet werden, dass die Erwartungen und Belange der Kommunen bei der Ausrichtung der KSA besondere Berücksichtigung erfahren. Eine solche Berücksichtigung wird die Akzeptanz der KSA bei den Gesellschafterkommunen vergrößern und einen Beitritt für weitere Kommunen attraktiver machen.

B) Abschätzung der Gründungskosten

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A, C

Tabelle 2: Aufstellung der zusätzlichen Gründungskosten.

Gründungskosten	Euro (brutto)
Eintragung ins Handelsregister	3.000 €
Aufstellung Betrauungsakt	3.300 €
Ausarbeitung verbindliche Auskunft Finanzamt	10.000 €
Kosten beim Finanzamt	1.500 €
Summe:	17.800 €

Ein Teil der Gründungskosten wie sie üblicherweise bei der Gründung einer GmbH entstehen, ist bereits mit den Leistungen durch die Firma Zeiten°Grad abgedeckt. Dazu gehören die Ausarbeitung und rechtliche Prüfung des Gesellschaftsvertrags (Satzung), die Erstellung des Businessplans, die Erstellung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, sowie die Erstellung des Geschäftsführervertrag. Die in Tabelle 2 gelisteten Kosten müssen bei der Kalkulation der Gründungskosten zusätzlich berücksichtigt werden.

Investitionen

Tabelle 3: Aufstellung der gesamten Gründungs-Investitionskosten. Die Ausstattung dient zur Einrichtung von insgesamt sechs Arbeitsplätzen.

Geschäftsausstattung	Investition (brutto)
Büromöbel	21.000 €
IT-Ausstattung	19.000 €
Arbeitsplatz – Erstausrüstung	800 €
Küche	800 €
Telefon / Netzwerk	500 €
Corporate Identity	7.000 €
Mietkaution	4.500 €
Sonstiges	2.000 €
Summe:	55.600 €

Die Investitionen werden hauptsächlich durch die Büroausstattung und die persönliche EDV-Ausstattung der Mitarbeiter*innen bestimmt (siehe Tabelle 3). Die Kosten basieren auf Erfahrungswerten, wie sie beim Aufbau der Klimaschutzagentur im Kreis Rd-Eck entstanden sind. Insbesondere bei der IT-Ausstattung (Hard- sowie Software) ist es von Bedeutung, qualitativ hochwertige Produkte zu kaufen, da diese das tägliche Handwerkszeug der Mitarbeiter*innen darstellen und somit signifikant zur Teamzufriedenheit und -produktivität beitragen. Diese Geräte sollten auf mobiles Arbeiten ausgelegt sein. Da dies das Team befähigt auch direkt bei den Gesellschaftern tätig zu werden.

Neben den fünf Arbeitsplätzen für das Team sollte noch mindestens ein Reserveplatz für Werkstudent*innen, Praktikant*innen oder Teilzeitstellen eingeplant werden.

Es ist wichtig, eine herausragende Corporate Identity entwickeln zu lassen, um die Professionalität des Unternehmens zu unterstreichen. Die Corporate Identity bildet die Grundlage für den Auftritt des Unternehmens (z.B. im Internet, auf Flyern, etc.). Dazu bedarf es professioneller Unterstützung durch einen externen Dienstleister.

Ein Teil der Investitionen muss über verschiedene Zeitfenster abgeschrieben werden (siehe Tabelle 4). Dies wird sowohl bei der Rentabilität wie auch bei der Liquidität berücksichtigt (siehe Businessplan – AP C).

Tabelle 4: abschreibungspflichtige Investitionen.

Geschäftsausstattung	Nutzungs- dauer (a)	Anschaff.- wert	Methode	Pro Jahr
Konferenztisch	13	800 €	Linear	62 €
Schreibtische	13	4.800 €	Linear	369 €
Aktenschrank	13	2.000 €	Linear	154 €
Summe:		7.600 €		585 €

C) Erstellung des Businessplans (inkl. Wirtschaftsplan)

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A, B, D/G/H, N

Der vom Auftragnehmer erarbeitete Businessplan wird dem Auftraggeber in drei separaten Dateien zur Verfügung gestellt:

1. Businessplan Inhaltlicher Teil
2. Businessplan Finanzteil
3. Anlage Leistungen

D) Erarbeitung und Festlegung des Gesellschafterzwecks,
sowie

G) Erstellung der Gesellschaftersatzung
Sowie

H) Erarbeitung des Gesellschaftsvertrags

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A), C)

Der vom Auftragnehmer erarbeitete Gesellschaftsvertrag (Satzung) wird dem Auftraggeber in einer separaten Datei zur Verfügung gestellt.

Hinweis zur Vorlage bei der Kommunalaufsicht:

Der Abschluss des Gesellschaftsvertrages (der Satzung) ist Bestandteil der Gründung der GmbH. Der Kreistag muss dem Gesellschaftsvertrag zustimmen (§ 23 Nr. 17 Buchstabe a KrO). Wiederum **sechs Wochen vor der Beschlussfassung des Kreistages** muss der Entwurf des Gesellschaftsvertrages zusammen mit dem ausgefüllten Formblatt für die kommunale Beteiligung an privatrechtlichen Gesellschaften, mit dem Businessplan und mit dem Entwurf des Betrauungsaktes der Kommunalaufsichtsbehörde vorgelegt werden (§ 57 KrO in Verbindung mit § 108 Abs. 1 Satz 1 GO).

Hinweis zum sachlichen Zusammenhang zwischen den Arbeitspaketen D), G), und H):

Für die Ausarbeitung des Gesellschaftsvertrags (Satzung) ist der Gesellschaftszweck ausschlaggebend. Dieser grenzt ggf. das Leistungsspektrum ein und hat u. U. Auswirkungen auf die steuerliche Bewertung des Unternehmens. Daher ist Arbeitspaket D) *Erarbeitung und Festlegung des Gesellschafterzwecks* in Arbeitspaket G) *Erstellung der Gesellschaftersatzung* hinterlegt.

Ein Gesellschaftsvertrag ist synonym zur Gesellschaftersatzung zu betrachten; die Inhalte sind identisch. Das Arbeitspaket H) *Erarbeitung des Gesellschaftsvertrags* ist entsprechend der Rücksprache zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer sowie entsprechend des der Beauftragung zugrundeliegenden Angebots von Zeiten°Grad daher durch das Arbeitspaket G) *Erstellung der Gesellschaftersatzung* abgedeckt.

E) Erstellung des Geschäftsführervertrags

Der vom Auftragnehmer erarbeitete Entwurf des Geschäftsführervertrags wird dem Auftraggeber in einer separaten Datei zur Verfügung gestellt.

Hinweis zum Entwurf:

Bei dem erarbeiteten Entwurf handelt es sich um eine Version mit „Standard-Annahmen“, wie sie im Bereich von kommunalen Einrichtungen üblich bzw. häufig zu finden sind. Individuelle Absprachen, Wünsche, Anforderungen wurden seitens des Auftraggebers nicht formuliert. Dies müsste ggf. im Vorfeld zur Einsetzung der Geschäftsführung erfolgen.

F) Erarbeitung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat

Der vom Auftragnehmer erarbeitete Entwurf einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wird dem Auftraggeber in einer separaten Datei zur Verfügung gestellt.

I) Zusammenstellung aller notwendigen Unterlagen für den Notartermin und den Eintrag der GmbH in das Handelsregister

Zur Gründung einer Klimaschutzagentur als GmbH ist eine Eintragung in das Handelsregister erforderlich. Dies erfolgt durch ein Notariat, welches den Gesellschaftsvertrag (die Satzung) beurkundet und diese beim Handelsregister einreicht.

Folgende Unterlagen müssen dazu beim Notar vorgelegt werden:

1. Gesellschaftsvertrag (Satzung)

Zudem muss Klarheit darüber herrschen, wer zur Geschäftsführerin oder zum Geschäftsführer bestellt werden soll. Die Bestellung erfolgt dann im Zuge der Beurkundung des Gesellschaftsvertrages. Der Geschäftsführer meldet – über den Notar – die Gesellschaft zum Handelsregister an.

J) Steuerberatung

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): D/G/H, I

Zusammenfassung

- Der Gesellschaftsvertrag lässt sich ohne weiteres so gestalten, dass er den kommunalrechtlichen Vorgaben der §§ 101 ff. der Gemeindeordnung entspricht.
- Die Gesellschafter bedürfen im Rahmen von Inhouse-Geschäften für öffentliche Aufträge keiner Ausschreibung (so genannte Inhouse-Fähigkeit).
- Die Klimaschutzagentur muss zu mindestens 80 % für die Gesellschafter tätig werden.
- Beihilfenrechtlich lässt sich zumindest ein Teil der beabsichtigten Dienstleistungen, die die Klimaschutzagentur erbringen soll, als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Sinne von Art. 106 Abs. 2 AEUV einstufen.
- Die Klimaschutzagentur ist von jeder Gesellschafterkommune durch einen gesonderten Betrauungsakt mit den entsprechenden Dienstleistungen zu betrauen (siehe dazu auch Betrauungsakt aus AP I).
- Die Zahlung einer Umsatzsteuer ist für die Gesellschafterbeiträge nur fällig, wenn sie im Rahmen eines konkreten Leistungsaustauschs gezahlt werden.
- An einem Leistungsaustausch fehlt es in der Regel, wenn eine Gesellschaft Geldmittel nur erhält, damit sie in die Lage versetzt wird, sich in Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks zu betätigen.
- Da sich die Tätigkeit der GmbH auf die Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit fokussiert, erfüllt die GmbH in rechtlicher Hinsicht Aufgaben der Daseinsvorsorge. Zu diesem Zweck wird die GmbH durch Betrauungsakte mit der Erbringung der im Übrigen den Kommunen und dem Kreis obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Förderung der Bereiche Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit betraut.

Konkret kommt es daher zur Beurteilung der Frage der Steuerbarkeit des Gesellschafterzuschusses auf die konkrete Ausgestaltung und die Umstände des Einzelfalls an.

- Um hier vollständige Rechtssicherheit zu erlangen, wird empfohlen eine sog. verbindliche Auskunft im Sinne des § 89 Abs. 2 AO beim zuständigen Finanzamt zu beantragen, im Rahmen derer, soweit der Sachverhalt mit Blick in die Zukunft und damit auf zukünftige Gesellschafterbeiträge noch nicht verwirklicht ist, eine verbindliche rechtliche Würdigung eingeholt werden könnte. Nicht möglich ist dies jedoch, soweit der Sachverhalt bereits verwirklicht ist.

Ausgangslage

Gegenstand der GmbH wird gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag die Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit sein. Da sich die Tätigkeit der GmbH auf die Bereiche Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit fokussiert, erfüllt die GmbH in rechtlicher Hinsicht Aufgaben der Daseinsvorsorge. Zu diesem Zweck wird die GmbH durch Betrauungsakt mit der Erbringung der im Übrigen den Kommunen und dem Kreis obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Förderung des Umweltschutzes und des Klimaschutzes im Kreis betraut.

Die GmbH kann sich grundsätzlich selbst finanzieren. Daneben werden die Gesellschafter der GmbH dieser Ausgleichsleistungen/Gesellschafterbeiträge gewähren. Die Ausgleichsleistungen dienen ausschließlich dazu, die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, ihren satzungsmäßigen Gesellschaftszweck zu verwirklichen.

Die GmbH wird jährlich vorab zum kommenden Jahr einen Wirtschaftsplan aufstellen. Durch den Wirtschaftsplan ist zunächst zu überprüfen, dass die Mittel der Gesellschaft ausreichen, um die Kosten (insbesondere Personalaufwendungen) zu decken. Arbeitet die GmbH nahezu kostendeckend, kann der Gesellschafterzuschuss bei der GmbH verbleiben. Eine „Nachschuss“-Pflicht muss nicht bestehen. Der Entwurf des Betrauungsaktes sieht lediglich in dem Fall, in dem ein Überschuss von mehr als 10 % der Ausgleichszahlungen verbleibt, eine Rückerstattung der Gesellschafterzuschüsse an die Gesellschafter vor. Hiervon ausgenommen ist eine Eigenkapitalverzinsung von 2,5 %. Mit dem Beihilfenrecht dürfte es allenfalls vereinbar sein, überzahlte Zuschüsse dann in der Gesellschaft zu belassen und dennoch die Ausgleichsleistungen/Gesellschafterbeiträge in voller Höhe einzufordern, wenn für das laufende Jahr bereits Ausgaben in einem Umfang konkret absehbar und mit hinreichender Wahrscheinlichkeit sicher sind, die sowohl den regulären Zuschuss für das laufende Jahr als auch den Überzahlungsbetrag aus dem Vorjahr umfassen.

Es wird nun rechtlich gewürdigt, inwieweit die Gesellschafter in der Lage sind, die Klimaschutzagentur im Rahmen einer Inhouse-Vergabe ohne Ausschreibung zu beauftragen und welchen Einfluss dies auf die Umsatzsteuerpflicht nimmt.

Rechtliche Stellungnahme zur Inhouse-Vergabe

Im Ergebnis stehen der Errichtung der Klimaschutzagentur als GmbH des Kreises Plön und der kreisangehörigen Gemeinden auf der Grundlage des derzeit vorliegenden Entwurfs des Gesellschaftsvertrages keine kommunalrechtlichen Bedenken entgegen. In jedem Fall lässt sich der Gesellschaftsvertrag ohne weiteres so gestalten, dass er den kommunalrechtlichen Vorgaben der §§ 101 ff. der Gemeindeordnung entspricht.

Vergaberechtlich lässt sich die Klimaschutzagentur ebenfalls so ausgestalten, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Klimaschutzagentur durch den Kreis und / oder die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, welche Gesellschafter der Klimaschutzagentur sind und auch durch Zusammenschlüsse dieser Kommunen (z.B. eines Amtes) oder von Tochterunternehmen der Gesellschafter als Inhouse-Geschäfte keiner Ausschreibung bedürfen (so genannte Inhouse-Fähigkeit). Dabei wird in der betrieblichen Praxis darauf zu achten sein, dass der Anteil an Tätigkeiten für Nicht-Gesellschafter (und deren Zusammenschlüsse oder Tochterunternehmen) die Marke von 20 % nicht übersteigt. Maßgeblich ist der jeweilige Gesellschafterbestand. Sofern der Kreis Plön zunächst einziger Gesellschafter ist, müssen also mindestens 80 % der Leistungen an ihn erbracht werden, damit seine Aufträge an die Klimaschutzagentur als Inhouse-Geschäft keiner Ausschreibung bedürfen.

Beihilfenrechtlich lässt sich zumindest ein Teil der beabsichtigten Dienstleistungen, die die Klimaschutzagentur erbringen soll, als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Sinne von Art. 106 Abs. 2 AEUV einstufen. Dabei handelt es sich insbesondere um Bereitstellung von (allgemeinen) Informationen, eine allgemeine Beratungstätigkeit sowie die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit (siehe dazu ebenfalls Betrauungsakt für den Kreis Plön (AP I)). Inwieweit einzelne Tätigkeiten, die der Klimaschutzagentur obliegen sollen, aber z. B. im Gebäudemanagement oder im Controlling angesiedelt und daher grundsätzlich marktfähig und somit als DAWI einzustufen sind, ist gegebenenfalls im Einzelfall zu prüfen. Die Klimaschutzagentur ist von jeder Gesellschafterkommune durch einen gesonderten Betrauungsakt mit den entsprechenden Dienstleistungen zu betrauen, wobei die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Betrauungsakt möglichst konkret festzulegen sind.

Auswirkungen des Konstrukts auf die Umsatzsteuerpflicht

Bezogen auf den vorstehend geschilderten Sachverhalt ergeben sich die nachfolgenden steuerrechtlichen Fragestellungen:

- Liegen mit den Gesellschafterzuschüssen nicht steuerbare Gesellschafterbeiträge vor oder ist ein Leistungsaustausch anzunehmen?
- Wenn ein Leistungsaustausch anzunehmen ist, wie hat dann eine Aufteilung zu erfolgen?
- Kann ggf. der Leistungsaustausch verhindert werden?

Rechtliche Würdigung

Allgemein

Eine Leistung der GmbH ist nur dann zur USt heranzuziehen, wenn sie im Rahmen des Leistungsaustausches erbracht wird (vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG sowie Abschn. 1.1 Abs. 1 UStAE).

Ein Leistungsaustausch setzt danach voraus, dass

- jeweils ein*e Leistende*r und ein*e Leistungsempfänger*in vorhanden sind und
- der Leistung eine Gegenleistung (Entgelt) gegenübersteht [Abschn. 1.1 Abs. 1 Satz 1 UStAE] und mithin ein Leistungsaustauschverhältnis besteht.

Zum Leistungsaustausch gehören somit drei Merkmale:

- zwei "Personen", der / die Leistende und der/die Leistungsempfänger*in. Dabei muss der / die Leistende Unternehmer*in sein, damit ein steuerbarer Umsatz und damit Steuerbarkeit entsteht;
- eine Leistung und eine Gegenleistung;
- eine ursächliche Verknüpfung zwischen Leistung und Gegenleistung. Die Gegenleistung muss um der Leistung willen erbracht werden.

Für die Annahme eines Leistungsaustauschs müssen Leistung und Gegenleistung in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG setzt für den Leistungsaustausch einen unmittelbaren, nicht aber einen inneren (synallagmatischen) Zusammenhang zwischen Leistung und Entgelt voraus [BFH-Urteil vom 15. 4. 2010, V R 10/08, BStBl II S. 879].

Bei Leistungen, zu deren Ausführung sich die Vertragsparteien in einem gegenseitigen Vertrag verpflichtet haben, liegt grundsätzlich ein Leistungsaustausch vor (BFH-Urteil vom 8. 11. 2007, V R 20/05, BStBl 2009 II S. 483). Damit handelt es sich bei einer Dienstleistung nur dann um einen steuerbaren Umsatz, wenn zwischen dem / der Leistenden und dem/der Leistungsempfänger*in ein Rechtsverhältnis besteht, in dessen Rahmen gegenseitige Leistungen ausgetauscht werden, wobei die von dem / der Leistenden empfangene Vergütung den tatsächlichen Gegenwert für die dem/der Leistungsempfänger*in erbrachte Dienstleistung bildet.

Nach Abschn. 1.1 Abs. 1 Satz 10 UStAE fehlt es in der Regel an einem Leistungsaustausch, wenn eine Gesellschaft Geldmittel nur erhält, damit sie in die Lage versetzt wird, sich in Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks zu betätigen (vgl. BFH-Urteil vom 20.04.2010, X R 3/09, BStBl II S. 792; vgl. auch Abschnitt 1.6).

Mit Urteil vom 27.11.2008 (V R 8/07, BStBl II 2009, 397) nimmt der BFH ausführlich zu den Grundsätzen eines steuerbaren Leistungsaustauschs Stellung.

Besonderheiten im Zusammenhang mit Gesellschaftsverhältnissen

Nach Abschn. 1.6 Abs. 1 UStAE ist zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften und ihren Gesellschaftern ein Leistungsaustausch möglich (vgl. BFH-Urteile vom 23. 7. 1959, V 6/58 U, BStBl III S. 379, und vom 5. 12. 2007, V R 60/05, BStBl 2009 II S. 486).

An einem Leistungsaustausch fehlt es in der Regel, wenn eine Gesellschaft Geldmittel nur erhält, damit sie in die Lage versetzt wird, sich in Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks zu betätigen (vgl. BFH Urteil vom 20. 4. 1988, X R 3/82, BStBl II S. 792). Das ist z.B. der Fall, wenn ein Gesellschafter aus Gründen, die im Gesellschaftsverhältnis begründet sind, die Verluste seiner Gesellschaft übernimmt, um ihr die weitere Tätigkeit zu ermöglichen (vgl. BFH-Urteil vom 11. 4. 2002, V R 65/00, BStBl II S. 782).

Aus den vorliegenden Sachverhaltsinformationen geht hervor, dass die GmbH sich grundsätzlich selbst finanzieren soll. Daneben gewähren die Gesellschafter der GmbH Ausgleichsleistungen/Gesellschafterbeiträge. Die Ausgleichsleistungen dienen ausschließlich dazu, die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, ihren satzungsmäßigen Gesellschaftszweck zu verwirklichen.

Damit sprechen die geschilderten Grundlagen gegen Leistungen im Leistungsaustausch und damit auch gegen das Vorliegen eines Entgelts für eine erbrachte Leistung der GmbH an die jeweiligen Kommunen als vermeintliche Leistungsempfänger*innen.

Besonderheiten bei Zahlungen aus öffentlichen Kassen

Bei Zahlungen aus öffentlichen Kassen kann es an einem Leistungsaustausch fehlen, wenn die Zahlung lediglich der Förderung der Tätigkeit des Empfängers allgemein - aus strukturpolitischen, volkswirtschaftlichen oder allgemeinpolitischen Gründen - dient und nicht der Gegenwert für eine Leistung des Zahlungsempfängers an den Geldgeber ist (s.a. BFH-Urteil vom 18.12.2008, BStBl II 2009, 749).

Die Zahlung wird in diesen Fällen zur Förderung des leistenden Unternehmers und nicht im überwiegenden Interesse des Leistungsempfängers geleistet. Auch der Umstand, dass die Zahlungen aus haushaltsrechtlichen Gründen an die Erfüllung der Auflage einer zweckentsprechenden Verwendung oder einer Erfolgskontrolle geknüpft werden (Zweckbestimmung), führt allein nicht zu einem Leistungsaustausch (BFH-Urteil vom 28.7.1994, V R 19/92, BStBl II 1995, 86).

Anders ist es jedoch, wenn die Zahlungen zur Ausführung bestimmter Leistungen im Interesse des Zahlenden geleistet werden (BFH-Urteil vom 27.11.2008, V R 8/07, BStBl II 2009, 397, I 1.1.c). Nach dem BFH-Urteil vom 18.12.2019 (XI R 31/17, BFH/NV 2020, 565) können Zuschüsse einer Stadt an einen Fremdenverkehrsverein zu einem Leistungsaustausch führen.

Im Urteilsfall bestand der satzungsmäßige Zweck eines eingetragenen Vereins darin, den Fremdenverkehr in der Stadt X zu fördern und dieser dadurch zu dienen sowie nützlich zu sein. Es kam u. a. zum Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Stadt X und dem Verein. Dieser übernahm danach für die Stadt X im Einzelnen definierte Aufgaben und Dienstleistungen im Bereich Stadtmarketing, Kongress und Touristik. Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt X u. a., einen jährlichen Sachkostenzuschuss i. H. v. ca. 225.000 € (Bruttobetrag) und einen jährlichen Miet- und Mietnebenkostenzuschuss i. H. v. 45.000 € (Bruttobetrag) zu zahlen.

Der BFH sah die Voraussetzungen für einen stpfl. Leistungsaustausch als erfüllt an. Eine Leistung gegen Entgelt ist nach ständiger Rechtsprechung des EuGH und BFH gegeben, wenn zwischen dem Leistenden

und dem Leistungsempfänger ein Rechtsverhältnis besteht, in dessen Rahmen gegenseitige Leistungen ausgetauscht werden, wobei die vom Leistenden empfangene Vergütung den tatsächlichen Gegenwert für die dem Leistungsempfänger erbrachte Leistung bildet. Ob das Entgelt dem Wert der Leistung entspricht, ist unerheblich (BFH XI R 31/17, Rz. 13; s.a. BFH. vom 10.8.2016, XI R 41/14, BStBl II 2017, 580, Rz. 32 und vom 22.2.2017, XI R 17/15, BStBl II 2017, 812, Rz. 22).

Von einem Leistungsaustausch ist grundsätzlich auszugehen, wenn es sich - wie im Urteilsfall XI R 31 / 17 - um Leistungen handelt, zu deren Ausführung sich die Vertragsparteien in einem gegenseitigen Vertrag verpflichtet haben (BFH vom 10.8.2016, XI R 41/14, BStBl II 2017, 580, Rz. 33). Dieser Grundsatz gilt auch, wenn der leistende Unternehmer - wie der Verein – aufgrund eines Vertrags zwischen ihm und einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gegen Entgelt bestimmte öffentliche Aufgaben wahrnimmt.

Eine Leistung gegen Entgelt liegt dagegen nicht vor, wenn ein „Zuschuss“ lediglich der Förderung des Zahlungsempfängers im allgemeinen Interesse dient und nicht Gegenwert für eine steuerbare Leistung des Zahlungsempfängers an den Geldgeber sein soll (BFH XI R 31 /17, Rz. 14).

Für die Annahme eines Leistungsaustauschs ist die Bezeichnung der Zuwendung - z.B. als Zuschuss - ohne Bedeutung. Erfolgen Zahlungen nicht nach Maßgabe individueller Leistungen, sondern pauschal und auf jährlicher Basis zur Deckung der Betriebskosten, steht dies nicht zwangsläufig der Annahme eines unmittelbaren Zusammenhangs im Sinne eines Leistungsaustauschs entgegen.

Unbeachtlich ist es auch, wenn ein gemeinnütziger Unternehmer mit dem Leistungsaustausch Satzungszwecke verwirklichen will oder die Allgemeinheit Vorteile aus den Leistungen ziehen soll. Im Urteilsfall XI R 31 / 17 war auch ein individueller Leistungsempfänger - die Stadt X - vorhanden, der aus den Leistungen einen Vorteil zog. Denn die Stadt X musste die betreffenden Dienstleistungen weder selbst erbringen noch externe Dienstleister damit kostenpflichtig beauftragen.

In diesem Zusammenhang ist auf das Urteil des FG Köln vom 21.11.2012 (4 K 526/11, EFG 2013, 888, rkr.) hinzuweisen, dass sich mit der Frage der Umsatzsteuerpflicht eines durch eine städtische Behörde an einen Fremdenverkehrsverein gezahlten Betriebskostenzuschusses befasst. Die unternehmerische Tätigkeit des Fremdenverkehrsvereins wäre den steuerlichen Unterlagen des Vereins zufolge ohne den Betriebskostenzuschuss der Stadt nicht möglich. Nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung dienten die Zahlungen der Stadt dazu, dem Verein eine unternehmerische Tätigkeit als solche auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, des Messe- und Veranstaltungswesens zu ermöglichen und ihn im Hinblick auf die von ihm betriebene - aber nicht kostendeckend durchführbare - Förderung der vorgenannten Bereiche am Markt zu halten. Demzufolge fehlt es nach Rechtsprechung des EuGH und des BFH für einen steuerbaren Umsatz am notwendigen Zusammenhang zwischen Leistung und Entgelt. Der Zuschuss wird in diesen Fällen zur Förderung des leistenden Unternehmers und nicht im überwiegenden Interesse des Leistungsempfängers gezahlt.

Da sich die Tätigkeit der GmbH auf die Übernahme von Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit fokussiert, erfüllt die GmbH in rechtlicher Hinsicht Aufgaben der Daseinsvorsorge. Zu diesem Zweck wird die GmbH durch Betrauungsakt mit der Erbringung der im Übrigen den Kommunen und dem Kreis obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Förderung der Bereiche Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit betraut.

Konkret kommt es daher zur Beurteilung der Frage der Steuerbarkeit des Gesellschafterzuschusses auf die konkrete Ausgestaltung und die Umstände des Einzelfalls an.

In Frage zu stellen ist vorliegend also, ob es sich bei den grundsätzlich vorgesehenen bzw. den konkret erbrachten Leistungen, zu denen uns allerdings keine weiteren Informationen im Rahmen der Ausarbeitung dieser Stellungnahme vorlagen, um Leistungen im Sinne der zitierten BFH-Rechtsprechung handelt.

Selbst wenn es sich hierbei um konkrete Leistungen handelt, zu deren Ausführung sich die GmbH in einem gegenseitigen Vertrag verpflichtet hat, wäre ein Leistungsaustausch immer noch dann zu verneinen, wenn es am konkreten Entgelt hierfür mangelte.

Das Entgelt wird vorliegend wie eingangs beschrieben durch den Gesellschaftsvertrag (Satzung) bestimmt.

„Für die mit der Trägerschaft durch die Gesellschaft verbundenen Aufgaben gewähren die Gesellschafter einen jährlichen Zuschuss. Die Zahlung erfolgt spätestens bis zum 31. Januar auf ein von der Gesellschaft benanntes Konto [...]. " Der jährliche Gesellschafterzuschuss beträgt[...]"

Es ist einer bestimmten Leistung nach den uns vorliegenden Informationen nicht zugeordnet.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den durch den Betrauungsakt näher spezifizierten Abrechnungsmechanismen. Zwar wird hierdurch die Unterdeckung oder Überkompensation anhand der im Nachhinein ermittelten, auf die Erbringung der im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erbrachten Dienstleistung entfallenden Kosten ermittelt, eine konkrete Zuordnung ergibt sich hieraus jedoch nach Einschätzung des Auftragnehmers ebenfalls nicht (siehe dazu auch Betrauungsakt aus AP I).

Ergebnis

Vorrangig zu beantworten ist die rechtliche Frage zu 1.), ob durch die vorliegende vertragliche Gestaltung überhaupt ein Leistungsaustausch im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG vorliegt.

Zur Beantwortung dieser Frage kann zwar auf verschiedene Rechtsprechungen zurückgegriffen werden, bei der Beantwortung der Frage handelt es sich jedoch um eine sog. Tatfrage, die stets unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls zu beantworten ist.

Auf Grund der obenstehenden Ausführungen bestehen grundsätzlich Anhaltspunkte und Argumente, die im Rahmen der Argumentation gegen das Vorliegen eines Leistungsaustauschs sprechen.

Ob bzw. dass sich die Finanzverwaltung dem Aufgriff, der Gewichtung sowie der rechtlichen Würdigung anschließt, kann allerdings nicht sicher vorhergesagt werden.

Um hier vollständige Rechtssicherheit zu erlangen, wird empfohlen, eine sog. verbindliche Auskunft im Sinne des § 89 Abs. 2 AO beim zuständigen Finanzamt zu beantragen, im Rahmen derer - soweit der Sachverhalt mit Blick in die Zukunft und damit auf zukünftige Gesellschafterbeiträge - noch nicht verwirklicht ist, eine verbindliche rechtliche Würdigung eingeholt werden kann. Nicht möglich ist dies jedoch, soweit der Sachverhalt bereits verwirklicht ist.

Die Beantragung der verbindlichen Anfrage beim Finanzamt erfordert eine Antragsausarbeitung durch ein Steuerberatungsbüro. Dafür können ggf. weitere Kosten anfallen. Diese sind im Businessplan (vergl. AP C) lediglich überschlagsweise berücksichtigt, da die genauen Kosten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bezifferbar sind und zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht feststeht, durch wen diese Kosten ggf. getragen werden.

Vorschlag für einen zu beauftragenden Steuerberater mit fundierten Fachkenntnissen:

KVB Steuerberater
Partnerschaft mbB

Holtenauer Straße 356
24106 Kiel

Ansprechpartner: Jan Kippri
(Geschäftsführer)

Die Kanzlei Kippri, Voß & Böttger Steuerberater Partnerschaft mbB wurde 2011 noch unter anderem Namen durch Herrn Jan Kippri gegründet. Mit der Aufnahme des Steuerberaters Herrn Sascha Voss 2018 und der Steuerberaterin Nele Böttger 2022 als weitere Partner entstand die jetzige Firmierung. Mit sechs Steuerberaterinnen und -beratern und insgesamt 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Standorten Kiel und Schwentinental kann die Kanzlei viel Kompetenz in den verschiedenen Bereichen des Steuerrechts vorweisen. Die Erfahrung der letzten Jahre, die mit kommunalen Unternehmen gesammelt werden konnten, machen die Kanzlei zu einem wertvollen Partner für dieses Projekt. Insbesondere die Tatsache, dass bereits an der Gründung einer kommunalen Klimaschutzagentur 2020 mitgewirkt wurde, zeichnet KVB Steuerberater aus.

Jan Kippri war als Nachunternehmer für Zeiten°Grad in den Erarbeitungsprozess zum hier zugrundeliegenden Auftrag eingebunden. Zu den Kunden der Kanzlei Kippri, Voß & Böttger zählt bereits eine Klimaschutzagentur aus Schleswig-Holstein. Jan Kippri hat als Steuerberater den Aufbau bzw. den Gründungsprozess dieser Klimaschutzagentur ebenfalls betreut.

Daher verfügt die Kanzlei Kippri, Voß & Böttger über größtmögliche Erfahrungen im Bereich Gründung einer Klimaschutzagentur und ist mit den aktuellen Prozessen im Kreis Plön vertraut.

K) Prüfung inwiefern Kommunen Gesellschafter der Klimaschutzagentur werden können, welche nicht dem Kreis Plön angehören

Siehe hierzu auch Arbeitspaket (AP): D/G/H,

Im Rahmen der Überlegungen zur Gründung einer kommunalen Klimaschutzagentur (KSA) im Kreis Plön, an der sich neben dem Kreis selbst auch die kreisangehörigen Kommunen beteiligen, steht auch zur Diskussion, ob ggf. auch kreisfremde Kommunen aus Schleswig-Holstein Gesellschafter der KSA im Kreis Plön werden können.

Grundsätzlich ist die Möglichkeit gegeben, dass auch kreisfremde Kommunen Gesellschafter der KSA im Kreis Plön werden. Jedoch sind diesbezüglich fachliche und rechtliche Aspekte zu beachten und hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen.

Fachliche Abwägung der wichtigsten Vor- und Nachteile:

<u>Kreisfremde Kommunen als Gesellschafter der KSA</u>	
<u>Vorteile</u>	<u>Nachteile</u>
<ul style="list-style-type: none"> Finanzielle Stärkung der KSA <p>Insbesondere zu Beginn, aber auch langfristig, kann der Beitritt kreisfremder Kommunen zur KSA eine finanzielle Stärkung dieser bewirken. In den ersten Jahren des Bestehens können kreisfremde Kommunen den Kreis der Gesellschafter in dem Maße verstärken, dass die Finanzmittel der KSA schneller auf einen Betrag anwachsen, der den schnelleren Aufbau von Personalkapazitäten erlaubt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Der Aufbau ähnlicher Strukturen in anderen Kreisen würde zukünftig ggf. schwieriger. <p>Wäre es kreisfremden Kommunen gestattet in großer Zahl Gesellschafter der KSA zu werden, würde diese dadurch evtl. den zukünftigen Aufbau gleicher / ähnlicher Klimaschutzstrukturen in anderen Kreisen erschweren oder sogar verhindern, da es dort erheblich schwieriger würde, die notwendige Anzahl an Kommunen bzw. Einwohner*innen hinter einer eigenen Struktur zu versammeln.</p> <p>Für solch einen Fall wäre auch das politische Konfliktpotential als erheblich anzusehen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der KSA nach außen <p>Ein Beitritt kreisfremder Kommunen zur KSA würde eine Stärkung dieser nach außen bewirken. Je mehr Kommunen durch die KSA repräsentiert werden, desto mehr „politisches Gewicht“ kann diese in Gesprächen / Abstimmungen / Mitwirkungen auf höheren Ebenen (z. B. auf Landes- und Bundesebene) einbringen. Dementsprechend kann die KSA verstärkt als Interessenvertretung der Gesellschafterkommunen in Bezug auf Klimaschutzaspekte auftreten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ggf. sehr weite Anfahrten für das Team der KSA <p>Um die Leistungen der KSA für alle Gesellschafterkommunen wirksam und zielführend erbringen zu können, sind gelegentliche bis regelmäßige Termine vor Ort notwendig. Sollte grundsätzlich kreisfremden Kommunen aus Schleswig-Holstein die Möglichkeit gegeben werden, Gesellschafter der KSA zu werden, so kann dies unter Umständen sehr weite Anfahrten für die Mitarbeiter*innen der KSA bedeuten. Dies wiederum würde einen erheblichen Finanz- und Zeitaufwand bedeuten, der von der KSA und damit durch alle Gesellschafterkommunen zu tragen wäre. Dies könnte zu einem erhöhten Konfliktpotential unter den Gesellschafterkommunen führen.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • „kreisnahe Kommunen“ bekämen ein attraktives Angebot <p>Kommunen, welche sich in räumlicher Nähe zum Kreis Plön befinden und dementsprechend bereits durch bestehende Strukturen Berührungen zum Kreis Plön haben (z.B. Gemeinde Bosau über Amt Großer Plöner See) oder gemeinsame Interessen verfolgen (z.B. Abfallentsorgung über ZVO), bekämen durch die KSA ggf. ein attraktives Angebot zum kommunalen Klimaschutz.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Komplexität des Finanzierungsmodells nähme erheblich zu <p>Sollten der Kreis Plön und kreisangehörige Kommunen die Gründung der KSA beschließen, wird der Kreis selbst voraussichtlich größter Gesellschafter der KSA sein und damit den größten Einzelbetrag zur Finanzierung bereitstellen.</p> <p>Die Zuständigkeit des Kreises Plön begrenzt sich auf das Kreisgebiet und die kreisangehörigen Kommunen. Dementsprechend ist es das natürliche Interesse, dass die vom Kreis Plön zur Verfügung gestellten Mittel, welche sich wiederum aus der Kreisumlage finanzieren, auch dem Klimaschutz auf Kreisebene zugutekommen und nicht außerhalb des Kreisgebietes eingesetzt werden.</p> <p>Unter anderem wird es Aufgabe der KSA sein, gemeinsame Grundlagen für Klimaschutzaktivitäten der Kommunen zu schaffen. Beispiele hierfür können z. B. ein kreisweites Wärme- oder Solarkataster, ein kreisweites Klimaschutz-</p>

	<p>konzept oder gemeinsame Bürger*innen-Aktionen sein.</p> <p>Dies würde dazu führen, dass bei solchen Aktivitäten der KSA entweder</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ kreisfremde Kommunen nicht bedacht werden können, ○ der Gesellschafteranteil des Kreises auch zur Unterstützung kreisfremder Kommunen eingesetzt wird, ○ oder dass kreisfremde Kommunen einen höheren Gesellschafterbeitrag zahlen müssten. <p>Jede dieser drei Optionen würde voraussichtlich ein erhebliches Konfliktpotential für den Kreis der Gesellschafter bergen.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche Änderung der Stimmenverhältnisse <p>Gesetzt den Fall, dass sich kreisfremde Kommunen der KSA im Kreis Plön als Gesellschafter anschließen können, wäre es durchaus denkbar, dass diese Möglichkeit in Zukunft von immer mehr Kommunen wahrgenommen werden würde. Dementsprechend würde sich das Stimmenverhältnis in der Gesellschafterversammlung und ggf. im Aufsichtsrat der KSA ändern.</p> <p>Dies könnte zu Unstimmigkeiten zwischen den kreisangehörigen Kommunen und den kreisfremden Kommunen führen und birgt daher ein erhebliches Konfliktpotential.</p>

Zusammenfassung nach fachlicher Abwägung:

Die Aufnahme kreisfremder Kommunen als Gesellschafter der KSA birgt in vielen Aspekten ein hohes Konfliktpotential. Insbesondere auf lange Sicht, bei erfolgreicher Etablierung der KSA und bei Eintreten der zu erwartenden strengeren gesetzlichen Rahmenbedingungen wären ggf. zunehmend viele Kommunen versucht, die Möglichkeit zum Beitritt wahrzunehmen. Dies würde zwar die finanzielle Situation der KSA verbessern und ihr mehr „Gewicht“ in Abstimmungen auf Landes- und Bundebene verleihen, birgt im Gesellschafterkreis aber noch einmal ein verstärktes Konfliktpotential.

Alternativ kann ein gemeinsamer Ansatz des Kreises Plön zusammen mit einem oder mehreren angrenzenden Kreisen sinnvoll sein. So wurde in der Vergangenheit bereits erörtert, ob sich evtl. der Aufbau einer gemeinsamen KSA der Kreise Plön und Ostholstein (OH) zusammen mit den Kommunen der beiden Kreise anbieten würde. Da bei einer solchen Lösung beide Kreise beteiligt wären und dementsprechend Finanzmittel für die KSA bereitstellen würden, könnte das Konfliktpotential erheblich minimiert werden.

Hier müssten sich jedoch alle beteiligten Parteien und insbesondere die beteiligten Kreise im Vorfeld abstimmen, wie die Gremien und insbesondere der Aufsichtsrat der KSA besetzt werden sollen, damit hier keinem Gesellschafter und keinem Kreis Nachteile entstehen. Zusätzlich muss zu Bedenken gegeben werden, dass der potenzielle Kreis der Gesellschafter bei einer gemeinsamen KSA von mehreren Kreisen sowie der jeweils kreisangehörigen Kommunen sehr groß wäre. Dies wiederum würde eine unkomplizierte und schnelle Abstimmung in den Gremien (Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat) erschweren.

Fazit und Empfehlung AP K:

Nach fachlicher Abwägung wird davon abgeraten, kreisfremden Kommunen die Möglichkeit zu geben, Gesellschafter der KSA zu werden. Allenfalls für Kommunen in der direkten Nachbarschaft zum Kreis Plön wäre diese Möglichkeit zum Beitritt als sinnvoll und zielführend anzusehen, da hier bereits strukturelle Überschneidungen bzw. Zusammenarbeit bestehen (z. B. durch Amtsverwaltung, AktivRegion oder Abfallentsorgung).

Um das Konfliktpotential innerhalb der Gremien der KSA und zwischen den Gesellschaftern so gering wie möglich zu halten, können zwei mögliche Wege empfohlen werden:

1. Nur Kommunen aus dem Kreis Plön können neben dem Kreis Plön selbst Gesellschafter der KSA werden. Kreisfremden Kommunen wird diese Option nicht gegeben. Diese Variante wird aus vorgenannten Gründen empfohlen.
2. Der Kreis Plön baut die KSA zusammen mit einem oder mehreren angrenzenden Kreisen sowie den Kommunen der beteiligten Kreise die KSA auf. Der Kreis der Gesellschafter bleibt beschränkt auf die beteiligten Kreise sowie die Kommunen aus diesen Kreisen.

Um die Finanzierung für alle Beteiligten fair und nachvollziehbar zu gestalten, wird empfohlen, einen einheitlichen Beitragssatz pro Einwohner*in und Jahr für alle Gesellschafter festzulegen.

Arbeitspakete zur fachlichen und organisatorischen Gründungsunterstützung (L-P)

L) Empfehlung einer geeigneten Organisationsstruktur

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A, C, D/G/H, K, M, N

Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit sind Querschnittsthemen, welche als solche einen Großteil der kommunalen Handlungsfelder betreffen und werden zukünftig auch unabhängig von einer möglichen KSA eine wesentliche Rolle im Verwaltungshandeln des Kreises Plön spielen (müssen). Insbesondere in Hinblick auf die zunehmende Verpflichtung von Kreisen und Kommunen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit in ihrem täglichen Verwaltungshandeln und in allen Handlungsfeldern zu berücksichtigen, wird deutlich, dass der daraus resultierende Arbeitsaufwand für die Kreisverwaltung Plön in Zukunft weiter zunehmen wird.

Aktuell verfügt die Kreisverwaltung über folgende Stellen, die sich ausdrücklich auf einen Teilbereich oder sogar gänzlich um die Belange der Querschnittsthemen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit beziehen:

1. 2,6 Vollzeitstellenäquivalente (VZÄ) für Klimaschutzmanagement
2. 0,5 VZÄ für Mobilitätsmanagement
3. 1 VZÄ für Nachhaltigkeitsmanagement
4. 1 VZÄ für Klimaschutz in den eigenen Liegenschaften des Kreises Plön

Eine zukünftige KSA wird einen Teil der Aufgaben, die bisher durch diese Stellen innerhalb der Kreisverwaltung übernommen werden, übernehmen können. Insbesondere die Aufgaben zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen könnten im Falle der Gründung zukünftig voraussichtlich durch die KSA übernommen werden. Dies beinhaltet in der Vergangenheit z. B. folgende Tätigkeiten:

- Grundlegende Beratung zu und Initiierung von Klimaschutzprojekten in den Kommunen (inkl. Unterstützung bei der Einwerbung von Fördermitteln sowie der Erarbeitung von Projektskizzen, Leistungsverzeichnissen, Teilnahme an Lenkungsgruppen usw.)
- Aufbau eines kreisweiten Wärmekatasters,
- Aufbau eines kreisweiten Solar- und Gründachpotenzialkatasters,
- Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes zur klimafreundlichen Wärmeversorgung im Kreis Plön,
- Organisation und Durchführung der Aktion Stadtradeln,
- Schaffung und Durchführung der Auszeichnung „Grüne Hausnummer“,
- Unterstützung bei der Beantragung von Klimaschutz- und Energiemanagementstellen in den Kommunen,
- Öffentlichkeitsarbeit (bspw. Klimadialog und Klimaschutzwoche)
- Erarbeitung und Verleih einer mobilen Klimaschutzausstellung,
- Mitwirkung an überregionalen Projekten,
- Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren

- Ansprechpartnerin für die KSM in den Kommunen (sofern vorhanden)
- Erarbeiten von Stellungnahmen, Positions- und Arbeitspapieren
- Erarbeitung von Vorlagen für Ausschüsse

Solche Tätigkeiten könnten u. a. in Zukunft durch eine gemeinsame KSA von Kreis und Kommunen im Kreis Plön übernommen werden.

Neben den Aufgaben und Tätigkeiten, die zukünftig von der KSA übernommen werden können / sollen gibt es auch eine Reihe von Aufgaben, die aktuell durch das kreisinterne Klimaschutzmanagement oder die anderen klimaschutzbezogenen Stellen übernommen werden, die zukünftig jedoch nicht ohne Weiteres in eine KSA ausgelagert werden können. Zu diesen Tätigkeiten gehören z. B. (vergl. auch Ausführungen zu Variante 2a):

- Klimaschutz und Energiemanagement in den Liegenschaften des Kreises Plön,
- Mitwirkung bei der TÖB- Beteiligung (z.B. im Rahmen der Aufstellung von F- und B-Plänen),
- Verfassen von Beschlussvorlagen für die Gremien des Kreises Plön,
- Prüfung der Beschlussvorlagen auf Klimarelevanz,
- Kommunikation der verschiedenen kreisinternen Maßnahmen, Projekte, Ideen aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit mit der Kreispolitik (z. B. in regelmäßigen Gremienterminen oder im Rahmen von kreisinternen Lenkungsrounds),
- Aufbau eines nachhaltigen Beschaffungswesens,
- Ausgleich von kreisinternen CO₂-Emissionen,
- Verwaltungsinterne Kommunikation und Vernetzung zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten (z. B. in Bezug auf Gesundheit, Bildung, Daseinsvorsorge, Katastrophenschutz, Umwelt- und Naturschutz, Abfallverwertung, Bauleitplanung, etc.),
- Vertretung des Kreises (z. B. bei Rücksprachen mit dem LKT SH, bei der Allianz für Entwicklung und Klima, beim Klima-Bündnis, etc.),
- Bearbeitung von Anfragen aus der Politik,
- Verfassen von Stellungnahmen in unterschiedlichen Kontexten,

In Hinblick auf die mögliche Gründung der KSA, an der sich neben den Kommunen des Kreises Plön auch der Kreis selbst beteiligt, ist zu prüfen, wie diese zielführend mit der Kreisverwaltung zusammenarbeiten oder auf Arbeitsebene an die Kreisverwaltung angebunden werden kann um eine sinnvolle und zielführende Aufgabenteilung sowie Abstimmung zwischen Kreisverwaltung und KSA zu gewährleisten. In diesem Kontext und in Absprache mit dem Auftraggeber werden hier die beiden folgenden Varianten diskutiert:

Variante 1: Die Entkopplung der Klimaschutzagentur von der Kreisverwaltung.

Variante 2: Die Anbindung einer eigenständigen KSA an die Kreisverwaltung durch den Aufbau eines verwaltungsinternen „Stabbereichs KKN“ (siehe Ausführungen zu den Varianten) und eine damit einhergehende zentrale Führungsperson als Stabbereichsleitung, welche gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA übernimmt (äquivalent zu der bereits bestehenden Struktur der Abfallwirtschaftsbetriebe Kreis Plön).

Zum besseren Verständnis und zur Vergleichbarkeit ist in Abbildung 7 die aktuelle Situation dargestellt. Das Klimaschutzmanagement des Kreises ist direkt unterhalb der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 1 angesiedelt.

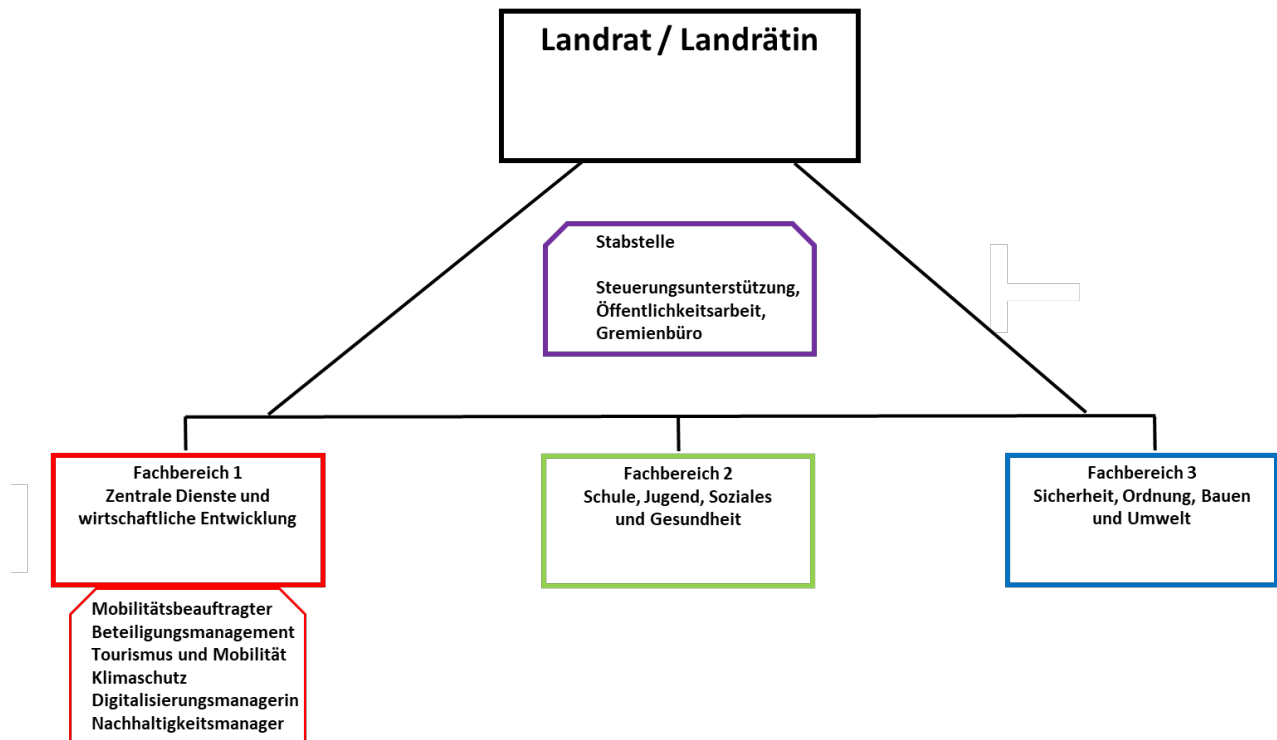


Abbildung 7: Aktuelle Position des Klimaschutzmanagements innerhalb der Kreisverwaltung Plön.

Verweis auf die Strukturen im Kreis Rd-Eck:

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde (Rd-Eck) hat zusammen mit seinen kreisangehörigen Kommunen eine kommunale KSA gegründet. Eine An- bzw. Einbindung der KSA an die Kreisverwaltung existiert zum aktuellen Zeitpunkt nach Kenntnis der Auftragnehmer nicht. Vielmehr hat der Kreis Rd-Eck das eigene Klimaschutzmanagement abgeschafft und die Aufgaben des Klimaschutzmanagements in Teilen an die KSA übertragen. Gleichzeitig besteht eine räumliche Distanz zwischen der Kreisverwaltung in Rendsburg und der KSA in Eckernförde. Ein Austausch zwischen Kreisverwaltung und KSA findet daher nur sporadisch, anlassbezogen und in Form von Telefonaten, E-Mails, Terminen, etc. statt. Damit entsprechen die Strukturen im Kreis Rd-Eck der hier vorgestellten Variante 1.

Variante 1:

Variante 1 beschreibt die komplette Entkoppelung der zukünftigen KSA von der Kreisverwaltung. Zwar übt der Kreis Plön als wesentlicher Gesellschafter der KSA weiterhin seinen Einfluss auf die KSA aus und nimmt durch Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat Einfluss auf die Tätigkeiten der KSA., jedoch besteht in Variante 1, im Unterschied zu Variante 2, keine durchgehende Verbindung auf Arbeitsebene zwischen Kreisverwaltung und KSA (siehe Ausführungen zu Variante 2).

Während Variante 2 hinsichtlich der Anbindung der KSA an die Tätigkeiten der Kreisverwaltung ähnliche Strukturen aufweist wie das Amt für Abfallwirtschaft und die AWKP GmbH (Amtsleitung = Geschäftsführung), ist Variante 1 eher vergleichbar mit den Strukturen der Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH (VKP). Der Kreis Plön sowie die Kommunen des Kreises sind ebenfalls Gesellschafter der VKP und üben ihre Gesellschafterfunktionen im Rahmen der Gremien aus (Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat, etc.). Es gibt bei der VKP im Gegensatz zur AWKP keine personellen Überschneidungen mit der Kreisverwaltung. Die Ein- bzw. Anbindung an das tägliche Verwaltungshandeln ist daher nicht gegeben.

Variante 2:

Variante 2 stellt die Anbindung der KSA an die Kreisverwaltung in Form personeller Überschneidungen her. Der Kreis Plön hat in Bezug auf solche Regelungen bereits Erfahrungen im Bereich der Abfallwirtschaft gemacht. Dort ist das kreisverwaltungsinterne Amt für Abfallwirtschaft mit der Durchführung der Aufgaben, die sich aus §20 KrWG ergeben, betraut. Einen Teil dieser Pflichtaufgaben hat der Kreis Plön an die eigens dafür gegründete AWKP Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Plön mbH übertragen (Quelle: Abfallwirtschaftskonzept 2022 – 2026 des Kreises Plön). Zwischen dem Amt für Abfallwirtschaft (Verwaltungseinheit) und der AWKP (GmbH) gibt es personelle Überschneidungen. So ist aktuell (Stand Dez. 2022) Herr Stefan Plischka sowohl Amtsleiter des Amtes für Abfallwirtschaft als auch Geschäftsführer der AWKP.

Eine Ähnliche Lösung zur Ein- bzw. Anbindung einer KSA an die Kreisverwaltung könnte auch im Bereich des Klimaschutzes im Kreis Plön umgesetzt werden. Dazu sollen hier zwei Untervarianten vorgestellt und diskutiert werden:

2a. Aufbau eines Amtes für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als Stabbereich im Fachbereich 1 der Kreisverwaltung Plön, bei dem die Amtsleitung gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA übernimmt (im Folgenden Variante 2a).

2b. Aufbau eines Amtes für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als Stabbereich, welcher direkt der Landrätin / dem Landrat unterstellt ist und bei dem die Amtsleitung gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA übernimmt (im Folgenden Variante 2b).

Variante 2a:

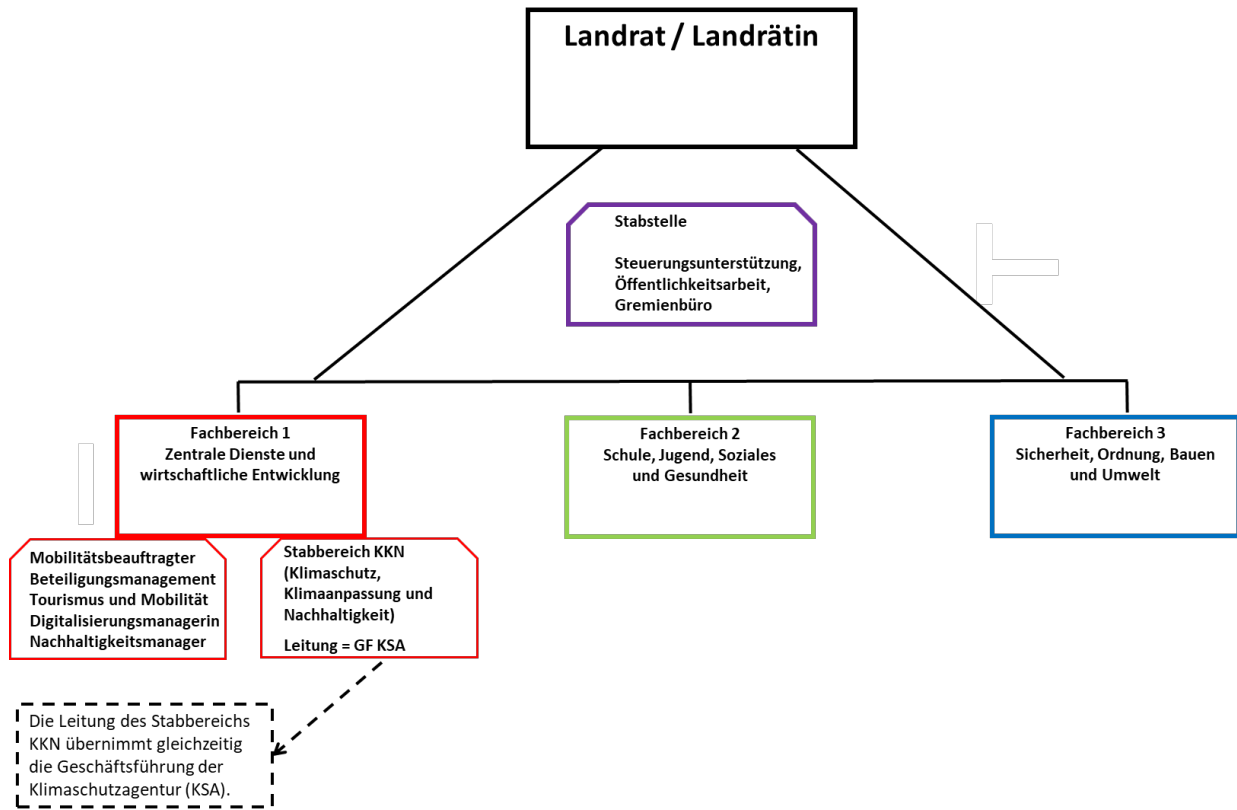


Abbildung 8: Variante 2a: Es wird ein Amt für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als "Stabsbereich KKN" unterhalb der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 1 geschaffen. Die Leitung des Stabsbereichs übernimmt gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA.

In Variante 2a (Abbildung 8) wird ein Amt für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als „Stabsbereich KKN“ aufgebaut und im Fachbereich 1 der Kreisverwaltung Plön direkt unterhalb der Fachbereichsleitung angesiedelt. Aufgrund der Komplexität der Themen, der Vielfalt an sich daraus ergebenden Aufgaben und den damit verbundenen Anforderungen an eine zielführende Amtsführung, wird der Stabsbereich KKN mit einer eigenen Amtsleitung ausgestattet. Diese übernimmt, analog zu allen anderen bereits existierenden Amtsleitungen in der Kreisverwaltung Plön, die entsprechenden Aufgaben einer Amtsleitung für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit. Unterhalb dieser Amtsleitung wird ein Team an Sachbearbeiter*innen aufgebaut, welches sich z. B. aus ein bis zwei der aktuell bereits vorhandenen Stellen des Kreisklimaschutzmanagements sowie den aktuell bereits vorhandenen Stellen für Nachhaltigkeitsmanagement und / oder Mobilitätsmanagement zusammensetzen könnte. Aufgabe dieses Teams wären zukünftig Tätigkeiten aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit, die sich ausschließlich auf die Kreisverwaltung bzw. den Kreis Plön selbst beziehen. Dies sind z.B. folgende Tätigkeiten sein:

- Beteiligung und Rückmeldung des Kreises Plön im Zuge von TÖB-Verfahren,
- das Verfassen von Vermerken für die Landrätin / den Landrat sowie die Kreispolitik,
- Erarbeitung von Beschlussvorlagen für die Kreispolitik,
- das Verfassen von Stellungnahmen in unterschiedlichen Kontexten,

- Abstimmung von Fragenstellungen aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit mit anderen Kreisen in Schleswig-Holstein und Deutschland,
- Abstimmung mit dem Deutschen Landkreistag bei entsprechenden Fragestellungen,
- Entwicklung und Betreuung kreiseigener Projekte zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit,
- Beantragung von Finanzierungsmitteln im Rahmen von Förderprogrammen,
- Einbeziehung und Kontaktpflege von und zu anderen Fachbereichen, Kreisen, Behörden,
- Erstellung von Positions- und Arbeitspapieren,
- Vor- und Nachbereitung von Sitzungen sowie die Begleitung und Kontrolle der resultierenden Maßnahmen.

Damit heben sich die Tätigkeiten und Aufgaben des Stabbereichs KKN deutlich von denen der KSA ab. Während der Stabbereich KKN sich ausschließlich auf Tätigkeiten und Aufgaben konzentriert, die nur den Kreis Plön / die Kreisverwaltung oder Interessen des Kreises nach außen betreffen, übernimmt die KSA-Aufgaben und Tätigkeiten, die für alle oder Teile ihrer Gesellschafter relevant sind. Damit ergänzen sich Stabbereich KKN und KSA sinnvoll und Synergien können zielführend genutzt werden.

Variante 2b:

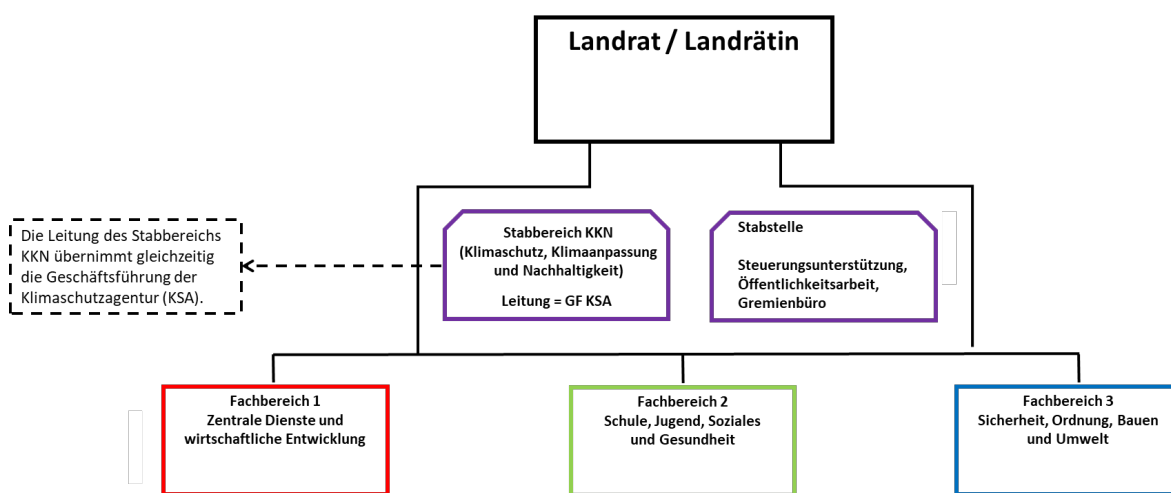


Abbildung 9: Variante 2b: Es wird ein Amt für Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als "Stabsbereich KKN" zwischen Landrätin/Landrat und Fachbereichsebene geschaffen. Die Leitung des Stabsbereichs übernimmt gleichzeitig die Geschäftsführung der KSA.

Variante 2b (Abb. 9) entspricht in weiten Teilen Variante 2a. Variante 2b unterscheidet sich jedoch dahingehend von Variante 2a, dass der Stabsbereich KKN nicht innerhalb eines Fachbereichs, sondern analog zur bereits existierenden Stabsstelle der Landrätin / dem Landrat direkt unterstellt ist.

Abwägung zwischen den Varianten und Ableitung einer Empfehlung für den Kreis Plön:

Durch die immer deutlicher zutage tretenden Auswirkungen des Klimawandels, die damit einhergehende Notwendigkeit für Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit sowie schlussendlich durch zunehmende gesetzliche Vorgaben, werden die Aufgaben in diesen Bereichen für Kreis und Kommunen zukünftig weiter zunehmen. Einen Teil dieser Aufgaben wird eine mögliche KSA im Kreis Plön für den Kreis sowie die kreisangehörigen Kommunen übernehmen können, jedoch werden auch die Aufgaben zunehmen, die nicht von der KSA übernommen werden können und die stattdessen innerhalb der Kreisverwaltung erledigt werden müssen. Zusätzlich wird das Personal der KSA bei den Aufgaben und Projekten, die dieses im Auftrage des Kreises durchführt, regelmäßig Ansprechpartner*innen innerhalb der Kreisverwaltung benötigen (z. B. im Rahmen von Datenbeschaffung und -austausch). Enge und gute Austauschmöglichkeiten zwischen KSA und Kreisverwaltung können die Umsetzung von Klimaschutz-, Klimaanpassungs- sowie Nachhaltigkeitsmaßnahmen daher deutlich effizienter und effektiver gestalten. **Diese Voraussetzungen sind in Variante 1 nicht bzw. nur eingeschränkt gegeben.**

Die Kreisverwaltung des Kreises Rd-Eck stellt zunehmend fest, dass mit der vollständigen Ausgliederung des Klimaschutzmanagements in die dortige KSA vielfach benötigte Personalressourcen und das damit verbundene Knowhow bzw. Fachwissen für Aufgaben innerhalb der Kreisverwaltung fehlen und nicht ersetzt wurden (Aussage basierend auf persönlichen Gesprächen der Auftragnehmer mit Personen aus dem Kreis Rd-Eck).

Von einer vollständigen Entkopplung der Klimaschutzagentur von der Kreisverwaltung Plön wie in **Variante 1 wird ausdrücklich abgeraten.**

Im Gegensatz zu Variante 1, bieten die beiden Untervarianten 2a und 2b den deutlichen Vorteil, dass sowohl in der KSA als auch innerhalb der Kreisverwaltung Personalkapazitäten zur Bearbeitung der verschiedenen Aufgaben aus den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit bereitgehalten werden. Während sich das Personal der KSA um diejenigen Klimaschutzaufgaben kümmert, die die (Gesellschafter-)Kommunen betreffen, kümmert sich das KSM der Kreisverwaltung um diejenigen Klimaschutzaufgaben, die konkret nur den Kreis Plön bzw. Handlungsfelder der Kreisverwaltung betreffen. Damit ist eine vollumfängliche Übernahme der vielfältigen Aufgaben durch KSA und Kreisverwaltung möglich. Durch die enge Anbindung der KSA an den Stabbereich KKN (siehe Abbildung 8 und Abbildung 9), wird ein beständiger Abstimmungsprozess zwischen diesen beiden Einheiten garantiert. Auf diese Weise können Arbeitsteilungen besser abgestimmt, Aktivitäten effizienter und effektiver gestaltet und Maßnahmen zielgerichteter umgesetzt werden.

Bzgl. des verwaltungsinternen Wirkens des Stabbereichs KKN ist die Variante 2b der Variante 2a vorzuziehen. Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit betreffen als Querschnittsthemen alle Handlungsfelder des Kreises und damit fast alle Tätigkeiten der Kreisverwaltung Plön. Bei einigen Verwaltungseinheiten anderer Kreise und Kommunen (z. B. in der Landeshauptstadt Kiel) ist das Klimaschutzmanagement in bestimmten Ämtern untergebracht (z. B. Bauamt oder Umweltamt). Dies macht es für die Personalstellen deutlich schwieriger, in andere Verwaltungseinheiten hineinzuwirken. In der Kreisverwaltung Plön ist das Klimaschutzmanagement als Stabsstelle der Fachbereichsleitung des Fachbereichs (FB) 1 angesiedelt, was ein Wirken innerhalb des FB 1 erleichtert. Jedoch beinhaltet das FB-übergreifende Wirken und Handeln des Klimaschutzmanagements momentan große

Herausforderungen. Hier ist es für die handelnden Personen schwierig, aus dem FB 1 heraus z. B. in die Ämter von FB 2 und 3 zu wirken, da für solche Vorhaben zuerst die Hierarchie „nach oben“ aus dem FB 1 heraus, zur Leitung des anderen FB und dann „nach unten“ in die Ämter des anderen FB hinein beachtet werden muss. Dies erfordert sehr viel Abstimmungs-, Kommunikations- und Koordinationsarbeit, welches die Prozesse verlangsamt und ggf. hemmt.

Variante 2b bietet hier einen deutlichen Effizienz- und Effektivitätsvorteil gegenüber Variante 2a. Durch direkte Unterstellung des Stabbereichs KKN der Landrätin/des Landrats, kann der Stabbereich KKN gleichmäßig verwaltungsintern in alle Fachbereiche wirken. Dies erleichtert die Abstimmung zwischen den handelnden Mitarbeiter*innen und damit die Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit. Zusätzlich bewirkt der Aufbau eines Stabsbereichs KKN direkt unterhalb der Landrätin/ des Landrats eine Signalwirkung in die gesamte Kreisverwaltung, dass den Themen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit eine besondere Stellung zukommt und diese im gesamten Verwaltungshandeln zu berücksichtigen sind. Ein solches Signal kann erhebliche Wirkung entfalten und die Wahrnehmung der Themen in allen Verwaltungseinheiten der Kreisverwaltung Plön stärken.

Daher wird die strukturelle Gestaltung von Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit innerhalb der Kreisverwaltung Plön auf Basis der **Variante 2b als Vorzugsvariante für die Kreisverwaltung Plön empfohlen**. Variante 2b verspricht die effizienteste und effektivste Lösung zur Umsetzung von Maßnahmen aus den drei Bereichen und weist nach Erkenntnissen und Erfahrungen von Zeiten°Grad die geringsten Hemmnisse auf. Da die Landrätin/der Landrat über die Verwaltungsgliederung entscheidet, kann die Umsetzung theoretisch jederzeit mit dem Aufbau des Stabbereichs KKN begonnen werden. Eine spätere Angliederung einer möglichen KSA wäre dann problemlos möglich.

Integration bzw. Anbindung kommunaler Klimaschutzmanager*innen der Kommunen

Im Kreis Plön verfügen außer der Kreisverwaltung auch die Städte Plön, Preetz und Schwentental sowie die Gemeinde Schönberg über eigene Stellen für ein Klimaschutzmanagement. Die Stelle in der Stadt Schwentental ist zurzeit unbesetzt.

Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, stehen insbesondere größere Kommunen vor umfassenden Herausforderungen. Die zu gründende Klimaschutzagentur wird jedoch aufgrund begrenzter personeller Ressourcen nicht in der Lage sein, alle Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes zu bearbeiten. Vielmehr werden Fokusbereiche bzw. Arbeitsschwerpunkte auf Seiten der KSA definiert werden müssen (vergl. AP M und N).

Größere Kommunen wie die Städte im Kreis Plön sowie die größeren Gemeinden werden perspektivisch alle Handlungsfelder der Kommunalverwaltung hinsichtlich der Belange des Klimaschutzes ausrichten und organisieren müssen. Daher ist es zielführend, die existierenden Klimaschutzmanagementstellen in den Kommunen eng in die Arbeit der KSA einzubinden und sich mit dieser abzustimmen. Insbesondere in Hinblick auf die Definition von Arbeitsschwerpunkten bei der KSA kann somit eine zielführende Arbeitsteilung zwischen KSA und kommunalen Klimaschutzmanager*innen abgestimmt werden. Nach Gründung der KSA haben die KSM in den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, auf die Expertise der KSA-Mitarbeitenden zurückgreifen, da gerade Einzelpersonen in größeren Kommunen vor umfassenden Herausforderungen stehen. Eine enge Einbindung an und Abstimmung mit der KSA ist für die KSM in den Kommunen von großer Bedeutung und kann die Erfolge vor Ort maßgeblich befördern.

Eine komplette Integration der kommunalen Klimaschutzmanagementstellen in die KSA und die Aufhebung dieser Stellen auf kommunaler Ebene kann aus fachlicher Sicht **nicht** empfohlen werden. Die Erfahrungen im Kreis Rd-Eck haben vielmehr gezeigt, dass dies zu einer erheblichen Schwächung des kommunalen Klimaschutzes für die Kommune führen würde. Neben der fachlichen Expertise im Klimaschutz sind Wissen, Erfahrungen und Anbindung an die Verwaltungen vor Ort in größeren Kommunen mehr als hilfreich. Daher haben sich bereits mehrere Kommunen im Kreis Rd-Eck dazu entschieden, sowohl Gesellschafter der dortigen KSA zu sein und ein eigenes Klimaschutzmanagement einzurichten bzw. fortzuführen. Neben einzelnen Kommunen haben sich auch Ämter dazu entschlossen, Gesellschafter der KSA zu werden und ein eigenes KSM einzurichten. Solch eine Lösung kann aus fachlicher Sicht **auch für den Kreis Plön bzw. die kreisangehörigen Kommunen empfohlen** werden. (siehe auch AP M)

Einschätzung zur Abordnung von vorhandenem Personal in die KSA:

Im Laufe des Projektes wurden Überlegungen geäußert, ob vorhandenes Klimaschutz-Personal, welches zurzeit in der Kreisverwaltung oder bei den Kommunen als Klimaschutzmanagement angestellt ist, in diesem Angestelltenverhältnis verbleiben, jedoch zukünftig in die KSA abgeordnet werden könnte. Damit würde das betroffene Personal zukünftig bei der KSA arbeiten, die bestehenden Arbeitsverträge blieben aber weiterhin zwischen den bisherigen Parteien (z.B. Arbeitnehmer und Kreis Plön) bestehen.

Ein solches Vorgehen könnte nach fachlicher Einschätzung jedoch bei einigen oder mehreren Gesellschaftern der KSA zu der Annahme führen, dass die betroffenen Personen weiterhin nur für den alten Arbeitgeber tätig sind und nicht für die gesamten Gesellschafter der KSA.

Beispiel:

Der Kreis Plön ordnet die drei Klimaschutzmanager*innen, die aktuell als Angestellte des Kreises in der Kreisverwaltung tätig sind, in die KSA ab. Diese würden zukünftig zwar für die KSA tätig, behielten jedoch ihren Arbeitsvertrag beim Kreis Plön. So könnte beispielsweise bei den anderen Gesellschaftern der Eindruck entstehen, dass die drei Personen weiterhin auf Weisung des Kreises Plön tätig sind und ihre Arbeit auch zukünftig ausschließlich nach den Belangen des Kreises / der Kreisverwaltung ausrichten. Es bestünde aus Sicht der übrigen Gesellschafter zu befürchten, dass die betroffenen Personen ggf. nicht / in untergeordnetem Maße auf Weisung der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats der KSA tätig würden.

Eine solche Konstellation würde daher ein erhebliches Konfliktpotenzial bergen und ist **aus fachlicher Sicht nicht zu empfehlen**.

Zusätzlich zu den vorangehenden Ausführungen wären **ggf. rechtliche und steuerrechtliche Aspekte bei der Abordnung von Personal in die KSA zu berücksichtigen**. Aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes ist eine solche Beurteilung **nicht Bestandteil des hier zugrunde liegenden Auftrags** und müsste bei Bedarf in einem gesonderten Gutachten betrachtet werden.

M) Erarbeitung der zu erbringenden Leistungen für die Ämter, Städte und Gemeinden

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A, C, D/G/H, K, L, N

Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit sind Querschnittsthemen und betreffen als solche fast alle Handlungsfelder der Kommunen. Dies stellt alle Verwaltungseinheiten vor besondere Herausforderungen, da zur Erreichung der Klimaschutzziele eine grundlegende Implementierung dieser Themen in alle Verwaltungsvorgänge und Handlungsfelder der Kommunen notwendig ist (vergl. Ausführungen in AP L).

Perspektive:

Einen Teil dieser Aufgaben kann und soll nun ggf. die zu gründende Klimaschutzagentur (KSA) für den Kreis Plön sowie die kreisangehörigen Kommunen übernehmen. Dieser Ansatz verfolgt die Zielsetzung, dass dem Kreis und den Kommunen als Gesellschafter der KSA nicht nur einzelne Personen im Klimaschutzmanagement in der Kreisverwaltung zur Verfügung stehen, die den Kommunen nur punktuell unterstützend zur Seite stehen können. Vielmehr soll im Rahmen der KSA ein ganzes Team an Expert*innen mit verschiedenen Fähigkeiten und Arbeitsschwerpunkten bereitstehen, um den Kommunen umfassend in allen Klimaschutzfragen zur Verfügung zu stehen. Auf diese Weise können Projekte von mehreren Gemeinden zielführend und effizient gebündelt und bearbeitet werden. Das Team der KSA kann zusammen mit den kommunalen Klimaschutzmanagements, die in den größeren Kommunen bereits vorhanden sind oder perspektivisch geschaffen werden, effektiv zusammenarbeiten und so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz im Kreis Plön schaffen.

Realistisches Leistungsportfolio der KSA und Erwartungsmanagement:

Die Erfahrungen der Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH haben gezeigt, dass zunächst bei einigen Kommunen der Eindruck vorherrschte, dass die dortige KSA mehr Klimaschutzaufgaben für die Kommunen übernehmen kann, als realistisch umsetzbar. Diese Diskrepanz zwischen Erwartungen auf kommunaler Seite an die KSA Rd-Eck und tatsächlich möglicher Leistungserbringung führte anfangs zu erhöhtem Kommunikationsaufwand und birgt die Gefahr von Missverständnissen bei einzelnen Akteuren.

Um ähnliche Probleme und Herausforderungen im Kreis Plön von vornherein zu vermeiden oder diesen proaktiv zu begegnen, sollte intensives Erwartungsmanagement allen Gesellschaftern (und Nicht-Gesellschaftern) gegenüber erbracht werden (vergl. Abbildung 10). Das bedeutet, dass die Klimaschutzmanager*innen der Kreisverwaltung Plön (bzw. nach Gründung der KSA die dort angestellten KSM) proaktiv auf alle potenziellen Gesellschafterkommunen sowie den Kreis zugehen und die tatsächlich erwartbaren Leistungen der KSA vorstellen sollten. Auch wenn im Zuge des Gründungsprozesses bereits mit dieser Kommunikationsarbeit begonnen wurde (z.B. bei der Ansprache der Kommunen (vergl. AP O)), muss dies zukünftig weiterhin erfolgen. Insbesondere größere Kommunen bzw. Ämter werden vor der Herausforderung stehen, dass die gesetzlichen Vorgaben zum Klimaschutz sowie der öffentliche und politische Druck, effektive Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, in Zukunft stark zunehmen werden. Gleichzeitig müssen größere Kommunen bzw. Ämter ihre Klimaschutzanstrengungen in sehr vielen Handlungsfeldern

umsetzen, sodass es voraussichtlich nicht reichen wird, „nur“ eine eigene Stelle für Klimaschutzmanagement einzusetzen oder „nur“ Gesellschafter der zu gründenden KSA zu werden. Vielmehr wird es perspektivisch für die Kommunen notwendig sein, sowohl Gesellschafter der KSA zu werden als auch eigenes Personal für den Klimaschutz aufzubauen bzw. vorzuhalten. Aus diesem Grund interessieren sich aktuell immer mehr Kommunen und Ämter im Kreis Rd-Eck für den zweigleisigen Ansatz: Eine eigene Stelle für kommunales Klimaschutzmanagement und Beitritt zur KSA als Gesellschafterkommune. Diesen Weg haben beispielsweise bereits Rendsburg, Eckernförde, Kronshagen, Büdelsdorf oder das Amt Molfsee eingeschlagen. Nach Kenntnis und durch persönliche Gespräche der Auftragnehmer mit Kommunalvertreter*innen aus dem Kreis Rd-Eck wird ein solches Modell aktuell auch in weiteren Kommunen des Kreises Rd-Eck diskutiert.

Leistungserbringung für den Kreis Plön:

Wie in AP L ausgeführt, hat sich der Kreis Rd-Eck selbst vorläufig dafür entschieden, das KSM in der Kreisverwaltung in die KSA auszulagern und die entsprechende Stelle in der Verwaltung einzusparen. Dadurch fehlen dort nun entsprechende Personalkapazitäten sowie das entsprechende Knowhow und Fachwissen zur Bearbeitung der dort anfallen Klimaschutz-Aufgaben. Auch für den Kreis Plön werden verwaltungsintern zukünftig Aufgaben in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit anfallen, die nicht oder nur in Teilen von der KSA übernommen werden können. Daher kommt die Ausarbeitung unter AP L zu der ausdrücklichen Empfehlung für den Kreis Plön, das verwaltungsinterne KSM zielführender zu strukturieren (Stabsbereich KKN) und dieses effizient mit der KSA zu verzahnen. Auf diese Weise können viele Aufgaben für den Kreis Plön zukünftig durch die KSA übernommen werden, verwaltungsinterne Aufgaben verbleiben aber weiterhin bei den verwaltungsangehörigen Stellen während gleichzeitig eine zielführende und effiziente Abstimmung zur Aufgabenteilung zwischen beiden Einheiten gewährt wird.

Leistungserbringung für Gesellschafterkommunen:

Aufgrund der sehr großen Vielfalt an potenziellen Aufgaben und der daraus resultierenden Bandbreite an Fachwissen, bedürfte es eines sehr großen Personalschlüssels bei der KSA, wenn diese alle Aufgaben für die Gesellschafterkommunen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit übernehmen sollte. Da dies aber zu Anfang und auch perspektivisch in dem erforderlichen Umfang nicht realistisch erscheint (vergl. Auch AP N), muss die KSA **Themen und Tätigkeitsfelder priorisieren**, bei denen

1. es großen Unterstützungsbedarf bei den Gesellschafterkommunen gibt,
2. entsprechende Fördermittel generiert werden können,
3. ein hohes Einsparpotenzial im Bereich der Treibhausgasemissionen besteht und
4. die erforderlichen personellen Ressourcen aufgebracht werden können.

Erfolgt nach diesen Kriterien die notwendige Eingrenzung des Leistungsportfolios der KSA (ein Vorschlag wird in AP N unterbreitet), so sollte dies den Gesellschafterkommunen klar kommuniziert werden. Aufgabe der Geschäftsführung wird es dabei sein, die Auswahl sachlich zu vertreten und etwaige Leistungswünsche, die nur einzelne Kommunen vorbringen und für die die KSA keine personellen Ressourcen aufbringen kann, abzulehnen. Gleichzeitig muss es Aufgabe des gesamten

KSA-Teams werden, die angebotenen Leistungen bei den Gesellschafterkommunen zur bewerben und mit eigenen Initiativen auf diese zuzugehen. Die proaktive Ansprache wird insbesondere zum Start der KSA wichtig sein, um die Kommunen zielführend einzubeziehen, eine effektive Tätigkeitsaufnahme der KSA zu gewährleisten und durch schnelle Erfolge weitere Gesellschafterkommunen zu werben.

Leistungserbringung für Nicht-Gesellschafterkommunen:

Aufgrund der anfänglich (und voraussichtlich auch perspektivisch) begrenzten personellen Ressourcen der KSA sowie im Sinne der Fairness gegenüber der Beitrag zahlenden Gesellschafterkommunen, sollte das Leistungsangebot der KSA für Nicht-Gesellschafterkommunen **auf eine Basisberatung begrenzt werden**. Zwar werden alle Kommunen im Kreis Plön Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit umsetzen müssen, was insbesondere die Kommunen vor Herausforderungen stellen wird, die nicht über die nötigen personellen Ressourcen verfügen, jedoch sollte dies nicht als Anlass dienen, Nicht-Gesellschafterkommunen den gleichen (oder annähernd gleichen) Leistungsumfang wie Gesellschafterkommunen anzubieten. Zum einen würde dies die personellen Kapazitäten der KSA übersteigen und zum anderen würden alle Gesellschafterkommunen mit ihren Beiträgen die Leistungen finanzieren, die Nicht-Gesellschafterkommunen zur Verfügung gestellt bekommen. Dies birgt erhebliches Konfliktpotenzial und ist daher zu vermeiden.

N) Vorschlag zu Personalstärke und Arbeitsschwerpunkten des Personals

Siehe hierzu auch folgende Arbeitspakete (AP): A, C, L, M,

Personalstärke:

Aufgrund der Ausführungen in der diesem Prozess zugrunde liegenden Machbarkeitsstudie (siehe Abbildung 4), sowie der Ausführungen in den AP A und C, werden für die Personalstärke zum Start der KSA fünf Personalstellen angenommen:

- Eine Vollzeitstelle für eine Führungskraft,
- drei Vollzeitstellen für Klimaschutzmanagement,
- eine Teilzeitstelle für Büromanagement,
- zwei Minijob-Stellen (HiWis).

Dementsprechend entstünden der KSA im ersten Jahr ca. 364.000 € an Personalkosten. Hinzu kommen im ersten Jahr weitere Betriebsausgaben in Höhe von ca. 115.000 €. Insgesamt hätte die KSA nach diesen Zahlen also Ausgaben in Höhe von ca. 480.000 € im ersten Jahr (vergl. AP A + C (Businessplan)).

Diese Personaldecke kann und sollte als Mindestgröße angesetzt werden, um die KSA in eine leistungsfähige Position zu versetzen. Mit zunehmender Zahl an Gesellschaftern wird der KSA zukünftig eine steigende Finanzkraft zur Verfügung stehen, um weitere Personalstellen aufzubauen und zu besetzen. Hier sollte auch der Fokus bei der Verwendung weiterer Mittel liegen, da die personellen Ressourcen der KSA schlussendlich das Leistungsversprechen gegenüber den Gesellschafterkommunen sichern.

Zusätzlich zu den Personalstellen, die aus den Gesellschafterbeiträgen finanziert werden, kann und sollte die KSA Fördermittel einwerben, die zum Aufbau weiterer Stellen genutzt werden. Beispielsweise wäre es möglich, dass die KSA zukünftig das Sanierungsmanagement im Rahmen des Förderprogramms „KfW 432 – energetische Stadtsanierung“ für die Kommunen übernimmt. Somit würden Fördermittel, welche die Kommunen bisher für die Unterstützung durch externe Dienstleister verwenden, in der KSA und damit in den Strukturen der Kommunen gehalten werden. Die KSA könnte mit diesen Mitteln nicht nur Personal aufbauen, sondern auf diese Weise auch wichtige Kompetenzen und Fachwissen generieren, was wiederum allen Gesellschafterkommunen zugutekäme. Dieses Vorgehen ist teilweise auch auf andere Förderprogramme von EU, Bund und Land SH übertragbar.

Wichtige Partner bei der Finanzierung von Personal- und Projektstellen können auch die beiden AktivRegionen im Kreis Plön spielen. Hier bietet sich zukünftig eine enge Abstimmung mit der KSA an.

Bei einigen Fördermitteln könnte eine zukünftige KSA als GmbH nicht antragsberechtigt sein, die Kreisverwaltung hingegen schon. Bei anderen Förderprogrammen verhält es sich ggf. genau andersherum. Durch eine enge Abstimmung zwischen Kreisverwaltung Plön (Stabsstelle KKN) und KSA können die jeweiligen Vorteile der Institutionen effizient genutzt und somit weitere Fördermittel in Anspruch genommen werden, die einer einzelnen Institution ggf. nicht zur Verfügung stünden. Hier würde sich ein weiterer, **wichtiger Vorteil aus einer guten Organisationsstruktur** ergeben (vergl. AP L).

Arbeitsschwerpunkte:

Wie in AP M ausgeführt, muss die KSA aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen Themen und Tätigkeitsfelder priorisieren. Diese sollten so ausgewählt werden, dass sie die vorhandenen personellen Ressourcen nicht überfordern, den Gesellschafterkommunen einen echten Nutzen bringen und deutliche Reduktionen an Treibhausgasemissionen bewirken können. Die im Folgenden unterbreiteten Tätigkeiten und Schwerpunkte könnten als Grundlage für die KSA dienen (vergl. Abbildung 10):

Die Gründung eines Arbeitskreises mit Vertreter*innen aus Kommunalpolitik sowie Verwaltung ist als wichtige interne Arbeit zu empfehlen, welcher sich erst einmal grundsätzlich mit den potenziellen Handlungsfeldern und Projekten im kommunalen Klimaschutz befasst. Die KSA kann diesen Prozess begleiten und Empfehlungen aussprechen.

a. Grundlegende Beratungsleistungen zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit:

Viele Kommunen in SH bzw. im Kreis Plön haben sich noch nicht tiefgehend mit den Anforderungen des kommunalen Klimaschutzes auseinandergesetzt. Das bedeutet, dass vielen Kommunalvertreter*innen noch nicht gänzlich bewusst ist, welche Aufgaben die Kommune wahrnehmen kann (sollte), welche Beratungs- und Unterstützungsangebote es gibt (Welche Institutionen gibt es, was bieten diese an?), welche Fördermittel für entsprechende Projekte infrage kommen, welche Rahmenbedingungen beachtet werden müssen (Gesetze, Vorschriften, Bestimmungen), welche Akteure wann eingebunden werden müssen oder welche Projekte sich für die jeweilige Kommune überhaupt anbieten, etc.

Die KSA sollte den Gesellschafterkommunen hier mit einem breiten, grundsätzlichen Beratungsangebot zur Verfügung stehen, um den jeweiligen Einstieg der Kommunen in das breite Aufgabenspektrum von Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Je nach individueller Ausgangslage der Kommune können diese Leistungen erfahrungsgemäß mehr oder weniger Zeit in Anspruch nehmen. Manche Kommunen haben bereits konkrete Anliegen / Projektideen und benötigen nur sehr wenig grundlegende Beratung, bevor es in die konkrete Projektausgestaltung gehen kann. Andere Kommunen haben noch gar keine Erfahrungen in den Themenfeldern gesammelt

b. Wärmewende:

Aufgrund der hohen Treibhausgasemissionen im Wärmesektor, der hohen Komplexität des Handlungsfeldes Wärmewende sowie der gesetzlichen Anforderungen und vielfältigen Förderlandschaft, kommt dem Bereich Wärme eine wesentliche Bedeutung im kommunalen Klimaschutz zu. Erste Kommunen sind nach der Novellierung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes Schleswig-Holstein (EWKG) durch das Land zu einer Wärme- und Kälteplanung verpflichtet. Viele Kommunen setzen sich darüber hinaus auch in zunehmendem Maße auf freiwilliger Basis mit den Möglichkeiten einer klimafreundlichen Wärmeversorgung auseinander oder beabsichtigen dies umzusetzen.

Die KSA sollte hier ein breites Beratungs- und Unterstützungsangebot bereithalten, um den Gesellschafterkommunen zielführend und effizient zur Seite stehen zu können. Dies kann u. a. das Verfassen von Projektskizzen, Fördermittelanträgen und Leistungsverzeichnissen zum Förderprogramm *KfW 432 – energetische Stadtsanierung* beinhalten sowie die Begleitung solcher Vorhaben im Rahmen von Lenkungsgruppen. Insbesondere die Übernahme des

Verfassens der notwendigen Unterlagen bedeutet eine deutliche Arbeitserleichterung für die Kommunen und stärkt so die Position der KSA. Diese kann wiederum in diesem Bereich Fachwissen und Kompetenzen ausbauen, entsprechende Vorhaben dadurch erheblich effizienter und effektiver erarbeiten (im Vergleich zu den kleinen Verwaltungen auf kommunaler oder Amtsebene, denen meist das entsprechende Knowhow fehlt) und ihr Wissen für weitere Vorhaben dieser Art zielführend einsetzen. Analog verhält es sich mit der Erarbeitung von Wärme- und Kälteplanungen für die verpflichteten Kommunen: auch hier kann die KSA entsprechende Kompetenzen ausbauen und den betroffenen Kommunen zielführend zur Verfügung stellen.

Die permanente Überarbeitung, Aktualisierung, Bewerbung und Pflege des vom Kreis Plön erarbeiteten Wärmeplanungskatasters Plus sowie die teilweise Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept zur Wärmeplanung *Uns Dörf ward warm* kann ebenfalls zukünftig durch die KSA übernommen und vorangetrieben werden. Damit kann die KSA ein umfassendes, systematisch aufgebautes und zielführendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für die Gesellschafterkommunen bereithalten.

Aufgrund der hohen Bedeutung des Sektors Wärme für die Anforderungen im kommunalen Klimaschutz, sollte in der zukünftigen KSA auch beim Personal ein Schwerpunkt mit der Bearbeitung dieses Feldes gesetzt werden.

c. Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit:

Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit erfordern zur Erreichung der (gesetzlichen) Ziele die Mitwirkung aller Akteure. Dementsprechend ist die Notwendigkeit zur Durchführung von Kampagnen sowie zur breiten Öffentlichkeitsarbeit gegeben und sollte (auch zur Stärkung der eigenen Wahrnehmung) zukünftig durch die KSA erfolgen. Das verwaltungsinterne Klimaschutzmanagement der Kreisverwaltung Plön beschäftigt sich bereits mit der Durchführung von Kampagnen und Öffentlichkeitsveranstaltungen. Diese könnten und sollten zukünftig durch die KSA übernommen werden:

- Auszeichnung Grüne Hausnummer zur Würdigung guter Beispiele für energieeffizientes Bauen und Sanieren sowie zur Motivation weiterer Haus- und Wohnungseigentümer*innen zu ähnlichen Maßnahmen.
- Stadtradeln zur Steigerung der Radmobilität im Kreis Plön als Wettbewerb unter den Kommunen und zwischen den einzelnen Radfahr-Teams.
- Eine Klimaschutzwoche mit Klimaschutzveranstaltungen im gesamten Kreisgebiet ist alle 2 Jahre geplant.
- Klimadialog: wiederkehrende Veranstaltung zu Vorstellung von Best-Practice Beispielen und Projekten (ca. vier Mal im Jahr)

Darüber hinaus finden in unregelmäßigen Abständen und projektbezogenen Veranstaltungen zu einzelnen Themenbereichen statt, die bisher durch das Kreis-KSM übernommen werden und zukünftig bei der KSA angesiedelt werden könnten (z. B. Tag der E-Mobilität, Informationsabend zu Photovoltaik und Solarthermie, etc.). Projekte und Veranstaltungen dieser Art haben das Potenzial, allen Bürger*innen der Gesellschafterkommunen unmittelbar

zugute zu kommen, den Bürger*innen unkompliziert fachlich geprüfte Informationen zur Verfügung zu stellen, die KSA im Kreisgebiet bekannt zu machen und diese als feste Institution zu verankern.

d. Erarbeitung und Bereitstellung von Planungsgrundlagen

Um die Kommunen, die Bürger*innen, die Gewerbetreibenden und alle anderen Akteure in die Lage versetzen zu können, effektive und effiziente Klimaschutz-, Klimaanpassungs- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen umsetzen zu können, bedarf es der Bereitstellung von Daten- und Planungsgrundlagen. Der Kreis Plön hat hier bereits erste, zielführende Projekte umgesetzt bzw. begleitet und stellt den kreisangehörigen Kommunen bzw. Bürger*innen zur weiteren Nutzung folgende Produkte zur Verfügung:

- Wärmeplanungskataster Plus,
- Solar- und Gründachpotenzialkataster,
- Wasserstoffstrategie der KielRegion im Rahmen von HyStarter und HyExperts,
- Biomassestrategie der KielRegion,
- Klimaschutzkonzept *Uns Dörf ward warm*.

Viele dieser Grundlagen können in Zukunft von der KSA betreut werden. Die KSA sollte hier nicht nur die Erarbeitung und zur Verfügungstellung solcher Grundlagen gewährleisten, sondern sich auch um eine **regelmäßige Aktualisierung, Überarbeitung sowie insbesondere um die Bewerbung und Kommunikation der Ergebnisse** kümmern.

e. Aufbau eines permanenten Energiemanagements für kommunale Liegenschaften

Kommunale Liegenschaften tragen mit durchschnittlich 2-4 % der kommunalen Treibhausgasemissionen nicht erheblich zum Gesamtausstoß der Kommunen bei. Trotzdem können (und sollten) Kommunen durch eine klimafreundliche und effiziente Energieversorgung der eigenen Gebäude ihre Rolle als Vorbild für andere Akteure ausfüllen. Die Energieversorgung der eigenen Liegenschaften verursacht in den kommunalen Haushalten üblicherweise einen hohen Posten. Gleichzeitig fehlt vielen Verwaltungseinheiten sowohl das Knowhow als auch das Personal, um sich mit den Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und -vermeidung auseinanderzusetzen.

Die KSA kann den Kommunen ein attraktives Angebot unterbreiten, indem sie den Aufbau eines permanenten Energiemonitorings für die kommunalen Liegenschaften anbietet. Diese kann zentral über die KSA für viele Kommunen eingerichtet und betreut werden, deckt hohe Verbräuche auf, kann erheblich zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen und somit die kommunalen Haushalte entlasten. Der Aufbau eines permanenten Energiemonitorings für die kommunalen Liegenschaften der Gesellschafterkommunen bietet damit eine sehr gute Möglichkeit für die KSA, ihren Gesellschafterkommen zu verdeutlichen, dass ihre jeweiligen Gesellschafterbeiträge zur KSA konkret zu Kostenreduktionen an anderen Stellen führen können. **Dies kann langfristig zu einer steigenden Akzeptanz der KSA bei den Kommunen und somit zu einem größeren Gesellschafterkreis führen. Bei der Einrichtung eines permanenten Energiemanagements ist zu beachten, dass der Aufbau dieses Angebots durchaus längere Zeit (innerhalb der ersten zwei bis drei Jahre) in Anspruch nehmen kann.**

Laut LV des Auftraggebers sollen folgende Aspekte und Arbeitsschwerpunkte bei der Ausarbeitung der hier gemachten Empfehlungen berücksichtigt werden:

- Klimaanpassung,
- Wärmewende,
- Erneuerbare Energien,
- Energiemanagement,
- Rad- und Fußverkehr,
- Bildung und Bewusstseinsbildung,
- CO₂-Speicherung,
- Konsum und Beschaffung.

Die Aspekte und Arbeitsschwerpunkte Wärmewende, Erneuerbare Energien, Energiemanagement, Rad- und Fußverkehr, Bildung und Bewusstseinsbildung finden sich entweder umfassend oder zumindest anteilig in den oben vorgeschlagenen Tätigkeiten und Schwerpunkten a) - e). **Klimaanpassung** sollte zukünftig (analog zum Klimaschutz) bei allen Verwaltungstätigkeiten berücksichtigt werden und wird insgesamt für die Kommunen an Bedeutung gewinnen. Jedoch ist Klimaanpassung als Querschnittsthema so umfassend, dass es personell nicht von Anfang an durch die KSA abgedeckt werden kann. Grundsätzlich sollten die Mitarbeiter*innen der KSA bei ihren Terminen und Rücksprachen mit den diversen Akteuren im Kreisgebiet auch das Thema der Klimaanpassung immer wieder ansprechen, auf die Bedeutung aufmerksam machen und für die Berücksichtigung dieses Themas werben. Allerdings kann eine eingehende Befassung bzw. Bearbeitung des Themas nicht erfolgen.

Um die Bedeutung des Themas der Klimaanpassung trotzdem sobald wie möglich in der KSA zu verankern und mit personellen Kapazitäten zu hinterlegen, sollte in enger Abstimmung mit der Kreisverwaltung Plön kurz nach Gründung der KSA sondiert werden, wie aktuelle Förderprogramme dazu genutzt werden können. Aktuell werden die Erarbeitung von Klimaanpassungskonzepten, die Einrichtung von entsprechenden Personalstellen sowie die Umsetzung erster Maßnahmen durch den Bund über das Förderprogramm *Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels* finanziell stark bezuschusst. Alternativ könnte sich eine Förderung solcher Projekte über die AktivRegionen im Kreis Plön anbieten. Da sich die Förderkulisse jedoch laufend ändert und den aktuellen Prozessen angepasst wird, muss zu gegebenem Zeitpunkt eine erneute Prüfung stattfinden, welche Förderprodukte passend sind und wer antragsberechtigt ist (z.B. KSA oder Kreisverwaltung Plön). Daraus ergeben sich dann Möglichkeiten, Klimaanpassung als Fokusthema im Kreis Plön zu verankern und über eine zugehörige Personalstelle weitere Fördermittel für die Gesellschafterkommen zu generieren.

CO₂-Speicherung wird perspektivisch eine wichtige Rolle spielen um (vorläufig) Emissionen zu kompensieren, die sich nicht vermeiden lassen. Um der Gefahr des sog. „Greenwashings“ vorzubeugen, muss hier jedoch sehr genau geprüft werden, welche Emissionen genau kompensiert werden sollen, ob es vielleicht andere Wege zur Reduktion gibt und auf welchem Wege die Kompensation erfolgt. Der Kreis Plön ist Unterstützer der Stiftung Allianz für Entwicklung und Klima. Über die Stiftung können Projekte zur CO₂-Speicherung finanziert und unterstützt werden, die insbesondere Länder im globalen Süden bei ihren Klimaschutzaktivitäten unterstützen. In enger Abstimmung zwischen KSA und Kreisverwaltung können hier Projekte zur CO₂-Speicherung angesiedelt werden. Aufgrund der begrenzten personellen Kapazitäten der KSA sollte dies jedoch kein Fokusthema

zu Beginn der KSA darstellen. Vielmehr kann dieses Thema perspektivisch durch die KSA aufgenommen werden, wenn sich der Personalschlüssel der KSA erhöht.

Konsum und Beschaffung können und sollten durch die KSA zum einen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und durch Kampagnen abgedeckt werden. Zum anderen verfügt die Kreisverwaltung Plön über eine Vollzeitstelle für Nachhaltigkeitsmanagement. Diese hat u.a. zur Aufgabe, ein nachhaltiges Beschaffungswesen für die Kreisverwaltung Plön aufzubauen. Dies dabei gemachten Erfahrungen und Grundlagen können dann durch das Nachhaltigkeitsmanagement in enger Abstimmung mit der KSA auch den Kommunen des Kreises Plön zur Verfügung gestellt werden.

Das Team der KSA wird aufgrund der personellen Kapazitäten nicht in der Lage sein, alle Aspekte der Themen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit zum Gegenstand ihrer Arbeit zu machen und diese vollumfänglich abzubilden. Jedoch können durch geschickte Zusammenarbeit insbesondere mit der Kreisverwaltung Plön, den Klimaschutzmanager*innen der Kommunen und den anderen Verwaltungseinheiten viele Themen bearbeitet und vorangebracht werden, die nicht explizit bei der KSA angesiedelt sind. **Hier kann sich insbesondere der Aufbau zielführender Strukturen bewähren (vergl. AP L, Variante 2b).**

O) Ansprache der Ämter, Städte und Gemeinden gemeinsam mit den Klimaschutzmanagenden des Kreises

Zum Thema kommunale Klimaschutzagentur, an der sich Kreis und Kommunen als Gesellschafter beteiligen sollen, bedarf es erfahrungsgemäß der Klärung einiger Fragen für Kommunalvertreter*innen:

- Um was für ein Konstrukt handelt es sich bei einer KSA?
- Was kann solch ein Konstrukt leisten?
- Was hat es mit dem vom Kreis Plön gestarteten Prozess auf sich?
- Welche Kosten verursacht eine KSA?
- Was ist der Mehrwert einer KSA gegenüber dem jetzigen Zustand?
- Welche Aufgaben und Herausforderungen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit kommen auf die Kommunen zu?
- Wie sieht das Konstrukt der KSA im Kreis Rd-Eck aus und welche Erfahrungen haben die Kommunen dort gemacht?

Um diese und viele weitere Fragestellungen für die Kommunen im Kreis Plön aufzubereiten, ihnen entsprechende Informationen zukommen zu lassen und sie über die Absichten des Kreises Plön zu informieren, wurden neun Informations- und Austauschveranstaltungen für die Ämter, Städte und Gemeinden im Kreis Plön durchgeführt (siehe Tabelle 5). Zu diesen Veranstaltungen wurden alle Kommunalvertreter*innen sowie alle Kreistagsabgeordneten eingeladen.

Tabelle 5: Übersicht über Veranstaltungstermine zur Erstansprache der Kommunen.

Ämter/Städte/Gemeinden	Anzahl Kommunen	Anzahl Einwohner*innen (Stand Dez. 2020)	Datum
Amt Probstei	20	21.886	01.11.2022
Amt Schrevenborn	3	19.417	10.11.2022
Amt Preetz-Land	17	9.222	28.09.2022
Amt Großer Plöner See, Gemeinde Bösdorf	10	6.614	10.10.2022
Amt Lütjenburg	14	10.007	12.09.2022
Amt Bokhorst-Wankendorf	8	8.048	22.09.2022
Amt Selent/ Schlesien	7	5.902	15.09.2022
Stadt Plön, Stadt Preetz, Stadt Schwentinental	3	38.714	24.10.2022
Stadt Lütjenburg, Gemeinde Ascheberg, Gemeinde Bönebüttel	3	10.253	11.10.2022

In jeder dieser Veranstaltungen vermittelte Zeiten°Grad einen generellen Überblick zu den Themen Klimaschutz, Klimaanpassung sowie über die Klimaschutzziele von Bund und Land. Außerdem wurde die CO₂-Bilanz des Kreises Plön beispielhaft dargestellt. Im Anschluss wurden die möglichen Handlungsfelder vorgestellt und Maßnahmen genannt, die zur Erreichung der Klimaziele notwendig

wären. Ziel der Veranstaltungen war es, die Kommunen in den Gründungsprozess der KSA frühestmöglich einzubinden und ein zielführendes, passgenaues Unterstützungsangebot aufzubauen.

Auf diese Weise sollten den teilnehmenden Kommunalvertreter*innen möglichst alle relevanten Informationen zur Verfügung gestellt werden, um über die KSA in ihren jeweiligen Kommunen beraten zu können.

Reaktionen:

Da vielen Kommunalvertreter*innen vor den Veranstaltungen umfassende Informationen zu Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit, zu den (gesetzlich) festgelegten und vorgeschriebenen Zielen, den daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen für die Kommunen sowie zu dem Konstrukt einer kommunalen KSA fehlten, bestand im Vorwege bei vielen Teilnehmer*innen Skepsis gegenüber diesem Lösungsansatz. Im Laufe der Informationsveranstaltungen konnten viele Falschinformationen, Missverständnisse und Fragen aufgelöst werden, sodass bei fast allen Terminen schlussendlich ein deutlicher Zuspruch von den teilnehmenden Kommunalvertreter*innen zur Idee einer kommunalen KSA im Kreis Plön formuliert wurde. Vermehrt wurde von Teilnehmer*innen der Wunsch geäußert, dass den Kommunen durch den Kreis Plön bzw. durch Zeiten°Grad eine Beschlussvorlage zur Verfügung gestellt wird, mit welcher die Kommunen ihre Zustimmung zum Prozess und zur Idee der KSA ausdrücken können. Entsprechend dieser mehrfachen Wunschäußerungen wurde den Kommunen folgende Beschlussformulierung als Vorschlag zur Verfügung gestellt:

Das Amt / Die Stadt / Die Gemeinde XY begrüßt die Bestrebungen des Kreises Plön zur Gründung einer Klimaschutzagentur. Ein Beitritt des Amtes / der Stadt / der Gemeinde XY als Gesellschafter zur noch zu gründenden Klimaschutzagentur wird grundsätzlich beabsichtigt. Voraussetzung hierfür ist, dass die Struktur an die der Klimaschutzagentur im Kreis Rendsburg-Eckernförde gGmbH angelehnt ist.

Obwohl die Reaktionen am Ende der Informationsveranstaltungen zumeist sehr positiv ausfielen und die Idee zum Aufbau einer kommunalen KSA im Kreis Plön begrüßt wurde, gab es vereinzelt auch kritische bzw. skeptische Stimmen.

Es wurde auf allen Informationsveranstaltungen durch Zeiten°Grad darauf hingewiesen, wie wichtig jedes Feedback der Kommunen für den Kreis Plön sowie den weiteren Planungsprozess ist (egal ob zustimmend oder ablehnend).

P) Vorschlag für die zu nutzende Software und Arbeitsmittel

Um den späteren Mitarbeiter*innen einer zukünftigen KSA im Kreis Plön eine effiziente Bearbeitung ihrer Aufgaben und Projekte zu ermöglichen, sollten möglichst passende Software und Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt werden. Um als KSA eine Vorbildfunktion zu übernehmen und sich zukunftsfähig aufzustellen, sollten die KSA-internen Prozesse von Anfang an auf ein möglichst digitales und papierloses Unternehmen ausgelegt sein. Dadurch lassen sich Prozesse und Projekte deutlich effizienter und nachhaltiger gestalten. Ebenso sollten Nachhaltigkeitskriterien bei der Beschaffung durch die KSA angelegt und berücksichtigt werden. Hier bietet es sich an, die Beschaffung anhand vorhandener Plattformen auszurichten.

Beispiele für Plattformen und Anbieter nachhaltiger Produkte²:

- www.dieumweltdruckerei.de
- www.memo.de
- www.greenpicks.de
- www.avocadostore.de

Neben diesen Online-Anbietern gibt es häufig auch lokale und regionale Anbieter für nachhaltige Produkte. Sofern verfügbar bzw. vorhanden, sollte die KSA solche Angebote im Sinne des Ressourcenschutzes und der Nachhaltigkeit nutzen.

Um die Beschaffung der KSA nachhaltig auszurichten, können außerdem Beratungs- und Unterstützungsangebote des Landes und weiterer Institutionen genutzt werden. So unterstützen beispielsweise die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) und Kompetenzzentrum für nachhaltige Beschaffung und Vergabe (KNBV) als Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein bei entsprechenden Vorhaben.

Zur Gewährleistung einer effizienten Zusammenarbeit im Team der KSA sollten schlanke IT-Prozessabläufe etabliert werden. Hier kann eine von Verwaltungsstrukturen unabhängige KSA Effizienzsteigerungen erzielen. Dadurch kann durch die vorhandenen Personalkapazitäten mehr Leistung für die Gesellschafter erbracht werden und es geht weniger Arbeitskraft für interne Prozesse „verloren“. Die Kreisverwaltung hat naturgemäß sehr hohe und andere Anforderungen an das eigene IT-System, als es eine KSA haben wird. Durch z.B. Schul- und Gesundheitsamt liegen in der Kreisverwaltung hochsensible, personenbezogene Daten vor, weshalb das IT-System der Kreisverwaltung Plön besonders stark gegen Zugriff von außen abgesichert sein muss. Solche Erfordernisse liegen bei einer KSA voraussichtlich nicht vor, weshalb diese auf „schlankere“ und damit effizientere IT-Lösungen setzen kann. Dies wiederum steigert auch die Akzeptanz der KSA bei den Gesellschaftern. Zusätzlich kann sich die KSA durch gute Arbeitsplatzausstattungen und Arbeitsbedingungen als attraktiver Arbeitgeber positionieren und sich gegenüber anderen potenziellen Arbeitgebern profilieren. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt des steigenden Fachkräftemangels ein wichtiger Faktor zur Besetzung von Personalstellen.

² Die hier aufgelisteten Anbieter und Plattformen stellen ausdrücklich lediglich Beispiele dar. Die Liste ist nicht abschließend und stellt auch keine Empfehlung durch Zeiten°Grad dar. Zeiten°Grad übernimmt ebenso keine Gewähr für die Inhalte und Angebote der Anbieter. Auch eine Überprüfung auf tatsächliche Nachhaltigkeit der Produkte hat nicht durch Zeiten°Grad stattgefunden.

Nach Erfahrungen von Zeiten°Grad und externen Partnern haben sich dazu u.a. folgende Softwareangebote bzw. Tools und Arbeitsmittel bewährt:

- **Handy und Laptop für die Teammitglieder:**
Die Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten sowie von mobilem Arbeiten und Homeoffice ist für viele Arbeitnehmer*innen heute ein wichtiger Aspekt bei der Jobwahl. Wird den Mitarbeiter*innen durch die KSA jeweils Handy und Laptop zur Verfügung gestellt, können diese Optionen leichter wahrgenommen werden. Richtet die KSA als Arbeitgeber bei den Mobilfunkverträgen ein ausreichend hohes Datenvolumen für die Mobilfunkverträge ein (bspw. 60 GB / Monat), können Mitarbeitende fast komplett unabhängig von festen Internetverbindungen arbeiten. Dies ist zur Erledigung der anfallenden Tätigkeiten in der KSA zum Teil wichtig oder sogar absolut erforderlich (z.B. bei Veranstaltungen oder vor Ort bei den Kommunen).
- **Nutzung Cloud-basierter Datendienste:**
In Hinblick auf die Verfügbarkeit der Daten (auch von unterwegs), die Zusammenarbeit im Team, sowie den Austausch mit Externen ist eine cloudbasierte Speicherung der Daten zu empfehlen. Hier sollte vorab hinsichtlich der europäischen Datenschutzrichtlinien geprüft werden, welcher Anbieter für die KSA infrage kommt.
Ein wesentlicher Vorteil einer cloudbasierten Speicherlösung ist, dass allen Teammitgliedern Zugriff auf die Daten gegeben werden kann und somit mehrere Personen leicht und unkompliziert zusammen an Projekten arbeiten können. Dies macht Arbeitsabläufe erheblich effizienter und leichter strukturierbar.
Ein weiterer Vorteil ist die Absicherung gegen Datenverlust. Bei Speicherung der Daten auf lokalen Datenträgern besteht immer die Gefahr, dass der Datenträger seine Funktionstüchtigkeit verliert und damit Daten verloren gehen können. Dieses Risiko ist bei cloudbasierten Speicherlösungen erheblich geringer. Ggf. kann sich hier die Nutzung des Angebots von Microsoft zusammen mit den entsprechenden Office-Lösungen anbieten, da diese oft als Paket gebucht / gekauft werden können und die einzelnen Programme so ausgerichtet sind, dass programmübergreifendes Arbeiten erleichtert wird (siehe nachfolgenden Punkt).
- **Office-Lösungen:**
Die Mitarbeiter*innen der KSA werden zukünftig viel Arbeit an PC bzw. Laptop erledigen. Dazu werden insbesondere folgende Office-Softwareprogramme genutzt werden:
 - Textverarbeitung
 - Tabellenkalkulation
 - Präsentationsprogramm
 - E-Mail-Programm

Wie bei fast allen Softwareprogrammen gibt es auch für Office-Lösungen diverse Anbieter. Jedoch hat sich hier das Angebot vom Microsoft so weit als Standard etabliert, dass die Nutzung von alternativen Anbietern durchaus zu Problemen bei der Zusammenarbeit mit Externen führen kann. Aus diesem Grund empfiehlt sich für die KSA ebenfalls die Nutzung eines Microsoft-Office-Angebot an. Viele Produkte bieten hier auch die Möglichkeit gemeinsam und gleichzeitig mit mehreren Personen von unterschiedlichen Orten aus auf Dateien zuzugreifen und diese zu bearbeiten. Eine solche Möglichkeit sollte zur effizienten Zusammenarbeit auch für die KSA zur Verfügung gestellt werden.

- Programm zur Projektsteuerung und Arbeitszeiterfassung:
Die KSA wird die Arbeitszeit, die für die einzelnen Projekte bzw. für die jeweiligen Gesellschafter aufgebracht wurde, möglichst genau erfassen und ggf. auf Verlangen den Gesellschaftern als Auswertung vorlegen müssen. Daher bietet es sich an, direkt von Beginn an auf ein Projektsteuerungstool zu setzen. Viele Angebote bieten zudem auch die Möglichkeit die elektronische Arbeitszeiterfassung für die Mitarbeiter*innen zu gewährleisten. Solch eine Lösung sollte zur einfachen und userfreundlichen Nutzung auch dem Team der KSA zur Verfügung gestellt werden.
Als ein Beispiel für eine solche Softwarelösung, mit dem auch Zeiten°Grad intern arbeitet, kann a-work genannt werden (www.awork.io).

Hinweis zur Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Plön (vergl. AP L):

Für die Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Plön bzw. mit dem kreiseigenen KSM (falls weiterhin vorhanden) bietet es sich ggf. an, der KSA die Möglichkeit zur Anbindung an die Kreis-IT zu geben. Beispielsweise wäre die Anschaffung eines Klienten („Igel“), welcher in den Räumlichkeiten der KSA bereitgestellt wird, eine Möglichkeit, dass die Mitarbeiter*innen der KSA direkt auf das IT-System des Kreises zugreifen können. Dies hängt jedoch in erster Linie von der gewählten Struktur zur Anbindung der KSA an die Kreisverwaltung ab (vergl. AP L) und muss mit der IT-Abteilung des Kreises abgestimmt werden.

Anlagen

1. Anlage AP A – 1 (nachstehend)
2. Businessplan Inhaltlicher Teil³
3. Businessplan Finanzteil³
4. Businessplan - Anlage Leistungen³
5. Gesellschaftervertrag (Satzung)³
6. Geschäftsführungsvertrag³
7. Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat³
8. Betrauungsakt³
9. Präsentationen zur Ansprache der Kommunen⁴

³ separates Dokument

⁴ Liegt dem Auftraggeber bereits vor.

Anlage AP A – 1

Tabelle 6: Vergleich der Gesellschafterbeiträge für alle Kommunen im Kreis Plön

Kommune	Einwohner*innen 2020 Bevölkerung insgesamt	Gesellschafterbeitrag [€]				
		1€ / Jahr / Einwohner*in	1,5€ / Jahr / Einwohner*in	2€ / Jahr / Einwohner*in	2,5€ / Jahr / Einwohner*in	3€ / Jahr / Einwohner*in
Kreis Plön	129353	129.353,00 €	194.029,50 €	258.706,00 €	323.382,50 €	388.059,00 €
Preetz, Stadt	15958	15.958,00 €	23.937,00 €	31.916,00 €	39.895,00 €	47.874,00 €
Schwentinental, Stadt	13769	13.769,00 €	20.653,50 €	27.538,00 €	34.422,50 €	41.307,00 €
Plön, Stadt	8987	8.987,00 €	13.480,50 €	17.974,00 €	22.467,50 €	26.961,00 €
Heikendorf	8451	8.451,00 €	12.676,50 €	16.902,00 €	21.127,50 €	25.353,00 €
Schönkirchen	6819	6.819,00 €	10.228,50 €	13.638,00 €	17.047,50 €	20.457,00 €
Schönberg (Holstein)	6347	6.347,00 €	9.520,50 €	12.694,00 €	15.867,50 €	19.041,00 €
Lütjenburg, Stadt	5305	5.305,00 €	7.957,50 €	10.610,00 €	13.262,50 €	15.915,00 €
Laboe	5150	5.150,00 €	7.725,00 €	10.300,00 €	12.875,00 €	15.450,00 €
Mönkeberg	4147	4.147,00 €	6.220,50 €	8.294,00 €	10.367,50 €	12.441,00 €
Wankendorf	2922	2.922,00 €	4.383,00 €	5.844,00 €	7.305,00 €	8.766,00 €
Ascheberg (Holstein)	2905	2.905,00 €	4.357,50 €	5.810,00 €	7.262,50 €	8.715,00 €
Probsteierhagen	2120	2.120,00 €	3.180,00 €	4.240,00 €	5.300,00 €	6.360,00 €
Bönebüttel	2043	2.043,00 €	3.064,50 €	4.086,00 €	5.107,50 €	6.129,00 €
Blekendorf	1694	1.694,00 €	2.541,00 €	3.388,00 €	4.235,00 €	5.082,00 €
Selent	1644	1.644,00 €	2.466,00 €	3.288,00 €	4.110,00 €	4.932,00 €
Schellhorn	1475	1.475,00 €	2.212,50 €	2.950,00 €	3.687,50 €	4.425,00 €
Panker	1408	1.408,00 €	2.112,00 €	2.816,00 €	3.520,00 €	4.224,00 €

Bösdorf	1333	1.333,00 €	1.999,50 €	2.666,00 €	3.332,50 €	3.999,00 €
Lehmkuhlen	1319	1.319,00 €	1.978,50 €	2.638,00 €	3.297,50 €	3.957,00 €
Stolpe	1309	1.309,00 €	1.963,50 €	2.618,00 €	3.272,50 €	3.927,00 €
Dobersdorf	1075	1.075,00 €	1.612,50 €	2.150,00 €	2.687,50 €	3.225,00 €
Giekau	1028	1.028,00 €	1.542,00 €	2.056,00 €	2.570,00 €	3.084,00 €
Hohenfelde	1016	1.016,00 €	1.524,00 €	2.032,00 €	2.540,00 €	3.048,00 €
Grebin	996	996,00 €	1.494,00 €	1.992,00 €	2.490,00 €	2.988,00 €
Wendtorf	996	996,00 €	1.494,00 €	1.992,00 €	2.490,00 €	2.988,00 €
Martensrade	979	979,00 €	1.468,50 €	1.958,00 €	2.447,50 €	2.937,00 €
Ruhwinkel	965	965,00 €	1.447,50 €	1.930,00 €	2.412,50 €	2.895,00 €
Dersau	891	891,00 €	1.336,50 €	1.782,00 €	2.227,50 €	2.673,00 €
Schillsdorf	874	874,00 €	1.311,00 €	1.748,00 €	2.185,00 €	2.622,00 €
Hohwacht (Ostsee)	852	852,00 €	1.278,00 €	1.704,00 €	2.130,00 €	2.556,00 €
Fargau-Pratjau	828	828,00 €	1.242,00 €	1.656,00 €	2.070,00 €	2.484,00 €
Rastorf	797	797,00 €	1.195,50 €	1.594,00 €	1.992,50 €	2.391,00 €
Kirchbarkau	783	783,00 €	1.174,50 €	1.566,00 €	1.957,50 €	2.349,00 €
Schwartbuck	762	762,00 €	1.143,00 €	1.524,00 €	1.905,00 €	2.286,00 €
Stein	761	761,00 €	1.141,50 €	1.522,00 €	1.902,50 €	2.283,00 €
Köhn	760	760,00 €	1.140,00 €	1.520,00 €	1.900,00 €	2.280,00 €
Rendswühren	760	760,00 €	1.140,00 €	1.520,00 €	1.900,00 €	2.280,00 €
Wisch	700	700,00 €	1.050,00 €	1.400,00 €	1.750,00 €	2.100,00 €
Klamp	652	652,00 €	978,00 €	1.304,00 €	1.630,00 €	1.956,00 €
Behrendorf (Ostsee)	640	640,00 €	960,00 €	1.280,00 €	1.600,00 €	1.920,00 €
Kühren	604	604,00 €	906,00 €	1.208,00 €	1.510,00 €	1.812,00 €
Dannau	600	600,00 €	900,00 €	1.200,00 €	1.500,00 €	1.800,00 €
Lebrade	586	586,00 €	879,00 €	1.172,00 €	1.465,00 €	1.758,00 €
Kalübbe	582	582,00 €	873,00 €	1.164,00 €	1.455,00 €	1.746,00 €
Mucheln	570	570,00 €	855,00 €	1.140,00 €	1.425,00 €	1.710,00 €
Schlesen	554	554,00 €	831,00 €	1.108,00 €	1.385,00 €	1.662,00 €

Barsbek	553	553,00 €	829,50 €	1.106,00 €	1.382,50 €	1.659,00 €
Fiefbergen	537	537,00 €	805,50 €	1.074,00 €	1.342,50 €	1.611,00 €
Großharrie	481	481,00 €	721,50 €	962,00 €	1.202,50 €	1.443,00 €
Boksee	473	473,00 €	709,50 €	946,00 €	1.182,50 €	1.419,00 €
Rathjensdorf	473	473,00 €	709,50 €	946,00 €	1.182,50 €	1.419,00 €
Stakendorf	470	470,00 €	705,00 €	940,00 €	1.175,00 €	1.410,00 €
Höhndorf	463	463,00 €	694,50 €	926,00 €	1.157,50 €	1.389,00 €
Wahlstorf	460	460,00 €	690,00 €	920,00 €	1.150,00 €	1.380,00 €
Honigsee	455	455,00 €	682,50 €	910,00 €	1.137,50 €	1.365,00 €
Postfeld	440	440,00 €	660,00 €	880,00 €	1.100,00 €	1.320,00 €
Prasdorf	439	439,00 €	658,50 €	878,00 €	1.097,50 €	1.317,00 €
Nettelsee	423	423,00 €	634,50 €	846,00 €	1.057,50 €	1.269,00 €
Krokau	421	421,00 €	631,50 €	842,00 €	1.052,50 €	1.263,00 €
Brodersdorf	415	415,00 €	622,50 €	830,00 €	1.037,50 €	1.245,00 €
Högsdorf	409	409,00 €	613,50 €	818,00 €	1.022,50 €	1.227,00 €
Pohnsdorf	409	409,00 €	613,50 €	818,00 €	1.022,50 €	1.227,00 €
Krummbek	402	402,00 €	603,00 €	804,00 €	1.005,00 €	1.206,00 €
Belau	395	395,00 €	592,50 €	790,00 €	987,50 €	1.185,00 €
Tröndel	371	371,00 €	556,50 €	742,00 €	927,50 €	1.113,00 €
Lutterbek	353	353,00 €	529,50 €	706,00 €	882,50 €	1.059,00 €
Passade	350	350,00 €	525,00 €	700,00 €	875,00 €	1.050,00 €
Warnau	346	346,00 €	519,00 €	692,00 €	865,00 €	1.038,00 €
Tasdorf	342	342,00 €	513,00 €	684,00 €	855,00 €	1.026,00 €
Rantzau	339	339,00 €	508,50 €	678,00 €	847,50 €	1.017,00 €
Stoltenberg	326	326,00 €	489,00 €	652,00 €	815,00 €	978,00 €
Helmstorf	297	297,00 €	445,50 €	594,00 €	742,50 €	891,00 €
Löptin	287	287,00 €	430,50 €	574,00 €	717,50 €	861,00 €
Nehnten	286	286,00 €	429,00 €	572,00 €	715,00 €	858,00 €
Klein Barkau	271	271,00 €	406,50 €	542,00 €	677,50 €	813,00 €
Bothkamp	270	270,00 €	405,00 €	540,00 €	675,00 €	810,00 €

Großbarkau	257	257,00 €	385,50 €	514,00 €	642,50 €	771,00 €
Dörnick	253	253,00 €	379,50 €	506,00 €	632,50 €	759,00 €
Lammershagen	252	252,00 €	378,00 €	504,00 €	630,00 €	756,00 €
Bendfeld	199	199,00 €	298,50 €	398,00 €	497,50 €	597,00 €
Kirchnüchel	189	189,00 €	283,50 €	378,00 €	472,50 €	567,00 €
Wittmoldt	165	165,00 €	247,50 €	330,00 €	412,50 €	495,00 €
Barmissen	153	153,00 €	229,50 €	306,00 €	382,50 €	459,00 €
Fahren	124	124,00 €	186,00 €	248,00 €	310,00 €	372,00 €
Kletkamp	89	89,00 €	133,50 €	178,00 €	222,50 €	267,00 €

